

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pro Nummer 10 Pf.
 Vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 6. Januar 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr

Bekannt für die sechsgezahlte Kolon-
 zelle oder deren Raum 40 Pf. für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (seit-
 gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 enden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Bis ans bittere Ende.

An eine Einigung in Crimmitschau ist auf absehbare Zeit nicht zu denken.

Auch Herr Geheimrat Dr. Roscher hat seine Anwesenheit in Crimmitschau dazu benutzt, die Parteien über eine etwaige Geneigtheit zur Einigung zu hören. Es ergab sich daselbe Bild, wie bei den privaten Vermittlungsversuchen des Herrn Professors Döhmer. Die Arbeiter waren zu einem Entgegenkommen geneigt, die Unternehmer lehnten ein solches ab!

Das darf nicht wundernehmen. Als die ersten Mitteilungen von den Versuchen zur Beilegung des Konfliktes bekannt wurden, war es die arbeiterfreundliche Presse, die sich in Anbetracht der Situation den Gegnern gegenüber der Mäßigung befleißigte. Man sah wohlberechtigtes Wort über die Unternehmer blieb ungesagt und ungeschrieben, weil es zu bitter klingen und vielleicht die Herbeiführung des Friedens nicht verhindern, wohl aber hinausgezögert hätte.

Andererseits in der Scharfmacherpresse. Dort hob auf einmal ein ohrenbetäubender Lärm an, wieslich darauf berechnet, den besorgtesten Frieden fernzuhalten, den Unfrieden dagegen zu schüren. Schlangweg beschuldigte man die Socialdemokratie, sie habe in Crimmitschau den Handschuh hingeworfen, während in Wirklichkeit diese sich um den Kampf der Weber im Anfange gar nicht gekümmert, wohl allerdings später den Handschuh aufgenommen hatte, den die von den Scharfmachern hypnotisierten Behörden in Crimmitschau der Arbeiterschaft hinwarfen!

Wäre es so, wie die Scharfmacher heuchelnd in die Welt rufen, daß in der That die Socialdemokratie es gewesen ist, welche die Crimmitschauer Weber und Spinner aufgestachelte hat, in den Kampf für Verbesserung ihrer zweifellos elenden Lebenshaltung zu ziehen, wir wären die Allerletzten, die das Bestreiten würden. Warum sollten wir das ableugnen? Der Kampf gegen die in Crimmitschau herrschenden geradezu menschenunwürdigen Lohn- und Arbeitsbedingungen ist ein verdienstliches Werk, das begonnen zu haben die Socialdemokratie sich rühmen könnte, dessen sie sich zweifellos nicht zu schämen hätte!

Nicht um die Socialdemokratie zu entschuldigen, sondern um die historische Wahrheit festzustellen, weisen wir deshalb die Scharfmacher zurück, die Socialdemokratie wäre es gewesen, die in Crimmitschau den Kampf entzündet hat, um eine Machtprobe zu veranstalten. Die Socialdemokratie steht dem doch nach dem 16. Juni in Sachsen wirklich so da, daß sie einer Machtprobe dort nicht bedarf. Aber der rote Baum war den Scharfmachern gerade recht, um die Behörden und das ängstliche Spießbürgertum zur Gefolgschaft in einem Kampfe zu zwingen, der sich in erster Linie nicht gegen die politische, sondern gegen die wirtschaftliche Organisation der Arbeiter, gegen die Gewerkschaftsbewegung richtet.

Destwegen trompeteten die Schweinebürgerlichen „Politischen Nachrichten“ mitten in die Friedensstille aus Crimmitschau hinein:

„Der Socialdemokratie soll diesmal mit Hilfe des Centralverbandes deutscher Industrieller eine Niederlage bereitet werden, wie sie noch nicht dagewesen ist und an die die Socialdemokratie lange denken soll.“

Der Socialdemokratie?

Ob es dem Centralverband gelingt, die Crimmitschauer Textilarbeiter niederzujubeln, ist trotz seiner großen Mittel mehr als fraglich. Aber an der Socialdemokratie wird er sich die Zähne ausbeissen. Die Socialdemokratie hat in Crimmitschau durch das Verhalten der Behörden nicht Niederlagen erlitten, sondern Triumphe gefeiert; die Socialdemokratie wird — wenn die Crimmitschauer Unternehmer sich nicht zu einer andren Taktik entschließen — als einzige Siegerin dastehen!

Die Socialdemokratie hat bisher in Crimmitschau Triumphe über Triumphe gefeiert und sich die Herzen der dortigen Arbeiter zu eigen gemacht, weil sie die einzige politische Partei ist, die radikallos das Verlangen der Textilarbeiter gebilligt hat, die einzige politische Partei, die radikallos das Vorgehen der Behörden getadelt hat, und die einzige politische Partei, die den kämpfenden das Brot der Unterstützung gab, statt ihnen in Form von guten Ratsschlägen Steine in den Weg zu legen.

Und wird sich das etwa ändern, wenn etwa der Kampf in Crimmitschau den Ausgang nehmen sollte, den die Macher des Centralverbandes wünschen? Es ist nicht saßbar, daß die Herren thöricht genug sein sollten, das zu glauben!

Wenn der vom Centralverband gewünschte äußerste Fall eintreten sollte, daß die Crimmitschauer Weber zu Paaren getrieben werden, daß sie bedingungslos in die Fabriken zurückkehren müssen, daß ihre Organisation zerstört wird, ihre besten Kämpfer gemahregelt und durch die Unternehmerrache von Ort zu Ort gehetzt werden — wäre das eine Niederlage der Socialdemokratie? — Wenn wir denselben Mut der Kaltblütigkeit befähigen wie die Herren vom Centralverband, die an der Leiche der von ihnen in blinder Wut gemordeten Crimmitschauer Industrie ihre Gehardheit nicht zu reuen scheinen, wir könnten uns einen größeren politischen Triumph für die Socialdemokratie als diese „Niederlage“ nicht denken! Ist die Menschlichkeit in den Herren so weit abgestoßen, daß sie die menschliche Natur nicht mehr kennen? Die zu Paaren getriebenen Weber würden mit ihrer Dankbarkeit der Socialdemokratie gedenken, die sie so selbstlos unterstützt hat. In dumpfer Verzweiflung würden die in die Fabriken Zurückgekehrten auf die Socialdemokratie als einzige Erlöserin hoffen; aus der zerstörten gewerkschaftlichen würden sie in die unzerstörbare politische Organisation überretten und die tausend auf die Landstraße Ge-

worfenen wären ebenso viele rastlose Agitatoren, die das Evangelium der Socialdemokratie in alle Winde tragen!

Von einer Niederlage der Socialdemokratie könnte also dabei keine Rede sein.

Aber darum handelt es sich für den Scharfmacherverband gar nicht. Gewiß es geht in Crimmitschau eine Kraftprobe vor sich, aber nicht die Socialdemokratie hat sie begonnen — der Centralverband deutscher Industrieller hält die Gelegenheit für günstig, sich auf die gewerkschaftliche Organisation der deutschen Arbeiter zu stützen!

Im Sommer haben die verschiedensten Arbeitgeberorganisationen beschlossen, angriffsweise gegen die organisierten Arbeiter vorzugehen. Auf jede Arbeiterforderung antworten sie systematisch mit Aussperrungen. Aber nicht das allein. Wo keine Forderungen gestellt werden, versucht man mit Aussperrungen den Arbeitern eine Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen aufzuzwingen. So thun dies gegenwärtig die Schneidermeister, so haben dies im kommenden Sommer die Bauunternehmer vor. Da wird es bittere und schwere Kämpfe geben, die für die Unternehmer ausfichtslos sind, wenn die Arbeiterschaft mit ganzer Frische in sie hineinziehen kann. Da erwiesen sich die Crimmitschauer Unternehmer als so hartnäckige und eisenstirne Preisfechter des Kapitalismus, daß notwendigerweise in den Mätern des Centralverbandes die Idee aufstacheln mußte, sie als Avantgarde gegen die Arbeiterschaft zu verwenden. Gelingt es dem Centralverbande deutscher Industrieller, die Crimmitschauer Weber niederzuwerfen, dann glaubt man die Arbeiterschaft für die kommenden Kämpfe genügend geschwächt zu haben und weiß auch, wie weit man der eignen Kraft trauen kann. Darum die Kraftprobe in Crimmitschau. Fällt sie zu Gunsten des Centralverbandes aus, dann dürfte derselbe im kommenden Sommer vor allen Dingen die Kämpfe gegen die Bauarbeiter organisieren.

Bei dieser Sachlage war natürlich dem Centralverband die Einleitung von Verhandlungen äußerst unangenehm; nur so erklärt es sich, daß die von ihm ausgehenden Blätter und Korrespondenzen statt sich während dieser Zeit der Zurückhaltung zu befleißigen, in einen wahren Scharfmacherparoxysmus verfielen. Herr Bued reiste in höchstzweckvoller Person nach Crimmitschau, und so ist dem ja auch glücklich gelungen, die Einigung zu hintertreiben.

Die Unternehmer haben die Böhmertischen Vorschläge abgelehnt, sie haben sich auch dem Vertreter der Regierung, dem Ministerialdirektor Dr. Roscher gegenüber ablehnend verhalten und der Stadtrat von Crimmitschau, den man als mit den Unternehmern identisch ansprechen kann, hat dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts die gezielte Möglichkeit zur Erzwingung von Verhandlungen praktisch abgeschnitten, indem er beschloß, folgendes Schreiben an Herrn Professor Böhmert abzuschicken:

„Wir teilen Ihnen ergebenst mit, daß für das hiesige Gewerbegericht zur Zeit um deswillen kein Anlaß vorliegt, als Einigungsamt zusammenzutreten, weil sich aus der gestern insolge ihrer Anregung durch Herrn Stadtrat Dr. Schneider, als Gewerbegerichts-Vorsitzenden, vorgenommenen Besetzung des Vorsitzenden des hiesigen Spinner- und Fabrikanten-Vereins ergibt, daß die Arbeitgeber ihren auch Ihnen gegenüber eingenommenen ablehnenden Standpunkt auch weiterhin festzuhalten entschlossen sind.“

Nach der Richtung hin wäre also ebenfalls der Weg verbarren, dem der Vorsitzende des Gewerbegerichts wird natürlich nicht der Meinung des Stadtrates zum Trotz dennoch Verhandlungen einleiten. In Bezug auf die Hintertreibung der Einigung hat also der Centralverband der Industriellen einen vollen Erfolg erzielt. Wird ihm dies auch in anderer Beziehung gelingen?

Die 2 Prozent von der Lohnsumme, welche die Herren Unternehmer nach dem Wunsche des Verbandes aufbringen sollen, werden nicht liberal gern gegeben. Im Rheinland, wo der Jehnstundentag längst durchgeführt ist, weigern sich die Fabrikanten vielfach, das Geld herzugeben, da sie gar keine Veranlassung sehen, warum sie ihre Crimmitschauer Konkurrenz bei der Aufrechterhaltung des Efstundentages unterstützen sollen. Das wird aber den Centralverband mit seinen Millionen nicht hindern, den Kampf weiter zu führen bis ans bittere Ende für — die Crimmitschauer Fabrikanten.

Geben die Herren jetzt nicht nach, so bedeutet das den Verlust ihrer gesamten Rundschaft, die sie auch bei niedrigsten Löhnen nie wieder zurückerobern können.

Die rheinische und forster Konkurrenz der Herren, die sich jetzt auf ihre Artikel einrichtet, besorgt sich natürlich die besten und neuesten Maschinen, während in den älteren Crimmitschauer Betrieben nicht jede von früher her stehende Maschine zum alten Eisen geworfen werden kann. An eine Anschaffung der neuen Maschinen kann nach der Aussperrung natürlich für lange Zeit noch nicht gedacht werden, und so liefern die Crimmitschauer Fabrikanten sich in ihrer Verblendung mit gebundenen Händen der Konkurrenz aus. Davor können die Millionen des Centralverbandes sie nicht retten. Diese Millionen sind lediglich das Joch, dem die Textilunternehmer Crimmitschaus in den Sumpf folgen. Eine kultivierte Industrie bedeutet für sie denn doch etwas andres, als für die Arbeiter. Der beschloßlose Proletarier findet das Los, das ihm in Crimmitschau blüht, überall anderwärts auch; der Kapitalist, dessen Produktionsmittel wertlos geworden sind, rückt aus seiner bisherigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stellung herab. Der Proletarier hat nichts zu verlieren, alles zu gewinnen in einem solchen Kampfe wie dem der Crimmitschauer; für die Unternehmer ist jetzt auch der ihnen vom Centralverband vorgegaukelte Sieg ein schwerer Verlust.

Auch der Centralverband der Industriellen kann in Crimmitschau nichts gewinnen. Selbst wenn er diesen Kampf zu seinen Gunsten

durchführen könnte, würden die Unternehmer anderer Orte sich bestens bedanken, die Crimmitschauer Kraftprobe noch einmal am eignen Leibe durchzumachen. Lehrt sie doch der Verlauf der Sache, daß auch die deutsche Arbeiterschaft entschlossen ist, solche Kämpfe nicht feige aufzugeben, sondern durchzuführen bis ans bittere Ende!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Januar.

In der Sackgasse.

In letzter Zeit sind mehrfach, bald hier, bald dort, in offiziellen Blättern oder Korrespondenzen sogenannte Berliner Redaktionen aufgetaucht, die in verlausulierten Sätzen zu verkünden wußten, daß die Handelsvertrags-Verhandlungen zwischen den deutschen und russischen Unterhändlern zu „gewissen“ Einverständnissen geführt hätten und daß die Beratungen, die demnächst in Petersburg fortgesetzt werden würden, sicherlich ein baldiges befriedigendes Resultat ergeben dürften. Erst vor einigen Tagen wußte zum Beispiel wieder die Wiener „Allgemeine Korrespondenz“ aus Berlin zu melden, daß die Verhandlungen so weit vorgeschritten seien, daß der Vertragsabschluss „in den nächsten Monaten mit Sicherheit“ erwartet werden könne.

Irgend welchen Wert haben diese Beschwichtigungsversuche nicht; sie verdienen genau dieselbe Einschätzung wie die im vordorigen Jahre zur Zeit der heftigsten Zollkämpfe im Reichstage in der Zollwucher-Presse auftauchende Mär, es sei unter der Hand bereits zwischen der deutschen und russischen Regierung über die wichtigsten Zollfragen des neuen Handelsvertrages ein stilles Einverständnis erzielt, so daß dieser schon in der ersten Hälfte des kommenden Jahres 1903 zum Abschluß gelangen werde. Würde thatsächlich die deutsche Regierung, ohne befürchten zu müssen, sofort von der offiziellen russischen Presse der Lüge geziehen zu werden, günstige Verhandlungsergebnisse berichten können, sie würde zu den höchsten Anpassungen, denen sie von agrarischer Seite ausgesetzt ist, nicht beharrlich schmeigeln; sie würde sich sicherlich nicht den kleinen Triumph entgehen lassen, mit stolzer Ueberlegenheit in irgend einer Form den Zweifeln den zu verkünden: „Seht, wir waren doch die Klügeren, welche die handelspolitische Situation weit richtiger beurteilten, als Ihr!“ Aber weder in der Regierungspresse oder der jüngsten Thronrede findet sich ein Wort der Aufklärung über die jetzige Lage, noch hat bei der ersten Lesung des Etats, obgleich sich mehrfach dazu die Gelegenheit aufdrängte, einer der Regierungsvertreter das Stillschweigen gebrochen, und doch wird man schwerlich dem Reichskanzler vorwerfen können, daß er keinen Sinn für kleine Theatereffekte besitz. Seine Etatsreden betreffen das Gegenteil.

Wenn er trotzdem darauf verzichtete, einen Trampf auszuspielen, so deshalb, weil er keinen hatte. Die Verhandlungen über den neuen Handelsvertrag mit Rußland scheinen thatsächlich auf einem toten Punkt angelangt zu sein. Dafür spricht wenigstens das Geschrei der aus den russischen Regierungskreisen inspirierten Presse. So äußert sich beispielsweise über die Erfolge der bisherigen Beratungen die Zeitschrift „Anschauung und Deutschland“:

„Aus einer ganz bestimmten Quelle wissen wir, daß die in Berlin geführten Verhandlungen über den neuen russisch-deutschen Handelsvertrag diesen letzteren nicht im geringsten näher ans Ziel gerückt haben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß während der nach Berlin verlegten kommissarischen Verhandlungen die neuen Zollsätze gar nicht gelesen wurden. Es kam also von Minimalzollsätzen auf russisches Getreide keine Rede sein. Hierüber wird man in den nächstfolgenden Verhandlungen, welche im Januar oder Februar in Petersburg stattfinden sollen, sprechen. Werden aber diese „dritten“ kommissarischen Verhandlungen die letzten und endgültigen sein? Werden zur Herbeiführung eines Verständnisses in Bezug auf Forderungen sowohl Deutschlands wie Rußlands, und zwar in so wichtigen Fragen wie der „veterinären“, der Industrie-Kartellfrage und vielen andren, welche mehr oder weniger die Interessen beider Staaten betreffen, noch neue Konferenzen nötig sein, auf welchen diese Fragen von den Delegierten beider Reiche noch weiter behandelt werden müßten? ... Wann es den Herren Delegierten beider Länder gelingen wird, endlich übereinzukommen, ist schwer vorauszu sehen, man kann aber mit einer gewissen Bestimmtheit voraussetzen, daß ein günstiges Resultat dieser Verhandlungen zum größten Teil von der deutschen Regierung abhängt; je schneller diese letztere auf ihre unverschämten Forderungen verzichtet, desto schneller wird Rußland den Wünschen deutscher Industrie entgegenkommen, und um so schneller wird die neue Ordnung im gegenseitigen Warenverkehr eintreten. Im entgegengesetzten Fall wird Rußland gar keinen Grund haben, die Zollsätze auf seiner Landgrenze und die Zolltariffsätze auf die aus Deutschland herausgeführten Produkte niedriger zu stellen, und dann werden beide Teile einen für gegenseitige Interessen (insolge von unbedeutenden Tarifveränderungen) n u n l o s e n Vertrag abschließen.“

Eine Bestätigung findet diese Darstellung durch eine vom „Berl. Tageblatt“ veröffentlichte Mitteilung (für deren Richtigkeit wir natürlich dem genannten Blatt die Verantwortung überlassen müssen), daß die deutsch-russischen Handelsvertrags-Verhandlungen jetzt bis auf weiteres vertagt worden seien, während über die Zölle auf Vieh und Getreide eine Verständigungsaktion auf diplomatischem Wege eingeleitet sei. Mit andern Worten: die Beratungen haben vorläufig keinen Zweck mehr; es muß erst für sie auf diplomatischem Wege eine andre, neue Basis geschaffen werden. —

Koloniale Taten.

Seit dem Sommer 1890 sind die Karolinen deutscher Kolonialbesitz; man hat die teuer gekauften Inseln damals preisend mit viel schönen Worten gefeiert, und der Reichskanzler sprach über die lieben Mädchen, denen man die Thür nicht vor der Nase zuschlagen solle.

Jetzt entnimmt man aus einem Bericht des Deutschen Kolonialblattes die verwunderliche Thatsache, daß erst vier Jahre nach der Erwerbung der Westkarolinen sich ein Vertreter der kaiserlichen Verwaltung die Mühe genommen hat, mit eigenen Augen einen Teil der erworbenen Herrschaften anzusehen. Erst im August 1903 nämlich besuchte der Bezirksamtmann Senft die Inseln Oeak und Lanutrit.

Die Insel Lanutrit, diese Perle deutscher Kolonialpolitik, zählt 200 Köpfe, 68 Männer, 68 Frauen, 68 Kinder.

Oeak ist ein aus 26 Inseln bestehender Klotz, von denen 8 bewohnt sind, und zwar insgesammt von 601 Personen, 186 Männern, 272 Frauen und 203 Kindern. Der Gesundheitszustand ist so schlecht, daß in wenigen Jahren ein Drittel der Bewohner gestorben ist. Die Bewohner leiden an Dysenterie, Augenablen, Elefantiasis; auch ein schwerer Fall von Paralyse wurde beobachtet. Die Krankheiten sind so fürchterlich und so häufig, daß die Inselaner gänzlich gegen sie abgestumpft sind; wenigstens behauptet der Bericht:

„So schrecklich der Anblick war, unter einem harmlosen, frohlaunigen Völkchen, umgeben von Gräbern, eine Pandorabüchse von Gebrechen ausgestreut zu sehen, noch schrecklicher berührte mich der Umstand, daß der Tod ganz seinen Stachel verloren zu haben schien. Unter Lachen wurde von den vielen Todesfällen gesprochen, unter Lachen mir die Todeskandidaten gewiesen und mit Lachen die Anstrengungen des Paralytikers begleitet, der sich mit Hilfe von zwei Stöcken aufrichtete, um das heftige Jittern seines kräftigen Körpers zu zeigen.“

Aber so ein deutscher Kolonialpionier verzagt auch nicht und unser Bezirksamtmann verbreitete unverzüglich europäische Kultur, indem er — zwei tüchtige Polizeisoldaten stationierte, um das Trinken von „Saueroddy“, ein Getränk aus gegorenem Kokospalmenblütenstängel, zu verhindern. Auf den Genuß dieses Getränkes wird nämlich zum Teil der üble Gesundheitszustand zurückgeführt. Die beiden Polizisten werden, mit Strafgeißeln ausgerüstet, nun gewiß blühendste Gesundheit verbreiten.

Polizei war die eine europäische Kulturmaßnahme; die andere war ebenbürtig. Der Bezirksamtmann veranlaßte eine Preiserhöhung für die hauptsächlichsten Konsumartikel der Inselaner, die jährlich etwa 100 Tonnen Kopra (gedörnte Kokosnusskerne) produzieren und dafür Tabak und Rattum eintauschen; der Bezirksamtmann vereinbarte nun mit den Leitern der beiden dort bestehenden Handelsfaktoreien, daß sie „zur Verhinderung unangenehmer Wettbewerbs“ die gleichen Preise auf die Dauer von drei Jahren vereinbarten. Das heißt: die Händler verpflichteten sich, nicht sich gegenseitig in den gezahlten Preisen zu überbieten. Die neugewonnenen Früchte des Deutschen Reiches haben also bei dem ersten Erscheinen eines deutschen Beamten sofort die Segnungen der kapitalistischen Kultur kennen gelernt: die Lohnsklaverei für ihre Arbeit. Der Vertreter der deutschen Regierung vertrat also die Interessen kapitalistischer, wie es scheint, nicht einmal deutscher Firmen — D. D. Neese und S. Murayama in Yokohama — um die eigenen Reichsangehörigen in dem Ertrag ihrer Arbeit zu benachteiligen. Sollte es nicht eher die Pflicht des Herrn Bezirksamtmanns gewesen sein, die Inselaner zu kontrollieren, damit sie sich nicht unterwerfen in der Festsiegung des Preises für ihre Arbeitsprodukte. Aber der Händlerprofiß über alles! Die deutschen „Unterthanen“ von Oeak verdanken es dem Vertreter der deutschen Regierung, daß sie für ihre Kopra ja nicht zu viel Rattum und Tabak erhalten. Und wenn sich die Kernisten über die schlechtesten Zeiten in „Saueroddy“ trösten wollen, so nimmt sie der neuernannte Polizist beim Krug und heret sie ein.

Glückliche Kolonien! —

Die ostasiatische Krise.

Darüber, ob Rußlands Antwort auf die letzte Note Japans bereits in Japan eingetroffen ist, gehen die Meldungen wieder einmal auseinander. Eine offizielle japanische Verkaufbarung darüber liegt nicht vor. Während von einer Seite gemeldet wird, daß die Antwort bereits eingetroffen sei und wenig entgegenkommend laute, so daß man dem Ausdruck des unvermeidlich erscheinenden Krieges wieder einen Schritt näher gerückt sei, wird der „Köln. Zig.“ aus Petersburg vom 4. Januar gemeldet: Am 3. d. M. fand unter dem Vorsitz des Kaisers eine Beratung statt, an welcher die Großfürsten Wladimir und Alexei, Ministerpräsident Witte sowie die Minister des auswärtigen, des Kriegs und der Marine teilnahmen. Vermutlich ist in dieser Beratung der endgültige Wortlaut der russischen Antwort auf die letzte japanische Note festgestellt worden. Der Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“ glaubt nach allem, was er hört, nicht allzu optimistisch zu sein, wenn er der Annahme zuneigt, daß durch die russische Note die Möglichkeit eines friedlichen Ausgangs des Konflikts gegeben werde und die Lösung der Krise nach dieser oder jener Richtung jetzt nur noch von Japans Antwort abhängt.

Man wird das Bekanntwerden des Inhalts der russischen Note abwarten müssen, um zu beurteilen, wie groß Rußlands Entgegenkommen ist. Natürlich wird Rußland die Sache nach Möglichkeit zu drehen versuchen, als ob Japan die Schuld an dem ausbrechenden Kriege trage.

Dies Bemühen der russischen Diplomatie tritt auch in der Behandlung der Frage der Unterdrückung der seit kurzem ausgebrochenen 100-jährigen Kämpfe durch Japan hervor. Während Rußland noch in den letzten Tagen die Auffassung zu vertreten schien, daß es in der Landung japanischer Truppen auf Korea zur Herstellung der Ruhe durchaus keinen etwas belli erblicke, nimmt jetzt, wo Japan sich ernstlich anschickt, zwei Divisionen nach Korea einzuschiffen, die russische Presse auf einmal eine drohende Haltung an, indem sie erklärt, daß ein solches Vorgehen Japans einer Kriegserklärung gleichkomme!

Die Vorbereitungen für die Einschiffung der erwähnten zwei Divisionen werden lebhaft fortgesetzt; man glaubt, daß die beiden Divisionen dazu bestimmt sind, die Ordnung in den Häfen von Süd-Korea wiederherzustellen.

Kurssturz infolge der Kriegserklärung.

An der nach dem Neujahrsfesttag wiedereröffneten Börse von Tokio trat heute (4. Januar) ein beispielloser Kurssturz ein. Mehrere Wässer sind ruiniert.

Kriegsvorbereitungen der neutralen Mächte.

Der „Kölnischen Zeitung“ zufolge beginnt nunmehr nach beendeter Instandsetzung der großen Kreuzer eine lebhaftere Tätigkeit der deutschen ostasiatischen Seestreitkräfte. Das Flaggschiff des Geschwaders Konteradmiral Britow ist von Nagasaki auf Tsingtau abgedampft, nachdem vorher mit dem von Uraga eingetroffenen zweiten Admiral eine Beratung stattgefunden. Der Geschwaderchef soll angeht, daß der befürchteten Krieges die besten Schiffe nach Asien zu dirigieren, wo deutsches Leben und Eigentum gefährdet werden könnte. Die „Kölnische Zeitung“ schreibt heute zur Lage, die für Rußland und Japan in Betracht kommenden politischen Lebensinteressen seien derzeit hart

aneinander gerückt, daß ein zurückweichen preisgeben dieser Interessen bedeute. Der Würfel müßte bald fallen, da ein gegenseitiges Spielen mit Notenaustausch nicht mehr lange anhalten könne.

Die deutschen Schiffe werden ja wohl selbst beim Ausbruch des Krieges nicht allzuviel zu thun haben. Liegt es doch im Interesse beider kriegführender Mächte, auf die Angehörigen neutraler Mächte jede irgend mögliche Rücksicht zu nehmen. Gätten wir nicht ein einziges Schiff in Ostasien, so würden englische oder amerikanische Schiffe deutschen Reichsangehörigen genau dieselben Dienste leisten können, wie unsere deutschen Fahrzeuge. Derartige „Aktionen“ gehören nun aber einmal zum Paradedienst der Flottenpolitik. Auch Italien benutzte die Gelegenheit, eiliche Schiffe einmal eine Ertragsparade anzutreten zu lassen.

Dem „Giornale d'Italia“ zufolge ordnete der Marineminister infolge der letzten Nachrichten aus dem äußersten Osten die Abfahrt der Schiffe „Marco Polo“, „Dagali“ und „Umbria“ dorthin an. In den Gewässern des äußersten Ostens befinden sich bereits die Schiffe „Dettor Pisani“, „Nemonte“ und „Elba“.

Die russischen und die japanischen Truppen vergleicht ein britischer Offizier, der lange Jahre in Ostasien gedient und das russische, japanische und chinesische Militär genau kennen gelernt hat, in einem Artikel, den er im „Daily Telegraph“ veröffentlicht. Einleitend spricht er einige Bemerkungen über die sibirische Bahn voraus, die, wie er sagt, im Kriegsfall für die Russen eine Quelle großer Schwierigkeiten werden würde. Bei der Bahn, so fährt er aus, kommen zuerst zwei Punkte in Betracht, erstens die Sicherheit und der Schutz der Bahn selbst, zweitens ihre Brauchbarkeit für den Transport von Truppen und Kriegsmaterial. Was den ersten Punkt anbetrifft, so ist es außer Zweifel, daß die Chinesen (chinesische Räuber), die größtenteils entlassene Soldaten, vielfach von ausländischen Offizieren geduldet, mit Maultier- und Büchsen-Repetiergewehren bewaffnet und mit Munition versehen sind, jede Gelegenheit wahrzunehmen würden, die russischen Truppen zu belästigen, die Schienenwege zu zerstören und zu Jägen zu verbrennen, wie sie es im Jahre 1900 thaten. Weiter wird die Bahnlinie auf eine beträchtliche Strecke im Norden von Port Arthur von der See beherrscht, das heißt sollte die russische Flotte Unglück haben, so würde Port Arthur von der Zufuhr abgeschnitten sein. Infolge dessen wird der Schutz der Bahn einen erheblichen Teil der jetzt in der Mandchurie stehenden russischen Streitkräfte erfordern und bis zu einem gewissen Grade zur Unfähigkeit zwingen. Ueberdies ist die Verwendbarkeit der Bahn für den Transport von Truppen und Kriegsmaterial äußerst zweifelhaft. Die Lokomotiven sind größtenteils auf Holzverfeuerung eingerichtet, jedoch ist kein Holz in der Mandchurie zu haben. Die Lokomotiven verfallen häufig, da sie schlecht gehalten werden. An vielen Stellen der Bahn sind die Erdwerke gegen unangünstige Witterungseinflüsse nicht widerstandsfähig. Die Russen haben wohl zwischen Port Arthur und Kutschwang und bei Muden Kohlenbergwerke eröffnet, jedoch ist die dort geförderte Kohle zur Lokomotivverfeuerung wenig geeignet.

Was die militärische Stellung in der Mandchurie anbetrifft, so sind zwar alle großen Städte von den Russen besetzt, aber die Japaner haben im Lande gekämpft, und kennen alle seine schwachen und starken Punkte ebenso gut, wenn nicht besser, als die Russen. Die Japaner finden außerdem die Sympathie der Bevölkerung, die wohl weiß, daß die Japaner sofort nach Besetzung einer Stadt die Einwohnerhaft von Plünderung schätzen, wie sie es im Jahre 1900 in Tientsin und im chinesischen Ariege in Kutschwang thaten. Die Chinesen, die gute Schützen sind, würden den Japanern eine wesentliche Verstärkung bringen. Bei einem Vergleich der soldatischen Eigenschaften der russischen und der japanischen Truppen ist zu erwähnen, daß die Russen zwar sehr ausdauernd, aber andererseits auch langsam sind und beim Angriff keinen besonderen Elan entwickeln. In der Verteidigung sind sie allerdings ausgezeichnet, wie noch von der Belagerung von Tientsin her in bester Erinnerung ist. Der Japaner dagegen ist ein entschlossener Draufgänger und folgt seinem Offizier, dem er große Anhänglichkeit und Achtung entgegen bringt, überall hin. Der schwache Punkt der Japaner ist ihre Kavallerie. Sie sind nur einmal keine guten Reiter und haben auch keine guten Pferde. Dagegen ist ihre Hospitalwesen vorzüglich organisiert. Bei einem Kampfe zwischen Russen und Japanern in der Mandchurie würden gerade die defensiven Eigenschaften der Russen und die offensiven der Japaner gute Gelegenheiten haben, sich von ihrer besten Seite zu zeigen.

Deutsches Reich.

Kirche gegen Socialdemokratie.

Viel Feind viel Ehr! Kein Tag ohne neue Gründungen zur Verdrängung des erhabenen Nisches der Socialistenvernichtung. Verbände ohne Ende entstehen, senden Bittbriefe in das Land, bieten sich an als Erlöser vom socialdemokratischen Uebel. Gestern ein Reichsverband gegen die Socialdemokratie“, geführt von der Scharnhameri der Jende, der Dirschen, der Stodmann, zum Zweck, die Arbeiter über die Socialdemokratie „anzuklären“. Heute die Kirche im Wettstreit mit den weltlichen Nachbarn, die heutigen Zustände zu beschönigen, zu erretten. Diese neueste Gründung nennt sich „Soziale Geschäftsstelle für das evangelische Deutschland“. Wesen „Geschäfte“ mag diese Geschäftsstelle wohl beforschen wollen?

Die Geschichte dieser Gründung schon ist interessant, sie kennzeichnet das Wesen der heutigen offiziellen Kirche und das Christentum ihrer Geistlichkeit. Als im Oktober 1903 die preussische Generalsynode in Berlin tagte, versammelte Pastor Weber, Führer der reaktionär gerichteten sogenannten evangelischen Arbeitervereine und Freund Stöckers, eine Anzahl Vertreter seiner Bestrebungen. Aus diesen Kreisen ging ein Antrag hervor, den Graf Hohenkhal auf der Generalsynode stellte und der die Bekämpfung der Socialdemokratie durch die Kirche forderte. Eine Kommission der Synode beauftragte dem auch wirklich eine Erhöhung der Kirchensteuer um 1/2 Prozent, welche Steuereinnahmen zur Unterstützung Stöcker-Weberischer Gründungen und Bestrebungen verwendet werden sollten. Der Oberkirchenrat mußte jedoch die Zulässigkeit von allgemeinen Steuern für private Vereinszwecke ablehnen. Daraufhin verfaßte man einen Aufruf, den die meisten Mitglieder der Generalsynode unterschrieben, in dem die gefante evangelische Christenheit“ zu Geldbeiträgen aufgefordert wird. Die Beiträge sollen zur Förderung der evangelischen Arbeitervereine, der Stöckerischen „Freien kirchlich-socialen Konferenz“ und endlich der neuen Weberischen „Sozialen Geschäftsstelle“ verwendet werden. Zur Herbeiführung reichlicher Gaben rühmt der Aufruf die Gründungen seiner Urheber reichlich; insbesondere von der neuen „Geschäftsstelle“ wird gesagt:

„Die soziale Geschäftsstelle für das evangelische Deutschland, deren Sitzungen am 30. Oktober 1903 in Berlin beendigt sind, erstrebt zunächst zur Förderung der christlichen Arbeiterbewegung die Heranbildung tüchtiger Arbeiter und Arbeiterinnen zu berufsmäßiger und gelegentlicher Propaganda unter ihren Sinnesgenossen; sie gedenkt, sociale Unterrichts-kurse für Männer und Frauen aller Stände zu halten und in jeder Weise die Gedanken und Kräfte des Evangeliums im Volksleben zu vertreten. Groß sind die Gefahren, die unserm Volke durch den Geist des

Materialismus und durch die materialistische Geschichtsauffassung der Socialdemokratie drohen. Groß muß deshalb auch die Arbeit und die Opferfreudigkeit derer sein, die von der Lebenskraft des evangelischen Glaubens in den Kämpfen unserer Zeit Zeugnis geben wollen. Wir wenden uns darum an alle, die mit uns in demselben teuren Glauben stehen, mit der Bitte um finanzielle Unterstützung der sozialen Arbeit der evangelischen Christenheit.“

Die Socialistenangstlichen haben also reichliche Auswahl, ob sie ihre Geldbeutel behufs Vernichtung der Socialdemokratie auf weltlichem oder kirchlichem Wege zur Verfügung stellen wollen, sie können dem Jende und dem Stöcker einige Schärfelein senden. Freilich ist es einigermassen schwer zu entscheiden, an welcher Stelle die Planeten am besten angelegt werden. Die politischen Mäcker des „Reichsverbandes“ haben bisher durch ihre Verhätigung der Socialdemokratie immer nur Nutzen gebracht. Und die blöde Stöcker-Heuschrecke, den Materialismus in der That zu schämen durch Wortgefechte gegen ihn, hat gleichfalls längst und allzu oft Jasofo gemacht. Ob das alte Geschäft unter neuer Firma viele finden wird von denen, die nicht alle werden?

Das Erste des Falles aber bleibt, daß fast vollständig die Würdenträger der evangelischen Kirche sich an Unternehmungen beteiligen, welche die Aufrechterhaltung der heutigen Zustände bezwecken, die allen Grundfragen des Christentums Hohn sprechen, Kirche und Christentum! —

Ein Neujahrsgebet an den Reichskanzler.

Am ersten Tage des neuen Jahres hat sich der Philosoph des Zollwuchers, Graf v. Kanitz in Bodangon hingelegt und eine kühne „Bitte an den Herrn Ministerpräsidenten und Reichskanzler“ ausgearbeitet, die er in der „Neuz-Zeitung“ veröffentlicht. Darin fordert er vom Reichskanzler, demütig in der Form, die aber nur mühsam den herrschenden Hohn verbirgt, daß er sich hüten solle, die angelegte Kanalvorlage vorzulegen. In der Vorlage, die dem preussischen Abgeordnetenhaus zugehen soll, werden, wie verkundet, die östlichen Stromregulierungen mit einem Kanal verknüpft, der den Rhein mit dem Dortmund-Emskanal verbindet. Obwohl nun also der Mittel- und Nieder-Rhein einstufig geordnet ist, projiziert doch der Graf selbst gegen jenen Verbindungskanal, der „natürlich nur als der Beginn des später auszuführenden Mittel-Rhein-Kanals gedacht“ sei.

„Eine Verknüpfung des Kanals mit den Flußregulierungen könnte (so schreibt Graf Kanitz) leicht den Glauben erwecken, daß es die Absicht der Regierung sei, auf diejenigen Abgeordneten, welche mit Rücksicht auf ihre Wahlkreise für die Flußregulierungen stimmen müssen, einen Druck dahin auszuüben, daß sie auch für den Kanal stimmen, selbst wenn dies ihrer besseren Ueberzeugung zuwiderlaufen sollte. Eine derartige Absicht liegt der Regierung natürlich fern. Jedoch schon um den Anschein zu vermeiden, als wolle sie zu einem so ungeschickten Mittel greifen, dürfte es sich empfehlen, diese Verknüpfung zu vermeiden und nicht wieder in den mit der Vorlage von 1901 gemachten Fehler zu verfallen. Eine rein sachliche Prüfung des Kanalprojektes wird in der That unmöglich, wenn daselbe mit den Flußregulierungen in einen Topf geworfen wird. Obgleich dürfte es nicht leicht sein, die gegen das Kanalprojekt, sei es auch nur dessen weisliche Teilstriche, schon früher erhobenen Bedenken zu widerlegen.“

Dieses „unschöne“ Mittel der Verknüpfung hatte die Regierung lediglich den Kanalrebellien abgeduldet, die seiner Zeit den Mittel-Rhein mit einer unübersehbaren Anzahl östlicher Kanalprojekte verknüpfelten, um ihn zu Falle zu bringen. Um aber die Agrarier aus der Zwangslage zu befreien, mit der Kanalvorlage entweder auch die Flußregulierungen niederzustimmen oder aber auch den Kanal zu schließen, verlangt nun Graf Kanitz von dem Grafen Wilson, daß er seinerseits den Kanal mit der — Zuchthausvorlage verknüpft.

Der Philosoph des Zollwuchers findet diesen Zusammenhang auf höchst verschlungenem Wege. Durch den Kanal werde die Industrie künstlich gefördert, Arbeitermassen herangezogen und der Landwirtschaft entzogen:

„Wir sehen, daß die Zahl der socialdemokratischen Stimmen sich seit fünf Jahren von zwei auf drei Millionen vermehrt hat, daß diese Vermehrung aber fast ausschließlich auf die Großstädte und die Industriebezirke entfällt. Daraus ist zu folgern, daß der industrielle Aufschwung, die Anhäufung der Menschenmassen in den Industriebezirken der socialdemokratischen Bewegung wesentlich zu statten kommt. Sollte es da nicht, wenn der Großindustrie jetzt wieder eine neue künstliche Förderung zu teil wird, die Aufgabe der Regierung sein, auch auf gesetzliche Maßnahmen gegen Auswanderungen der Socialdemokratie Bedacht zu nehmen? ... Wenn wir wiederholt, und auch jetzt wieder in Ermittlung, wahrnehmen, welcher Terrorismus bei Arbeiterausständen geübt wird, wie die Arbeitswilligen gewaltsam an der Arbeit gehindert werden, dann darf man allerdings die Frage stellen, ob nicht gesetzliche Maßnahmen gegen solche Auswanderungen und zum Schutz der Arbeitswilligen am Platze sind.“

Schon vor Jahren wurde in voller Würdigung dieses Schutzbegriffes von hoher Stelle auf die unbedingte Notwendigkeit eines bezüglichen Gesetzes verwiesen. Aber was ist seitdem geschehen? Als im Juni 1899 dem Reichstage endlich der Gesetzentwurf „zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses“ vorgelegt worden war, würdigte man diesen Entwurf nicht einmal der Kommissionsberatung, sondern stimmte ihn in zweifacher Lesung nieder. Und die damalige Regierung ließ sich dies ruhig gefallen; trotz der wachsenden Missethate ist das Gesetz nicht wieder eingebracht worden. Noch niemals hat eine Regierung mit solchem Gleichmut eine parlamentarische Niederlage hingenommen!

Recht bemerkenswert ist es auch, daß diejenige Parteigruppe, welche immer am lautesten nach dem Kanal schreit, im Reichstage mit großer Mehrheit gegen das Arbeitswilligen-Gesetz gestimmt hat. Der Führer der Nationalliberalen, Adg. Wassermann, erklärte gleich bei der ersten Lesung am 20. Juni 1899: „Wir legen Wert darauf, schon beim ersten Schritt ein ablehnendes Votum zu geben.“ Er erklärte sich ferner gegen jede Beschränkung des Koalitionsrechts der Arbeiter. ...

Der Erfolg eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses aber erscheint heute ebenso dringlich, wenn nicht dringlicher als zuvor, in seinem Falle sollte, ehe ein solches Gesetz in Kraft getreten ist, an ein Unternehmen gegangen werden, welches — wie der Mittel-Rhein — die künstliche Förderung der Großindustrie bezweckt, in seiner Wirkung aber ebenso dem Anwachsen der Socialdemokratie Vorschub leisten muß.

Wächte der Herr Ministerpräsident — und diese Bitte sollte in den vorliegenden Zeiten zum Ausdruck gelangen — das Kanalprojekt dem Landtage erst dann vorlegen, wenn der Herr Reichskanzler das längst verheißene Gesetz gegen socialdemokratische Gewalthätigkeiten im Reichstage zur Annahme gebracht haben wird.“

Der Zusammenhang zwischen Kanal und Zuchthaus ist so toll bei den Haaren herbeigezogen, der Gedankengang so blödsinnig, daß man glauben möchte, der Graf Kanitz habe unter den Nachwirkungen des Stöckers seine Betrachtungen niedergeschrieben. Aber die Sache gewinnt ein andres Gesicht, wenn man den geheimen Sinn des Artikels erfährt. Dieser lokale Erguß ist nämlich eine massivere Verhöhnung des Kanzlers. Zuchthausvorlage und Kanalvorlage haben zwar sächlich nichts gemein, aber in einer Hinsicht sind sie doch verwandt, insofern als für beide Entwürfe der Kaiser sich persönlich engagiert hat. Graf Kanitz hat nur deshalb Beziehungen zwischen den beiden weltverschiedenen Plänen ausgestellt, um die verfechtete Posselt anzubringen; der Kaiser habe es wirklich nicht nötig, um der Einlösung eines kaiserlichen Wortes Willen die Kanalgeschäfte wieder anzuzuhren; da solle er erst einmal die kaiserlichen Verprechungen von Vieselsid und Leynhausen wahr machen, wo jeder mit Zuchthaus bedroht wurde, der zum Streik anreizt. So ulst der Monarchismus der Junker! —

Schemen der Immunität.

Wie uns aus Halle gemeldet wird, ist dort am Dienstag der Reichstags-Abgeordnete Adolf Thiele durch Polizeigewalt vor Gericht gezogen worden. Es war Verhandlung gegen ihn in einer Privatbeleidigungssache angezettelt und er wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Die Strafkammer hatte beschloffen, den Abgeordneten Thiele gegen seinen Willen vorführen zu lassen, indem sie erklärte, seine Immunität als Mitglied des Reichstages schütze ihn nicht. Es erschien ein Polizeibeamter in der Wohnung des Abgeordneten und nötigte ihn, vor Gericht zu erscheinen.

§ 31 der Reichsverfassung bestimmt:

„Ohne Genehmigung des Reichstages kann kein Mitglied desselben während der Sitzungsperiode wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden, außer wenn er bei Ausübung der That oder im Laufe des nächstfolgenden Tages ergriffen wird.“

Wenn derselbe Verfassungsparagraph weiterhin besagt, daß auf Verlangen des Reichstages jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied desselben einzustellen ist, so konnte sich der Abgeordnete Thiele, wie uns mitgeteilt wird, dieser Bestimmung zur ausdrücklichen Einfiessung des Verfahrens nicht bedienen, weil die Ladung zum Gerichtstermin ihm erst während der Reichstagsferien zugegangen ist.

Die Immunität der Mitglieder des Reichstages ist durch mannigfache Auslegungsumstände der Justiz schon längst zum blossen Schemen geworden.

Erst wenn die Rechtslage genau bekannt ist, läßt sich beurteilen, ob das Gericht den Artikel 31 der Verfassung verletzt hat.

Erinnern als Vorbild. In der „Deutschen Tageszeitung“ bewährt sich Herr Dr. Dertel fortwährend als eifriger Fürsprecher und Verberlicher sächsischer Mißstände. Es war jüngst die Rede davon, daß etwa das Reichamt des Innern beeinträchtigt werden könnte, in das sächsische Verfahren in Criminalsachen einzugreifen. Diese, wenn auch ferne Gefahr für die geliebte sächsische Reaktion läßt Herr Dr. Dertel zur Abwehr eilen und den Preußen, die es sicherlich sehr nötig haben, das sächsische Ideal empfehlen:

„Man möchte die Reichsregierung, insbesondere wohl das Reichsamt des Innern, ein wenig schärf machen gegen das sächsische Vereinsgesetz und seine behördliche Durchführung. Man deutet sogar an, daß man die leise Hoffnung hegt, Sachsen werde im Reichstage von Seiten des Reiches in dieser Beziehung rektifiziert werden. Diese Hoffnung wird sich sicher als trügerisch erweisen. Das Vorgehen der sächsischen Regierung ist auf allen Gebieten und auch auf dem des Vereinsrechtes durchaus verfassungsmäßig und gesetzmäßig. Es giebt in Preußen viele treffliche Männer, und zwar nicht nur konservative, sondern auch national-liberale, die den dringenden Wunsch hegen und gelegentlich auch ausgesprochen haben, daß Preußen das Vorbild Sachsens auf diesem Gebiete etwas auf sich wirken lassen möge. Wenn man aber, was wir für gänzlich ausgeschlossen erachten, in irgend einem Reichsamte die Neigung hegen sollte, die Handhabung des sächsischen Vereinsgesetzes im allgemeinen oder im besonderen der von linksliberalen Seite gewünschten Kritik zu unterziehen, so würde man allerdings Dissonanzen hervorrufen, die im Interesse des Reiches zu bedauern wären.“

Die sächsischen Wähler haben den Helden der „Deutschen Tageszeitung“ des Landes verwiesen. Aber das treue deutsche Herz des Agrarierhauptlings schlägt ungewandelt für die sächsische Bedrückungs- und Entrechtungs-politik.

Gegen die „nervöse Abänderungsneigung“.

die sich bei den mehrerwähnten Offiziersuniform-Aenderungen bemerkbar macht, eifert auch die „Deutsche Tageszeitung“ mit einem Temperament, das ihr sonst nur bei Zoll-raubzügen gegen die Kaiserin der Unmittelbar oder bei Schar-macher-Campagnen gegen die politischen Rechte des Proletariats zur Verfügung steht. Das Agrarierblatt schreibt unter anderem:

Uniformänderungen.

Die Klage über die vielen Aenderungen an den Uniformen, besonders denen der Offiziere, bilden eine ständige Klage in der deutschen Presse. Wie berechtigt sie vielfach sind, bedarf näherer Darlegung nicht. . . . Man beklagt diese Neuerungen meist unter dem Gesichtspunkte der Kostspieligkeit. Dieser Gesichtspunkt kommt ohne Frage sehr in Betracht, aber wesentlicher scheinen uns zwei andre zu sein. Durch die fortwährenden Aenderungen wird eine Unruhe und Unrast erzeugt, die dem Heere unmöglich förderlich sein kann. Außerdem wird durch die fortwährende Betonung der Neuheitslichkeiten das Heer und das Offizierscorps geradezu veranlaßt, in solchen an sich untergeordneten Neuheitslichkeiten etwas Wesentliches und Bedeutendes zu sehen. Das kann dem Geiste der Truppe und der Offiziere nur schaden. Deshalb sollte man endlich diese fast nervöse Abänderungsneigung überwinden und sich auf solche Abänderungen beschränken, welche unabweisbar notwendig und genügend erprobt sind. . . . Aber auch wir sind der Meinung, daß mit aller Mühe, aber auch mit allem Ernste dem Kriegsminister im Reichstage gesagt werden müsse, wie diese Aenderungen nicht nur von den gewerkschaftlichen Kreisen, sondern auch von den ruhigen, besonnensten und loyalsten Kreisen der Bevölkerung beurteilt werden.

Man sieht, daß das Blatt der Krautjunker selbst vor schärfsten und allerhöchsten Ausdrücken nicht zurückschreckt, sobald es gilt, den Geldbeutel der „Edelsten und Besten“ gegen „fast nervöse“ Maßnahmen zu schützen. Leider müssen ja die Offiziere ihre Uniformen noch selbst bezahlen!

Und die finanzielle Beunruhigung der Offiziere führt sogar, wie das Blatt andeutet, zu einer Schädigung des Geistes der Truppe. Daß die neuen Offizierspaletots künftig eine Rolle im Wädel haben sollen, unterdrückt also den Geist der Armee in viel höherem Maße, als alle Kulturthaten der Breidenbach, Franzke und Konsorten!

Und diese „ruhigen, besonnensten und loyalsten Kreise der Bevölkerung“, die jetzt ganz nervös über die Nervosität gewisser Stellen werden, zehren über „Unruhe“ und „Verbeugung“, wenn das Proletariat sich die ungeheuerlichsten politischen Unterdrückung und materielle Ausbeutung nicht ruhig gefallen lassen will!

Preussische Wahlfreiheit.

Seit langem häufen sich die Klagen über die staatsbürgerliche Entrechtung der Beamten und Arbeiter in den Staatsbetrieben, insbesondere in den preussischen.

Der bekannte Erlass des Freiherrn v. Berlepsch richtete sich gegen die Socialdemokratie. In neuerer Zeit beginnt man gegen die Arbeiter, welche an der politischen Bewegung teilnehmen, in derselben Weise vorzugehen.

Der Handelsminister Müller erklärte am 10. Februar 1903 im preussischen Abgeordnetenhause rundweg:

„Wenn Arbeiter sich betheiligen an offenen großpolitischen Agitationen, die neuerdings in Ober-Sachsen eintreffen, so halte ich mich für verpflichtet, für die lgl. Werke allerdings dafür zu sorgen, daß derartige Agitatoren dort nicht beschäftigt werden. Sie mögen sich anderwärts Arbeit suchen.“

Stimmzeichnenderweise fand sich in dem Dreiklassen-Landtag keiner, der dieser Auffassung des Ministers widersprochen hätte. Jetzt teilt ein polnisches Blatt eine Wahregelung mit, welche ungewöhnliches Interesse beansprucht.

Auf der königlichen „Königin Louise-Grube“ in Zaborze wurden nach den Reichstagswahlen die Bergarbeiter Alfred W. und Adolf G. entlassen. W. hatte 21 Jahre, G. sogar 23 Jahre auf dieser Grube gearbeitet. Sie verdienten 120—130 M. pro Monat. Bei der neuen Arbeit, welche sie auf einer andern Grube neuem mühten, bezug

der Verdienst 70—72 M. pro Monat, sie erhielten auch keine Freikohle und mußten für Strohenbahn 4,00 M. pro Monat ausgeben.

Die beiden Vergleite bemühten sich nun, wieder bei der königlichen „Louise“-Grube anzukommen und sandten auch eine Beschwerde an das Ober-Vergamt in Breslau ab. Die Antwort lautete:

Königliche Vergünstigung

I Nr. 8401.

Nachdem das königliche Ober-Vergamt uns Ihr Gesuch um Wiedereinsetzung auf „Königin Louise“-Grube zur Erledigung weitergegeben hat, eröffnen wir Ihnen, daß von einer Wiedereinsetzung auf königlichen Staatsgruben nicht die Rede sein kann, da Sie erwiesenermaßen gelegentlich der diesjährigen Reichstagswahlen im großpolnischen, d. h. staatsfeindlichen Sinne agitiert haben.

Königliche Vergünstigung (Unterjarrist.)

Auf der königlichen „Louise“-Grube arbeiten ausschließlich polnische Arbeiter. Auf diese werden solche Maßnahmen keinen Einbruch machen. Der 16. Juni hat es bewiesen. In Zaborze, das zum großen Teil von den Tausenden der Belegschaft „Königin Louise“ bewohnt wird, erhielt das Centrum 1070 Stimmen, Korsantij 304, Kowalowski 1503 und der „deutschnationale“ Kandidat 120 Stimmen.

Trotzdem solche Klagen unsere Agitationsarbeit sehr erleichtern, müssen wir mit aller Entschiedenheit fordern, daß der Staat als Arbeitgeber sich nicht um die politische Ueberzeugung der für ihn unter fortwährender Lebensgefahr Mehrwert schaffenden Arbeiter kümmert.

Die deutsch-schwedischen Handelsbeziehungen werden aller Wahrscheinlichkeit nach durch die Zollbrochungen Deutschlands eine wesentliche Aenderung erfahren. In Schweden gewinnt nämlich die Ab-sicht Verbreitung, den bisherigen einfachen Reichsbegünstigungs-Vertrag mit Deutschland durch einen spezialisierten Tarif-Vertrag zu ersetzen. Die deutsche Regierung stellt sich, wie verlautet, dieser Absicht sympathisch gegenüber und will dabei noch einige spezielle Erleichterungen für den deutsch-schwedischen Handelsverkehr zu erreichen suchen. Sie will vor allem danach trachten, daß die strengen Vorschriften Schwedens über die Behandlung auswärtiger Handelsreisender gemildert werden. Insbesondere sollen die von den Handelsreisenden zu entrichtenden Abgaben beseitigt oder wenigstens ermäßigt werden; ferner wird angestrebt, die Bestimmungen aufzuheben, daß Ausländer kein Grundeigentum für sich erwerben dürfen. Es ist natürlich klar, daß alle diese deutschen Absichten grade durch den neuen deutschen Tarif erschwert oder völlig unmöglich gemacht werden, es sei dem Deutschland verstände sich Schweden gegenüber zu bedeutenden Zugeständnissen.

Der Handelsverkehr Deutschlands mit Schweden ist bekanntlich bedeutend. Deutschland führte im Jahre 1902 Waren von ca. 119 Millionen Mark Waren nach Schweden aus, darunter Fabrikate aller Art, so daß Deutschland unter den Bezugsländern Schwedens an erster Stelle erscheint. Der schwedische Export nach Deutschland betrug in demselben Jahre ca. 80 Millionen Mark Wert. Er besteht hauptsächlich aus Holz, Holzwaren, Cellulose, Holzstoff, Eisenerzen, Eisenfabrikaten, Steinen, Fischen, Häuten, Beeren etc.

Eiferige Reaktion.

Anfang Dezember waren in der sächsischen Stadt Penig die Stadtverordnetenwahlen, die eine socialdemokratische Mehrheit ergaben — jetzt, nach fünf Wochen hat bereits ein neues Wahlsystem die Zustimmung der Aufsichtsbehörde erlangt, das in Zukunft die Herrschaft der Minderheit über die Mehrheit dauernd sichern soll. Als das Wahlergebnis bekannt wurde und sich zeigte, daß trotz der schon bestehenden Scheidung der Wähler in Hausbesitzer und Unangehörige die übergroße Mehrheit für die Socialdemokratie gestimmt hatte, da wurde alles lebendig, was den Fortschritt fürchtet und vom Unrecht lebt. Nur knapp vier Wochen sollte die Herrschaft der Privilegierten noch dauern, und diese Zeit nutzten sie mit einem Eifer, den man sonst vergeblich erwartet, wenn es sich um Maßregeln zum Wohle des Volkes handelt. Obwohl unsre schon im Kollegium befindlichen Parteigenossen zwei Sitzungen durch Obstruktion zu verhindern vermochten, wurde die neue Wahlrechtsvorlage durchgepeitscht und beschlossen, und mit der gleichen ungewohnten Eiferigkeit entschloß sich die Aufsichtsbehörde, dem neuen Wahlstatut die Zustimmung zu erteilen. Es werden nunmehr die Wähler neben der schon bestehenden Einteilung nochmals in drei Klassen nach dem Einkommen geteilt, so daß die erste Klasse 85 Wähler umfaßt, die zweite 240 und dritte gegen 600.

Der Vorgang ist nicht neu in Sachsen; er bleibt aber immer charakteristisch für die Stachellosigkeit der Reaktion um so mehr, als diese Klassenteilung, soweit die unangehörigen Wähler in Frage kommen, direkt den positiven Vorschriften der Gemeinde-Ordnung, also des Staatsgesetzes widerspricht. Sie ist nur möglich durch gewaltsame Auslegung einer Vorschrift, die der Behörde das Recht giebt, unter gewissen Umständen von den Vorschriften des Gesetzes zu dispensieren.

Seltam! Da wird die Socialdemokratie bei jeder Gelegenheit aufgefordert zu zeigen, was sie Positives leisten kann, in jedem Amtsbereich bekommen wir die billige Weisheit zu hören, daß wir nichts Positives leisten, nur immer kritisieren können, und sobald sich eine Gelegenheit bietet, uns an positiven Leistungen zu Grunde zu richten, da wendet man alle Kräfte auf, und das unmöglich zu machen.

Ein Dankschreiben des preussischen Landwirtschaftsministers. Wie die „Berliner Neueste Nachrichten“ berichten, hat Herr v. Podbielski an Hr. W. Wilson, den Special-Commissioner des „Sportsman“ und Leiter der „International Horse Agency“, dessen „Geschicklichkeit und Umsicht“ das deutsche Volk den Ankauf des 420 000 Mark-Hengstes zu danken hat, folgendes amtliche Dankschreiben gerichtet:

„Nachdem der Vollbluthengst „Ard Patria“ an der Stätte seiner künftigen Wirksamkeit, dem Hauptgestüt Grady, gesund angekommen ist, nehme ich gern Veranlassung, Ihnen für Ihre Bemühungen und das besondere Geschick, welches Sie in Wahrnehmung der Interessen der preussischen Gestütsverwaltung bei Vermittelung des Ankaufs bewiesen haben, meinen Dank auszusprechen. Der königliche preussische Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, v. Podbielski.“

Man ersieht hieraus mit aller wünschenswerten Klarheit, daß der Posten eines preussischen Ministers eine Arbeitskraft verlangt, wie sie am ehesten ein alter General besitzt. — Uebrigens ist „Stätte seiner künftigen Wirksamkeit“ in Bezug auf einen Dohnergelbst gut gesagt.

Ueber die Eingeborenen-Erhebung in Deutsch-Neu-Guinea wird der „Eberl. Jtg.“ aus Sidney gemeldet: Bei dem Ueberfall in Peter-hafen sind außer den beiden Deutschen Döll und Reinhardt auch zwei Chinesen und zehn Eingeborene von den Eingeborenen ermordet worden. Der Stationschef Hansen wurde von befreundeten Insulanern beschützt und ist nach Friedrich-Wilhelms-Hafen entkommen. Am 12. November wurde die Filialstation auf der Wandu-Insel angegriffen und die Eingeborenen wurden ermordet. Der Händler Lauer erhielt zwei Speerwunden, ist aber nebst seiner Familie nach Herderthöhe entkommen. Das Gouvernement hat 50 Mann Schutztruppen nach dort entsandt und 25 Eingeborene wurden getötet. Als angebliche Ursache der That wird der Umstand bezichtigt, daß die Europäer Land, das sie bereits bezahlt hatten, übernehmen wollten, worauf der Ueberfall erfolgte. Die Schutztruppe setzt gegenwärtig die Verfolgung fort, sonst herrscht Ruhe.

Die wahre Ursache des Zusammenstoßes wird schwerlich festgestellt werden.

Ausland.

Der englische Socialismus im Jahre 1903.

Die „Justice“, das Organ der Socialdemokratischen Föderation, wirft in einem Neujahrsartikel einen Rückblick auf die socialistische Bewegung in England während des letzten Jahres. Die Agitation sei mit erneuter Kraft und bemerkenswertem Erfolge im ganzen Lande betrieben worden. Neben dem südafrikanischen Krieg haben hierzu vor allem die zollpolitischen Pläne Chamberlains den gewünschten Anlaß gegeben. Hyndman vor allem habe nach seiner Wiedereinsetzung die Agitation gegen den Erminister mit der gewohnten Kraft und Begeisterung aufgenommen; seine Versammlungen in fast allen größeren Städten des Landes seien so stark besucht gewesen, wie noch nie socialistische Versammlungen in diesem Lande; hundert, ja tausende hätten oft keinen Eintritt in die Versammlungen finden können. In Barnley, wo bekanntlich Hyndman für die nächsten Wahlen als Kandidat aufgestellt ist, haben die Liberalen den beliebtesten Trid in Anwendung gebracht, dem Genossen Hyndman einen liberalen „Arbeiterkandidaten“ entgegen zu stellen. Gerade dies habe aber in den Arbeiterorganisationen des Landes große Entrüstung hervorgerufen; die Arbeiter hätten daraus ersehen, daß die kapitalistischen Parteien sofort einig sind, wenn das kapitalistische System ernstlich angegriffen wird.

Der Artikel sucht des weiteren die Losfrage der Föderation von dem „Arbeitervertreter-Komitee“ zu rechtfertigen. Es habe sich herausgestellt, daß es den Liberalen immer wieder gelinge, jede unabhängige, politische Aktion der Arbeiterklasse durch schlaues Entgegenkommen zu vernichten. Diese Taktik der Liberalen sei von so großem Erfolge begleitet gewesen, daß eine ganze Anzahl Männer, welche unter der Führung und Protection des „Arbeitervertreter-Komitees“ gewählt worden wären, abgeschwenkt seien. Die Führer der „unabhängigen Arbeiterpartei“ (die J. L. P. ist im Gegensatz zu der S. D. F. mit den Gewerkschaften zusammen bei dem Arbeitervertreter-Komitee geblieben), die ihren Socialismus abgeschworen hätten, um die Einigkeit mit den nichtsocialistischen Körperschaften aufrecht zu erhalten, kämen jetzt selbst in Gefahr, von den letzteren verlassen zu werden. Das sei von der S. D. F. vorausgesehen worden; eine Vereinigung, die nicht auf der Basis gemeinsamer Principien aufgebaut sei, könne keinen Bestand haben. Der Verfasser hofft, daß gerade dieser Umstand zu einer Einigung der beiden socialistischen Flügel führen könne. Im übrigen ist der Artikel sehr optimistisch und zuversichtlich gehalten.

Oesterreich-Ungarn.

Gehorsamsverweigerung ungarischer Soldaten.

In Ungarn wurden bekanntlich ausgediente Mannschaften des dritten Jahrganges bei der Fahne zurückgehalten, da eine Neueinstellung von Rekruten wegen der parlamentarischen Obstruktion nicht erfolgen konnte. Unter diesen Mannschaften des dritten Jahrganges ist es nun stellenweise zu einem heftigen Widerstand gegen die Vorgesetzten gekommen. Ein Privattelegramm der „Künigener Allgemeinen Zeitung“ schildert die Vorkommnisse folgendermaßen: „Bei den ungarischen Truppen in Trebinje und Bielek im Bosnien ist eine förmliche Revolte ausgebrochen. Die Leute des dritten Jahrganges, die schon im Oktober zur Verurlaubung fällig gewesen wären, verweigerten den Gehorsam und durchzogen jöhnd die Straßen; sie demonstrieren die Wirtshäuser, wobei sie die dort aufgehängten Porträts des Königs zerstörten. Da infolge der vielen Verhaftungen die Räume des kaiserlichen Militärgerichts-Gefängnisses als unzureichend sich erwiesen, wurden die Revolütierenden je zwei und zwei aneinandergefesselt nach Trebinje eskortiert. Es wurden übrigens nur die Reuigsten eingesperrt, denn sonst hätten noch Hunderte verhaftet werden müssen. Auch gelegentlich der Verhaftungen kamen Gewaltthaten seitens der Mannschaften vor. Ein Lieutenant, welcher zur Vornahme einer Verhaftung in einem Wirtshaus erschien, wurde von den Soldaten vor die Thüre gesetzt. Ein Inspektionshauptmann mit verstärkter Patrouille ließ darauf die Mannschaften abführen. Bei einem Marsche nach Trebinje verweigerten die Drittfährigen den Gehorsam und dündeten keine Offiziere an der Spitze der Marschkolonnen, worauf die Offiziere abtraten und die Mannschaften ihren Einzug in Trebinje unter Führung von Unteroffizieren hielten. In Bielek dauert die Gärung noch fort. Vor zwei Tagen rief einer von den Mannschaften den am Thor angebrachten kaiserlichen Doppeladler herab und warf ihn in den Morast, weil ein Offizier erklärt hatte, daß, wenn der Adler wegsiege, auch die Verurlaubung erfolgen werde. Die That wurde mit lauten Jubelrufen begrüßt. Sodann traten die Soldaten vor den inspektionierenden Offizier und forderten unter Hinweis darauf, daß der Adler bereits weg-ge-schossen sei, die Verurlaubung. Mit Rücksicht darauf, daß weitere Reuereien in Aussicht stehen, wurde der Japsenitreich in Bielek schon auf 6 Uhr abends fixiert. Die Mannschaften der jüngeren Jahrgänge erklärte, in keinem Falle von den Schußwaffen gegen ihre Kameraden Gebrauch machen zu wollen. Unter den Mannschaften ist die Erbitterung gegen diejenigen Abgeordneten, welche die Obstruktion weiterführen, geradezu grenzenlos.“

Diese Vorfälle bildeten am Dienstag im Abgeordneten-hause in Budapest den Gegenstand der Verhandlung.

Homwedminister v. Khiri erklärte die Verichte der Wälder für vielfach übertrieben. Thatsache sei jedoch, daß infolge der Zurückhaltung von Soldaten, die ihr drittes Jahr abgedient haben, sich Unzufriedenheit bemerkbar gemacht habe und daß am 25. Dezember ein Fall von Verletzung der den Vorgesetzten schuldigen Achtung vorgekommen sei, so daß sechzehn Mann arreteriert wurden. Die Untersuchung habe ergeben, daß die Widersecklichkeit planmäßig verabredet gewesen sei. Am 27. v. M. hätten Soldaten in einem Wirtshaus in Bielek aufreizende Reden gehalten, wovon gegen sieben Mann ein Strafverfahren eingeleitet worden sei. In den Strafverhandlungen hätten insgesamt 60 Mann teilgenommen, es sei jedoch nur gegen 18 ein Strafverfahren eingeleitet worden. Auf eine Vernehmung Kloboschs wegen der angewendeten Mißde erklärt der Minister, daß, wenn gleich die Verlegung der Disziplin nach den militärischen Vorschriften geahndet werden müsse, doch die milderen Umstände berücksichtigt werden müßten, welche in den außerordentlichen Verhältnissen begründet seien.

Das Haus nahm darauf mit 161 gegen 51 Stimmen die Vorlage über das Rekruten-Kontingent in der Generaldebatte an.

Belgien.

Ein militärisches Bagno, von dessen Existenz man bisher in der Öffentlichkeit wenig wußte, hat jetzt durch einen Prozeß die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf sich gezogen. Vor dem Kriegsgericht von Brabant hatten vier Soldaten zu erscheinen, welche als Sträflinge in dem Militärgefängnis von Belverde gehalten werden. Im Laufe der Verhandlung wurden die Grausamkeiten geschildert, die in jener Strafanstalt zur Anwendung kommen. Die Sträflinge von Belverde haben in der Regel keine andre Vergehen begangen, als Defektion, Insubordination, Verleumdungen von Vorgesetzten etc. In der Strafanstalt kommen zur Anwendung: die Zwangsjacke, Haft in dunklen, kalten Zellen, die, obgleich sie unterirdisch liegen, so daß nur wenig Licht hinein dringt, selbst im Winter nicht geheizt werden; das Anlegen von schweren Ketten usw. Die vier Angeklagten hatten gemeine Vergehen begangen (Berührung von Gegenständen, Anlegung von Feuer, Ungehorsam usw.), um diesem Bagno zu entkommen und einem Civilgefängnis überwiegen zu werden. Die Verteidiger, unter ihnen der socialistische Advokat Max Halle, geißelten in scharfen Worten die Grausamkeiten, wie sie hier der Militä-

risimus an den Söhnen des Vaterlandes begehrt. Die Angeklagten wurden zu vier Wochen bis sechs Monaten Gefängnis, die sie in einem Zivilgefängnis verbringen können, verurteilt. Jedoch läßt der Militarismus seine Opfer so leicht nicht los und die Bedauernswerten müssen nach verbüßter Gefängnisstrafe wieder in das Militärbagnio zurück. Die öffentliche Meinung aber ist durch den Prozeß aufgewühlt und das Parlament wird sich noch damit zu beschäftigen haben.

England.

Krise und Defizit.

London, 8. Januar. (Fig. Ver.) Chamberlain hat Gläd. Die Beweise der Freihändler für die Geschäftsbilanz Englands werden von den Thatsachen folgen. Neben der zunehmenden Arbeitslosigkeit zeigt sich ein Mangel an den Staatsmaßnahmen. Mit Ausnahme der Postverwaltung hatten im letzten Quartal (Oktober-Dezember) alle Staatsposten einen beträchtlichen Verlust gegen die gleiche Zeit des Vorjahres sowie gegen den Voraussatz zu verzeichnen. Die letzten neun Monate brachten an Einnahmen rund 98 Millionen Pfund Sterling gegen rund 102 Millionen Pfund Sterling in der gleichen Zeit des Jahres 1902. In seiner Budgetrede vom April 1903 rechnete der freihändlerische Finanzminister Ritchie auf eine Zunahme an Zöllen und Verbrauchssteuern, obwohl er den Kornzoll beseitigte. Bis jetzt haben die Zölle eine Mindereinnahme von 435 000 Pfund Sterling und die Verbrauchssteuern eine Mindereinnahme von 810 000 Pfund Sterling zu verzeichnen, ebenso die Erbschafts-, Stempel-, Grund- und Einkommensteuern, so daß ein beträchtliches Defizit zu erwarten ist.

Gewerkschaftsprozesse.

London, 8. Januar. (Fig. Ver.) Der südwalisische Bergarbeiter-Prozeß, bei dem es sich um einen Schadenersatz von zwei Millionen Mark handelt, wurde bekanntlich im August 1903 von der zweiten Instanz zu Gunsten der klagenden Bergarbeiter-Gesellschaft entschieden. Die Klage wurde sodann an die erste Instanz zum Zwecke der Feststellung des Schadens zurückgewiesen. Ende Dezember 1903 untersuchte Richter Bigham das Geschäft einer der klagenden Firmen und berechnete den Schaden auf 5825 Pfund Sterling (116 500 Mark). Da diese Firma nur ein Fünftel der Gesamt-Rohlenausbeute hat, so beträgt der Gesamtschaden etwa 116 500 x 5 = 1 747 500 M. Die Ursache der Klage war die Anordnung einiger Ruhetage durch den Verband der südwalisischen Bergleute.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Ein neuer Einigungsvorschlag im Droschkentaxisberuf.

Bei Beginn der gestrigen Verhandlungen vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts zogen sich die Parteien sofort zu vertraulichen Beratungen zurück. Nach Verlauf von ungefähr zwei Stunden wurde die Sitzung wieder eröffnet und den Parteien vom Einigungsamt folgender Vorschlag unterbreitet:

1. Es wird vom 7. Januar 1904 ab jedem Kutscher, der bei den Mitgliedern des Arbeitgeber-Verbandes Droschke fährt, ein Grundlohn von täglich 1 M. und 30 Prozent von der erzielten Brutto-Einnahme gewährt. Dieses Abkommen soll Gültigkeit haben bis zum 1. Juli 1904.
 2. Es ist sofort eine paritätische Schlichtungskommission zu bilden, bestehend aus sechs Arbeitgebern und sechs Arbeitnehmern, welche unter Vorsitz eines Richters als Obmann umgehend in Funktion zu treten haben. Es soll von dieser Kommission über alle strittigen Punkte im Gewerbe, welche zu Streiks oder Aussperrungen führen können, und über die Regelung der Arbeitszeit verhandelt und auf Grund dieser Verhandlungen ein für beide Organisationen zu schaffender Vertrag aufgestellt werden. Schon vor Ablauf des letztgenannten Vertrages soll die Schlichtungskommission sich bemühen, einen Vertrag auf längere Dauer zu stande zu bringen.
 3. Die Parteien verpflichten sich für den Fall, daß es überhaupt zu einer Vertragschließung nicht kommen sollte, das Berliner Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen, damit dieses mit ihnen weiter verhandelt und einen Vertrag durch Vergleich bezw. Schiedsspruch herstelle.
 4. Bei Differenzen, welche zu Streiks oder Aussperrungen führen könnten, soll zunächst die Entscheidung der Schlichtungskommission bezw. des Einigungsamtes abgewartet werden, bevor der Streik oder die Aussperrung proklamiert wird.
 5. Maßnahmen der Streikenden bezw. Aussperrten dürfen nicht stattfinden, ebenso wenig wie von den letzteren die von den Arbeitgebern gegenwärtig eingestellten Kutscher zu behelligen sind.
 6. Die Arbeit wird am 7. Januar morgens wieder aufgenommen.
 7. Die Vertreter der Parteien nehmen vorstehenden Vergleich mit dem Vorbehalt an, daß die Versammlungen der beiden Organisationen den Vergleich genehmigen.
- Die Vertreter beider Parteien erklärten hierzu, daß sie ihr Möglichstes thun wollten, um in den Versammlungen ihrer Organisationen für Annahme dieses Vergleiches zu wirken. — Die Führer haben heute vormittag, die Kutscher abends Versammlung. Es bleibt abzuwarten, ob auf Grundlage dieses für die Kutscher offenbar recht mageren Vergleiches endlich der auf beiden Seiten ersehnte Friede zu stande kommt.

Eine Aussperrung am Weihnachtsheiligabend ist in der Ristenfabrik von J. u. K. in der Diefenbachstr. 35 zu verzeichnen. Bisher hatten die Arbeiter der Fabrik keine Ursache zu erheblichen Klagen. Das Verhältnis war ein gutes zu nennen. Da kam kürzlich ein neuer Werkführer in die Fabrik und auf dessen Verreiben wurden am Weihnachtsheiligabend sämtliche Ristenmacher — es sind elf Familienväter — plötzlich entlassen, ohne daß sie, die sich in der eben beendeten Saison noch tüchtig geplagt hatten, eine Ahnung davon hatten, daß sie gerade zu Weihnachten ohne ersichtlichen Grund auf die Straße gesetzt werden würden. Nach der Entlassung verhandelte die Lohnkommission mit dem funktionsfähigen Werkführer und da gab derselbe als Grund der Entlassung an, daß ihm die organisierten Ristenmacher zu teuer seien; er wolle es mit unorganisierten billigeren Arbeitern versuchen. Obgleich bei Punkte nicht gerade die besten, sondern die im allgemeinen üblichen Durchschnittspreise bezahlt wurden, wäre die Kommission doch bereit gewesen, sich über die Löhne mit der Firma zu verständigen; aber der Werkführer blieb dabei, er wolle mit den „Verbandsbrüdern“, das heißt mit den organisierten Ristenmachern nichts mehr zu thun haben. Die Verhandlungen hatten also keinen Erfolg und die Kommission verhängte deshalb die Sperre über die funktionsfähige Fabrik. Aus Solidarität mit dem ausgesperrten Ristenmachern legten auch der Kutscher und der Hausdiener der Fabrik die Arbeit nieder. Bis jetzt ist es der Fabrikleitung nur gelungen, als Arbeitswillige drei Ristenmacher und einen Kreislohnführer zu bekommen, und dürfte es für die Dauer doch nicht ohne Verständigung mit der Organisation gehen. — Eine Versammlung der Ristenmacher, die sich am Montag mit der Angelegenheit beschäftigte, nahm eine Resolution an, durch die das Verhalten der Firma Punkte entschieden verurteilt wird und die Versammelten dahin zu wirken versprochen, daß die organisierten Ristenmacher die funktionsfähige Fabrik meiden und die Aussperrten unterstützt werden. — Ferner erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, daß die Sperre der funktionsfähigen Fabrik so lange bestehen bleibt, bis sie durch die Lohnkommission aufgehoben wird.

Deutsches Reich.

Ein württembergischer Gewerkschaftskongreß.

Am Sonntag tagte in Stuttgart die 10. Jahreskonferenz der Vertrauenspersonen für die Gewerbe-Inspektion und der Kartell-

vertreter Württembergs. Ursprünglich bloß als ein Forum für Beschwerden und Wünsche an die Gewerbe-Inspektion gedacht, ist diese Institution im Laufe der Jahre weit über den ursprünglichen Rahmen hinaus gewachsen und hat so durch die offizielle Teilnahme der Vorstände der württembergischen Gewerbe-Inspektion sehr an Bedeutung gewonnen. Auch diesmal wieder waren die württembergischen Gewerbe-Inspektoren: die Väterle Berner, Hofstetter und Hardegg, sowie die Assistentin Frau Bruner anwesend. An das Referat des Gewerkschaftssekretärs Rätcher über die Gewerbe-Inspektion im abgelaufenen Jahre knüpfte sich eine lebhafte Diskussion. Rätcher hatte darauf hingewiesen, daß im zweiten Inspektionsbezirk sich Differenzen zwischen den Arbeitern und dem Gewerbe-Inspektor Hofstetter ergeben haben, und ein Delegierter hatte sich insbesondere darüber beschwert, daß Baurat Hofstetter Streikinformationen bei der Polizei eingeholt habe. Der angegriffene Gewerbe-Inspektor verteidigte sich gegen die Angriffe und erklärte, daß er zur Einholung von Streikinformationen bei der Polizei amtlich verpflichtet sei. Nach ihm ergriff Gewerbe-Inspektor Hardegg das Wort, um auszuführen, daß bezüglich der Streikinformationen in erster Linie Unternehmer und Arbeiter in Betracht kommen müßten. Im übrigen beruhe die Einholung einer Information bei der Polizeibehörde auf einer Reichsvorschrift, aber nur für statistische Zwecke. Zu Informationen über den Streik selbst würde er die Polizeibehörde nie in Anspruch nehmen.

Alle drei Gewerbe-Inspektoren wiesen in der Diskussion auf die großen Schwierigkeiten hin, die ihnen von manchen Unternehmern in den Weg gelegt werden, und Gewerbe-Inspektor Hardegg betonte die Wichtigkeit eines besseren Ausbaues der Vertrauensmänner-Organisation. Landtags-Abgeordneter Keil befürwortete eine Resolution, die eine Verstärkung des völlig unzulänglichen Personals der Gewerbe-Inspektion verlangt. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Sodann referierte Hof über die kürzlich erfolgte Hinzuziehung von Arbeitervertretern als Beisitzer zur Centralstelle für Gewerbe und Handel. Eine von ihm beantragte Resolution, die darin bloß eine large Abschlagszahlung auf die Forderung nach Arbeiterkammern erblickt und deren landesgesetzliche Einführung fordert, wurde einstimmig angenommen.

Gewerkschaftssekretär Rätcher gab zum Schluß noch einen Bericht über den Stand der gewerkschaftlichen Organisation in Württemberg. Nach demselben bestehen in Württemberg 280 Verwaltungsstellen der Verbände, welche der gewerkschaftlichen Organisation angegeschlossen sind, mit einer Mitgliederzahl von rund 22 000. Vorhanden sind 23 Gewerkschaftskartelle mit 17 390 Mitgliedern. Von den übrigen Organisationen haben, soweit festzustellen war, die Hirsch-Dunderschen 2000 Mitglieder und die Christlichen Gewerkschaften zusammen etwa 1500 Mitglieder.

Ohne Zweifel trägt die intime Fühlungnahme zwischen Gewerbe-Inspektion und Arbeiterschaft, wie sie auf diesen Konferenzen erfolgt, viel dazu bei, das Vertrauen der Arbeiterschaft zur Gewerbe-Inspektion zu heben und diese zu befruchten.

Ausland.

Dem Ausstand der Schiffdarbeiter in Barcelona haben sich auch viele ausländische an Stelle der einheimischen angeworbenen Arbeiter angeschlossen. Eine Besprechung des Gouverneurs mit Vertretern der Schiffahrtsunternehmen hat zu einem Ergebnis nicht geführt. Im Hafen ist alle Thätigkeit eingestillt.

Gerichts-Zeitung.

Ein Verstoßener. In einem Anfall von Liebedürstlichkeit will der Arbeiter Otto Linke den Grech begangen haben, der ihn gestern unter der Anklage des versuchten Raubes und der versuchten Rotzucht vor die Schranken des Schwurgerichts am Landgericht I führte. Der Angeklagte ist, wie er den Geschworenen in etwas schwülstiger Weise erzählte, einer jener „Heimatlosen“, die von ihrem Vater, ihrer Mutter nichts wissen, kaum über das Jahr ihrer Geburt Auskunft geben können, Familienglieder und Freunde nicht besitzen und einsam und verlassen sich durch die Welt schlagen. Er ist wegen Bettelns und Vagabondierens vorbestraft und auch schon einmal wegen eines Greches, bei dem er in eine große Erregung geraten war, vorübergehend in eine Anstalt gebracht worden, aus der er dann als geistesgesund entlassen worden ist. Etwas Seltsames haftet ihm aber an und wie er gestern mit der ehrbaren Niene der Welt und den sonderbarsten Gestaltungen dem „werten Herrn Präsidenten“ immer und immer wieder versicherte, daß „nur die Liebe“ ihn auf die Anklagebank gebracht hätte, wickte er unwillkürlich auf die Landmisset der Zuhörer. Linke ist kurze Zeit bei einem hiesigen Bäckermeister als Hausdiener angestellt gewesen und hatte jeden Morgen bei einer in der Schulstraße wohnenden Milchhändlerin Badware abzuliefern. Er wurde dabei von dem 15-jährigen Tochterknecht Eufriede abgefertigt, die das Laden-geschäft besorgte und aus der Geldtasche, die sie an einem Riemen um ihre Taille trug, den Betrag für die Badware bezahlte. Das Mädchen hatte es, ohne es zu wissen, ihm angethan, denn er verführte gestern den Geschworenen ganz treuherrig: „Ich hatte das Mädel lieb und war ihm fürchterlich gut und hatte die große Sehnsucht, doch auch einmal ein Mädchen zu haben, mit dem ich ausgehen könnte, wie es die andern jungen Leute thun.“ Das Mädchen will von seiner Zuneigung aber nichts gemerkt haben und bestritt die Behauptung des Angeklagten, mit ihm hier und da über Liebesgeschichten geplaudert zu haben. Sie will nur einmal von ihm gehört haben, daß er aus Landsberg a. B. stamme und darauf gefaßt haben: sie habe auch eine Freundin in Landsberg a. B. und besäße sogar deren Photographie. Der Angeklagte versicherte aber, daß sie auch über die Liebe geplaudert hätten; das sei „so wahr, wie er hier vor gebildeten Leuten stehe.“ Er wußte, daß die Mutter des Jrl. Eufriede als Friseurin thätig war und um 8 Uhr das Haus verließ und daß die beiden Geschwister des Mädchens in die Schule gingen, so daß letzteres in den Vormittagsstunden sich ganz allein in dem Verkaufsstelle befand. Am 12. August erwidert er gegen 10 Uhr vormittags daselbst und ersuchte das Mädchen um ein Glas warmer Milch. Als das Mädchen in die Küche ging, um die Milch zu wärmen, folgte er ihr, sie lehnte jedoch sehr schnell wieder in den Laden zurück. Dann plauderte sie über gleichgültige Dinge und schließlich hat Linke das Mädchen, ihm doch einmal die Photographie der Freundin aus Landsberg zu zeigen; vielleicht würde er sie auch kennen. Das Mädchen ging denn auch in ein Nebenzimmer, um das Photographie-Album zu holen; der Angeklagte war ihr gefolgt, hatte unbemerkt den Thürriegel vorgehängt und als das Mädchen ihm die Photographie zeigte, packte er sie plötzlich bei der Gurgel und warf sie auf das Bett nieder, sich selbst aber auf ihren Körper. Das zu Liebe erschrakene Mädchen konnte keinen Laut von sich geben, sie will aber gefühlt haben, daß der Angeklagte sich mit der einen Hand an ihrer Geldtasche zu schaffen machte. Endlich gelang es ihr, sich seinen Händen zu entwinden. In ihrer Angst ließ sie den Angeklagten ruhig seines Weges ziehen und erstarrte dann Angetaucht wegen Raubmordversuchs. Linke war aus Berlin verschwand und ist schließlich erst im September in Landsberg a. B. verhaftet worden. Die Anklage wegen versuchter Rotzucht ist eigentlich nur auf sein Konto zu legen, denn er bestritt jederzeit entschieden, es auf die Geldtasche abgesehen zu haben, und meinte, er könne höchstens wegen eines unstillbaren Attentats auf das Mädchen zur Verantwortung gezogen werden. Auch gestern wie er jede diebische Absicht unter allen möglichen Bekräftigungen zurück. „Als das Mädchen so vor mir stand, mußte ich nicht, wie mir geschah. Mir wurde ganz wie im Kopf und der Anblick des Mädchens zog mich so an, daß ich sie umfassen mußte. Ich wurde von einer unüberwindlichen Gewalt getrieben!“ So der Angeklagte, der unter Schwüchern versicherte: „An dieser Anziehungskraft geht ja mein Leben noch einmal zu Grunde!“ — Der Gerichtsarzt Dr. Hoffmann hat den Angeklagten im Ge-

fängnis auf seinen Geisteszustand untersucht. Nach seinem Gutachten ist der Angeklagte ein schwachmüthiger, minderwertiger, aber kein geisteskranker Mensch. — Die Verhandlung hatte ein eigenartiges Ergebnis. Die Geschworenen verneinten die Schuldfragen betreffend versuchte Rotzucht und versuchten Raub, bejahten dagegen die vom Reichsanwalt Dr. Buchs gestellte Unterfrage wegen thätlicher Beleidigung. Zur Strafverfolgung dieses Vergehens gehört ein Strafantrag und da ein solcher nicht vorlag, so erkannte das Gericht auf Einstellung des Verfahrens.

Zu Unrecht beschuldigt. Der Schlächter Dempfe beanpruchte durch Klage beim Gewerbegericht von dem Berliner Rabatt-Sparverein Sadoit, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, außer 18 M. Lohn eine vierzehntägige Lohnentschädigung wegen unberechtigter Entlassung. D. war in einer der Fleischereien des Rabatts-Sparvereins beschäftigt gewesen und wegen Verdachts des Diebstahls entlassen worden. Der frühere Leiter jenes Geschäfts, Herr Riewe hatte ihn auch angezeigt, das Schöffengericht sprach D. jedoch frei, weil er des Diebstahls von Reich nicht überführt sei. — Der Vertreter des klagenden Vereins, einer seiner Geschäftsführer, gestand den rückständigen Lohn dem Kläger ohne weiteres zu, machte sich aber anheischig, den Nachweis für den Ausschluß der Kündigungsfrist zu erbringen, folgte dann jedoch den Vergleichsvorschlägen des Vorsitzenden Dr. Neumann und schloß mit dem Kläger folgenden Vergleich: Die klagende Gesellschaft mit beschränkter Haftung zahlt dem Kläger vergleichsweise 30 Mark und verpflichtet sich, im „Vorwärts“, wo früher eine Erörterung des Falles erfolgt ist, folgende Erklärung zu veröffentlichen: „Auf Anzeige unfreies früheren Geschäftsführers Riewe ist gegen den Schlächter Paul Dempfe ein Strafverfahren wegen Diebstahls eröffnet worden. Das Verfahren hat einen Beweis dafür, daß die Anzeige berechtigt sei, nicht erbracht. Dempfe ist daher am 8. Oktober 1903 vom Schöffengericht freigesprochen worden. Die unterzeichnete Gesellschaft bedauert, daß auf Anzeige eines ihrer Geschäftsführer der D. des Diebstahls beschuldigt worden ist.“ — Kläger verzichtet auf alle weiteren Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis.

Reichstags-Ersatzwahl im Kreise Reichenbach-Kirchberg.

Reichenbach i. B., 5. Januar. (B. Z. B.) Bei der heutigen Reichstags-Ersatzwahl im 22. sächsischen Wahlkreise Reichenbach-Kirchberg wurden nach den bisherigen Zählungen für Hoffmann (Soz.) 13 864 und für Graf Hoensbroech (nall.) 6882 Stimmen abgegeben. Es fehlt nur noch das Ergebnis aus einigen kleinen Orten.

Die Wahl des Genossen Adolf Hoffmann mit großer Majorität gesichert.

Diese durch den Tod unfreies Genossen Franz Hofmann notwendig gewordene Ersatzwahl im 22. sächsischen Wahlkreise brachte, wie vorauszusehen war, den Sieg der Socialdemokratie. Bei der Hauptwahl 1903 erhielt Hofmann (Soz.) 19 106 Stimmen, während die vereinigten bürgerlichen Parteien für ihren gemeinsamen Kandidaten, den Erzhilfen Hoensbroech, 12 988 Stimmen aufbrachten. Im Jahre 1898 erhielt die Socialdemokratie 13 154 Stimmen, auf den damals konservativen Kandidaten der gemäßigten Gegner entfielen 11 688 Stimmen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Wahlrechts-„Reform“ in Sachsen.

Chemnitz, 5. Januar. (B. Z. B.) Wie der „Chemn. Allgem. Ztg.“ aus zuverlässiger Quelle bestätigt wird, ist die Verwirklichung der Veröffentlichung der Denkschrift bei der Wahlrechts-Reform auf den Wunsch des Königs Georg zurückzuführen. Der König hat beim Neujahrsempfang dem Geh. Hofrat Mehnert gegenüber sich ausdrücklich in diesem Sinne geäußert. Aus unterrichteten Kreisen verläutet ferner, daß die Kundgebung aus einer Verstärkung der Gewerkschaftsordnung enthalten soll, um der Obstruktion entgegenwirken zu können.

Abgeordneterhaus.

Budapest, 5. Januar. (B. Z. B.) Im weiteren Verlaufe der Sitzung interpellierte Abgeordneter Salonski (Kosuthpartei) wegen der Verdrängung des Freiheitsdenkmals in Debreczin durch sieben Soldaten des 89. Infanterie-Regiments, welche sich bestiegen schon drei Monate in Untersuchungshaft befanden. Honvedminister v. Khiri erklärte hierauf, jene Soldaten seien wegen Aufwiegelung in Untersuchung. Die Heeresleitung politisiere nicht und dulde auch nicht, daß Soldaten an politischen Kundgebungen teilnahmen. Er könne die Bemerkung nicht unterdrücken, daß diejenigen, welche Soldaten hierzu verleiten, ihr Gewissen schwer belasten und unpatriotisch handeln. (Beifall.)

Die Krise in Ostasien.

Tokio, 5. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Veröffentlichung jeder Nachricht über Bewegungen der Truppen und der Kriegslage ist amtlich verboten worden.

Die Verfügung, durch welche Meldungen über Truppen und Schiffsbewegungen unterlagert werden, ist in einer Sonderausgabe des Amtsblattes erschienen und soll sofort in Kraft treten. Hier verläutet aus Vladivostok, daß dort ein russisches Geschwader sich aktionsfähig mache; eine andre Nachricht besagt, ein russischer Streifen sei mit einer kleinen Landungstruppe von Port Arthur abgegangen; sein Bestimmungsort sei nicht bekannt, wahrscheinlich sei es aber Tschernulpo. Die russische Antwort auf die letzte Mitteilung Japans ist hier noch nicht eingetroffen.

Rußlands Antwort an Japan.

London, 5. Januar. Das Reutersche Bureau hat von seinem Privatkorrespondenten aus Petersburg eine Depesche erhalten, welche besagt, aus amtlicher Quelle verlaute, daß die russische Antwort an Japan, über die dem Statthalter Alexejew Instruktionen zugegangen sind, in äußerst verständlichem Geiste gehalten sei. Einige der japanischen Vorschläge seien angenommen worden, während andre zum Gegenstand ausgedehnter Beratung gemacht und ihnen Gegenvorschläge gegenüber gestellt worden seien. In russischen amtlichen Kreisen gebe man der Hoffnung Ausdruck, daß die Japan gemachten Konzeptionen, welche in Petersburg als sehr wesentlich betrachtet werden, sich als annehmbar erweisen werden. Man hoffe, daß am nächsten Donnerstag, dem russischen Weihnachtsfest, Kaiser Nikolaus in der Lage sein werde, den Frieden zu verkünden.

Ausland spanischer Hafenarbeiter.

Barcelona, 5. Januar. (B. Z. B.) Der Ausstand nimmt immer größere Dimensionen an, nachdem das Syndikat der Arbeiter geschlossen hat, den Ausstand in sämtlichen Häfen Spaniens zu verhängen, wenn die Forderungen die gestellten Forderungen nicht annehmen.

Englische Soldatennunnen in Südafrika.

Kapstadt, 5. Januar. (B. Z. B.) Unter den Soldaten der englischen Garnisonen der Kolonie sind ernste Unruhen ausgebrochen. Die durch schlechte Bezahlung der Kolonialtruppen und durch die Missetimmung verurteilt sind, welche infolge der mangelhaften Wohnlichkeit der Kasernen bei den Soldaten Platz gegriffen hat.

Laibach, 5. Januar. (B. Z. B.) Unter den Arbeitern beim Tunnelbau in Bochein sind die schwarzen Platten ausgebrochen. Zwei Arbeiter, welche die Krankheit eingeschleppt hatten, sind bereits verstorben.

Die preussischen Landtagswahlen.

Aus dem Artikel des Genossen Bruhns im Januarheft der „Socialistischen Monatshefte“, über den die „Vossische Zeitung“ eine so auffällige Freude gemint hat, teilen wir nachstehend einige Auszüge mit. Wenn es auch richtig ist, daß Bruhns von einem vollständigen Fiasko der PreSSIONSPOLITIK gegen die Freisinnigen redet, so zeugt es doch nur von einer unbegrenzten Bescheidenheit, wenn die „Vossische“ um dieser Wendung willen den Genossen Bruhns für sich reklamiert. Bruhns wendet sich zunächst gegen die Parteigenossen, die in unserer Teilnahme an den Wahlen einen Misserfolg sehen, und Vorschläge zur Einschränkung einer künftigen Beteiligung machen. Er führt dann aus, daß die Anhänger der Beteiligung durchaus keine überhöpunglichen Erwartungen gehegt haben und verweist auf die Ausführung der Wahlen 1897 in Hamburg, der damals sagte, daß es schon ein Gewinn wäre, der jehigen Mehrheit nur ein Duzend Sitze abzunehmen und an ihre Stelle „Vertreter solcher Parteien zu bringen, die uns lieber sind, als die Sorte, die jetzt das große Wort führen“. Darauf fährt der Artikel fort:

„Freilich, selbst das ist nicht erreicht worden, aber nicht durch unsere Schuld. Es hätte erreicht werden können, wenn das nicht durch das bekannte jämmerliche Verhalten der Freisinnigen bei den Abgeordnetenwahlen in mehreren Kreisen verhindert worden wäre. Vielmehr jedoch hätte erreicht werden können, wenn der Mainzer Parteitag die ursprüngliche Resolution Bebel angenommen hätte, die lediglich die Verpflichtung zur Beteiligung an der Landtagswahl aussprach. Um den Gegnern der Beteiligung die Sache etwas weniger unangenehm zu machen, wurde bekanntlich die Bestimmung hinzugefügt, daß die Beteiligung „mit eigenen Wahlmännern“ stattfinden müsse. Damit war die Möglichkeit, mit bürgerlichen Parteien ein Bündnis zu schließen, die Kräfte zum Kampfe gegen die Reaktion im einzig geeigneten Augenblick, bei den Wahlen nämlich, zu konzentrieren, aufgehoben. Zur Freude der Konserverativen usw. waren nun Socialdemokraten und Liberale gestiegen, in getrennten Heeren nicht nur gegen die Reaktionskräfte, sondern auch gegeneinander zu kämpfen. Und notwendigerweise mußte unsere ausschließlich selbständige Beteiligung, unsere Ablehnung jedes Kompromisses mit bürgerlichen Parteien schon bei den Wahlen, zu jener PreSSIONSPOLITIK gegen den Freisinn führen, deren vollständiges Fiasko wir jetzt allerdings nicht bestreiten können. Ob der Liberalismus auf ein solches Bündnis bei den Wahlen, auf die Aufstellung gemeinschaftlicher Wahlmännereisten in einer größeren Zahl von Landtagswahlkreisen, eingegangen wäre, ist ja nach den in den letzten Jahren, insbesondere mit dem Richterlichen Freisinnigen, gemachten Erfahrungen sehr fraglich. Das aber ist auch hier nebensächlich, denn hier handelt es sich zunächst darum, daß wir selbst die Grundbedingungen für die Möglichkeit eines solchen Bündnisses schaffen müßten. Das haben wir in Mainz nicht getan, vielmehr das Gegenteil, obwohl, wie gesagt, auch Genossen dazu geneigt waren, wie Bebel, der in seinem Referat ausdrücklich sagte: „So liegen die Dinge nicht, daß wir nicht die Hilfe der entschiedenen bürgerlichen Elemente für unsere eignen politischen Befreiungskämpfe gebrauchen könnten.“

Nachdem wir uns also selbst die Möglichkeit, jenen energischen Mann nach uns in preussischen Landtage zu verurteilen, genommen hatten, durften wir nach dieser Richtung hin nicht viel mehr erwarten und haben auch nicht viel erwartet, so daß in dieser Beziehung von Enttäuschungen nicht die Rede sein kann. In anderer Beziehung aber haben sich die an unsere Beteiligung geknüpften Erwartungen nicht nur erfüllt, sie sind zum Teil weit übertroffen worden. Ich nenne hier vor allem den glänzend geführten Nachweis, daß wir auch unter dem Dreiklassenwahlrecht Mandate aus eigener Kraft erringen konnten. Die Gegner der Beteiligung hatten das auf das allerentschiedenste bestritten. Unser alter Liebling erklärte in Hamburg: „Durch eigene Kraft Mandate zu gewinnen, ist undenkbar!“ Und ihm schlossen sich fast alle Berliner Redner an. Adolf Hoffmann sagte auf dem Hamburger Parteitage ausdrücklich: „Sie können ebenso gut beschließen, einen Abgeordneten in den Mund zu schießen, er wird auch nicht hinauf kommen!“ Selbst die dritte Abteilung würde man in Berlin erit gewinnen, wenn auch die Minister Socialdemokraten geworden seien, erklärte derselbe Wortführer der Berliner Genossen auf dem Mainzer Parteitage. Und wie glänzend haben die Berliner Genossen selbst alle diese Behauptungen ad absurdum geführt. Von den rund 7000 Berliner Wahlmännern waren 2400 Socialdemokraten! Und der dritte Berliner Wahlkreis war nahe daran, von den Genossen aus eigener Kraft erobert zu werden. Wer da weiß, welche ungeheure Organisationsarbeit die Dreiklassenwahl in Preußen erfordert, der muß von Bewunderung für eine solche Leistung erfüllt werden. Und wer weiß, wie wertvoll die Erfahrungen eines ersten Wahlkampfes unter dem Dreiklassenwahlrecht für kommende Wahlen werden, der ist mit dem Schreiber dieser Zeilen fest überzeugt, daß der dritte Berliner Wahlkreis, der auf den ersten Anlauf ein derart glänzendes Resultat zeitigte, bei den nächsten Wahlen ganz sicher der Socialdemokratie gehört.

Eine andre Behauptung der Gegner der Wahlbeteiligung in unserer Partei ist durch die jüngsten Wahlen ebenfalls gründlich widerlegt: nämlich die, daß eine Massenbeteiligung unter dem Dreiklassenwahlrecht ganz unmöglich sei. Gewiß müssen die socialdemokratischen Wähler, auch in den Großstädten, zur öffentlichen Abstimmung erit erzogen werden. Die Stadtverordnetenwahlen wirkten in dieser Richtung nur in bescheidenem Maße, schon weil nur ein mehr oder minder geringer Teil der Arbeiter das Gemeindevahlrecht besitzt. Hier konnte in großem Maße erziellich in der That nur die Landtagswahl wirken. Und sie hat gewirkt, wie die Beteiligungsziffern der einzelnen Städte, soweit sie bisher bekannt wurden, beweisen. So haben in Breslau über 11 000 Urwähler socialdemokratisch gewählt! Vor fünf Jahren, bei dem ersten Versuch in Breslau, betrug die Zahl der socialdemokratischen Urwähler daselbst nur 2500! Kann es einen besseren Beweis für die gewaltige erzieherische Wirkung unserer Wahlbeteiligung auf die Arbeiter geben, als er in diesen Zahlen liegt? Und kann es zugleich eine bessere Garantie für die erhebliche Steigerung unserer Bedeutung bei kommenden Wahlen geben, als sie in dieser Vermehrung unserer Stimmenzahl von einer Wahl zur andern liegt? Sind doch die Verhältnisse in Breslau keineswegs günstiger, eher ungünstiger, als in den meisten andern preussischen Städten mit starker Arbeiterbevölkerung.

Der große agitatorische Erfolg unserer Wahlbeteiligung ist freilich nicht klar in Ziffern darzustellen. Daß die Erörterung einer ganzen Reihe von Fragen, die von unmittelbarem Lebensinteresse für die Masse sind, bei den Reichstagswahlen aber nicht behandelt werden können, ihre treibende Kraft für unsere Partei ausübt, ist gar nicht zu bezweifeln, wenn auch diese Kraft sich nicht immer unmittelbar bei diesen Landtagswahlen bemerkbar machte. Unsere Landtagswahl-agitation bringt uns vielfach einen Beschäftigungspunkt auf die Zukunft, der bei den kommenden Reichstagswahlen sicher eingeleitet wird. Zweifellos aber hat auch der jüngst vergangene Wahlkampf uns ganz direkt eine Menge neuer Genossen zugeführt. Und von ganz besonderem Werte ist die Beteiligung an den Landtagswahlen für unsere politischen Organisationen. Das Auffuchen, Heranziehen und Ausbilden von Wahlmannskandidaten bedeutet nach meinen Breslauer Erfahrungen eine dauernde Stützung und Erweiterung der politischen Organisation. Daran ist eine knifflige Bestimmung des Wahlrechts selbst schuld, die nämlich, welche fordert, daß der Wahlmann aus seinem eignen Urwahlbezirk genommen werden muß. Könnte jeder beliebige Urwähler in jedem beliebigen Urwahlbezirk zum Wahlmann gewählt werden, dann wäre allerdings unsere Arbeit erheblich leichter, denn wir würden eben zunächst alle schon politisch organisierten Genossen als Kandidaten verwenden und erst bei einem darüber hinausgehenden Bedürfnisse andre, der Organisation noch fernstehende Partei-

freunde heranziehen. Die oben erwähnte Bestimmung aber bewirkt, daß wir in manchen Urwahlbezirken für die zwei zu wählenden Wahlmänner vielleicht zwanzig und mehr Genossen haben, die zur Kandidatur bereit sind, in andern Bezirken aber — und deren gab es in Breslau einige hundert — mit Mühe und Not erst aus den politisch nicht organisierten Urwählern die geeigneten Wahlmannskandidaten herauszufinden und für ihre im Wahlkampf sehr wichtige Aufgabe erziehen und ausbilden müssen. Die so ganz neu gewonnenen Mitkämpfer finden aber nach meinen Erfahrungen durch die ihnen zugewiesenen, ihr Ehrgefühl anspiegelnden Funktionen in den meisten Fällen einen derartigen Gefallen an der politischen Tätigkeit, daß sie dauernd eifrige Mitglieder der politischen Organisation werden.

Aus all den vorgenannten Gründen kann von einem unnützen Geldverpulvern bei diesem ersten ehesten Versuch unserer Beteiligung durchaus nicht geredet werden. Im Gegenteil, ich bin der Meinung, daß wir unsere Geldmittel, soweit sie für die Agitation bestimmt waren, gar nicht nutzbringender hätten verwenden können, wie es hier geschehen ist. Daß in manchen Kreisen der Wahlerfolg weit hinter den Erwartungen zurückblieb, ist nach meiner Überzeugung, abgesehen von vereinzelten besonders ungünstigen lokalen Verhältnissen, fast immer auf den Mangel einer straffen, ausgebildeten Organisation zurückzuführen. Die Art der Landtagswahl-agitation ist von der der Reichstagswahl-agitation erheblich verschieden. Der Wahlkreis zerfällt mit seinen hundert von Urwahlbezirken in ebenso viele Miniaturwahlkreise, deren jeder in der Person des Kandidaten einen tüchtigen Agitator erfordert. Das setzt einen Stamm erprobter Genossen voraus, die sowohl als Wahlmannskandidaten, wie als Ausbilder von solchen sehr wichtige Aufgaben zu erfüllen haben. Wo solche Kräfte respektive solche Organisation von Kräften nicht vorhanden — und das ist leider in vielen Reichstagswahlkreisen, auch in solchen, die uns bei Reichstagswahlen sichere Mehrheiten bringen, der Fall —, da ist man allerdings nicht in der Lage, nennenswerte Erfolge zu erzielen. Lediglich dieser Mangel hat es auch verursacht, daß in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen von der Beteiligung trotz des verpflichtenden Parteitagebeschlusses ganz abgesehen wurde. Man dachte sich mit der bequemen Erklärung, daß die öffentliche Abstimmung die Beteiligung unmöglich mache, glaubt auch wohl selbst an diese Erklärung, die in viel weniger Fällen wirkliche Verweigerung hat, als man selbst in Parteikreisen annimmt, und übrigens mit jedem Versuch der Beteiligung mehr und mehr aus von ihrer tatsächlichen Berechtigung verliert.

Wenn wir alles das, was nach den hier bezeichneten Richtungen hin die Beteiligung an den Landtagswahlen für unsere Partei an Nutzen schon geschaffen hat, nicht wieder verlieren, sondern ganz bedeutend erweitern und vermehren wollen, dann ist es gar keine Frage, daß wir die Beteiligung in der Zukunft nicht auf einige wenige Wahlkreise beschränken dürfen, sondern ganz entschieden dahin wirken müssen, daß an die Ausführung des Mainzer Beschlusses viel mehr preussische Wahlkreise mit Ernst und Eifer herangehen, als das diesmal der Fall gewesen ist. Ob unsere Beteiligung schon jetzt auch zu einer Erschütterung des Dreiklassenwahlrechts selbst geführt hat, will ich hier nicht untersuchen, das dürfte auch zunächst wohl schwer nachzuweisen sein. Das aber kann doch niemand leugnen, daß in all den vorhergegangenen Jahren zusammen nicht entfernt so viel zur Kennzeichnung und Diskreditierung dieses ebenso lächerlichen wie unwürdigen Wahlsystems in arbeitenden Volks, wie vor aller Welt geschehen ist, wie in den wenigen Wochen des nun vergangenen Wahlkampfes. Daß das, systematisch und geschickt fortgesetzt, auf die Dauer denn doch nicht etwa zur Befestigung dieses Systems dienen kann, trotz der Dickschädeligkeit und Brutalität unseres mächtigen Junkertums, scheint mir sicher. Und um so sicherer, je mehr die socialdemokratische Partei als einzige konsequente und gefährliche Gegnerin dieses Junkertums infolge ihrer weiteren politischen Erklarung, ihrer Gewinnung immer größerer Schichten des Mittelstandes auch bei den preussischen Landtagswahlen an Terrain gewinnt — auch ohne Hilfe des Liberalismus, auf die nach den bisherigen Erfahrungen in nennenswertem Maße wohl nicht mehr zu rechnen ist.

Doch wir die PreSSIONSPOLITIK gegen den Freisinn in der Zukunft aufgeben sollten, darin bin ich mit Staatslich durchaus einverstanden. Es fragt sich nur, ob wir sie auch aufgeben können, ob wir zur Fortsetzung derselben nicht geradezu gezwungen sind, wenn wir bei zukünftigen Wahlen nicht rechtzeitig, das heißt bei den Urwahlen, zur Aufgabe der jetzt geübten, beiderseits selbstmörderischen Taktik kommen. Wir könnten das nach den Erfahrungen des jüngsten Wahlkampfes, die uns unsere Kräfte, die vorläufige Verteilung derselben wenigstens annähernd richtig zeigen, ja viel besser, als das vorher möglich war. Indes, ob wir das thun wollen und werden, das ist mir recht zweifelhaft, noch viel zweifelhafter aber, ob der Liberalismus im stande sein wird, sich zu einer solchen belebenden That aufzuraffen. Am wenigsten ist in dieser Beziehung wohl von den freisinnigen Richterlicher Oberbanz zu erhoffen, diesen politisch bornierten Spießbürgern. Ob und wie weit es der kleinen Gruppe großkapitalistischer Liberaler vom Schlage Barths aber gelingen wird, in der Zukunft Einfluß auf den Gesamtliberalismus zu gewinnen, vielleicht unter der Einwirkung weiterer junkerlicher Attentate auf das moderne Wirtschaftsleben, ist heute nicht voranzuzusehen.

Welche Anerkennung für die „Vossische“, zu hören, daß an dem jämmerlichen Verhalten der Freisinnigen selbst die bescheidene Hoffnung auf die Vermehrung der freisinnigen Mandate um ein Duzend gescheitert ist! Welche Wonne für sie, zu hören, daß der Artikelschreiber selbst an der Möglichkeit starker Zweifel hat, daß die Freisinnigen bei einem Zusammengehen schon in der Urwahl den nötigen Mut aufgebracht hätten oder in Zukunft aufbringen würden! Welch eine Gegnerschaft zwischen Bruhns und Bebel, wo jener sich auf diesen berufen kann!

Wir wollen es aber der liebbedürftenden „Vossischen“ selbstverständlich keinen Augenblick wehren, Ohrfeigen für Liebfosungen zu nehmen.

Partei-Nachrichten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Der Offiziersbeteiligung soll sich der verantwortliche Redakteur der „Frankfurter Volksstimme“, Genosse Quin in Frankfurt am Main, schuldig gemacht haben. In der Nummer vom 1. Oktober 1903 brachte die „Volksstimme“ einen der „Neuen Badischen Landes-Zeitung“ entnommenen Artikel, in dem die Offiziere tafelten, mit Steinen beworfen hätten, so daß die Offiziere flüchten mußten. Auch aus verschiedenen andern Orten wie Ruppold, Einheim und Dären seien ähnliche Vergehen, jedoch leichterer Art, gemeldet worden. Daran ging der „Volksstimme“ von dem Generalkommando des 14. Armeekorps in Karlsruhe eine Mitteilung zu, nach der genaue Linsfragen angefertigt worden seien, die die vollkommene Haltlosigkeit der Meldung ergeben hätten. In Nr. 244 kam dann diese Verächtigung des Generalkommandos zum Ausdruck mit dem Inhalt: „Gerne haben wir auch das Generalkommando zu Worte kommen lassen; nur fragt es sich jetzt noch, ob dasselbe auch folgende Möglichkeit in den Bereich seiner Nachforschungen gezogen hat, daß die an den jetzt als falsche Mitteilungen bezeichneten Vorfällen etwa beteiligten Offiziere es für besser gehalten haben können, nichts über die Sache verlauten zu lassen.“ In dieser Randbemerkung erblickte die Staatsanwaltschaft eine schwere Verleumdung, da darin dem Offizierskorps der Vorwurf gemacht werde, eine dienstliche Meldung falsch erstatet zu haben. Auf erhobene Anklage erkannte das Gericht auf 200 Mark Geldstrafe, Unbrauchbarmachung der Platten und vorhandene Exemplare und Veröffentlichung des Urteils.

Aus Industrie und Handel.

Der Jahresbericht der Handelskammer zu Essen. Unter den verschiedenen von den deutschen Handelskammern herausgegebenen Jahresberichten hat der Bericht der Essener Handelskammer Ansehen auf besondere Beachtung — nicht wegen der Tiefe seiner Auffassung, aber weil er bisher noch nicht bekannte Thatsachen zur Beurteilung der heutigen Wirtschaftslage beibringt, sondern weil in ihm am deutlichsten und konsequentesten jene Krisenmomente zum Ausdruck kommen, die in den Kreisen der Leiter der rheinisch-westfälischen industriellen Syndikate, speziell der Syndikate der Montanindustrie, vorherrschen, d. h. jener Kreise, die man meist als „Scharfmacher“ bezeichnet.

Vorläufig ist nur der erste Teil des Jahresberichts der Essener Handelskammer erschienen, der eine Befragung der wirtschaftlichen Lage im vergangenen Jahre konstatiert. Die von der Industrie ergriffenen Maßnahmen, die, wie die Verstärkung der Ausfuhr, Einschränkung der Produktion, Ermäßigung der Preise für Rohstoffe, bezwecken, den heimischen Markt zu entlasten, die Gütererzeugung dem Bedarf anzupassen und den verminderten Konsum zu heben, hätten in der That eine gewisse Wirkung ausgeübt und die rheinische Industrie dem Ziele, die in der Zeit des Aufschwungs durch Schaffung neuer und Vergrößerung bestehender Anlagen weit über den tatsächlichen Bedarf gesteigerte Produktionsfähigkeit mit der Nachfrage wieder in Einklang zu bringen, ein gutes Stück näher gebracht.

„Wesentlich Vorwärts geleistet ist dieser Entwicklung“, heißt es dann weiter, „allerdings dadurch, daß es möglich war, vor allem die Eisenvorräte, welche auf unseren heimischen Markt drückten, nach dem Auslande, insbesondere nach den Vereinigten Staaten von Amerika, abzustößen, sowie dadurch, daß die Gütermengen, welche weiter über unseren heimischen Bedarf hinaus erzeugt wurden, auch im Jahre 1903 im Auslande willige Abnahme fanden, wodurch unseren Werken vorab Beschäftigung, wenn auch zu wenig lohnenden Preisen, gesichert wurde. Wenn nunmehr, auch nachdem gegen Ende des Jahres 1903 dieser Auslandsabfall bei gleichzeitiger Zunahme der Einfuhr in Wegfall gekommen ist, der Beschäftigungsgrad unserer Werke und der Absatz ihrer Erzeugnisse nicht irgendwie merklich nachgelassen hat, so läßt dies die Annahme berechtigt erscheinen, daß der lange zurückgehaltene Inlandsbedarf sich jetzt wieder stärker befestigt. Ist dies aber der Fall, so wird man begründete Hoffnungen hegen dürfen, daß auch die seit langem gedrückten und wenig lohnenden Preise der gewöhnlichen Erzeugnisse im kommenden Jahre wieder eine Hebung erfahren werden, und daß auch den Arbeitern stetige und lohnende Beschäftigung gesichert sein wird.“

Nachdem dann auf verschiedene Momente hingewiesen worden ist, die nach Ansicht der Handelskammer im vergangenen Jahre „die Wiederkehr einer festen geschäftlichen Zuversicht“ gehindert haben — z. B. die Unsicherheit darüber, ob die Syndikate der Kohlen- und Eisenindustrie erneuert werden würden —, folgt das übliche Lob auf das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat und die Syndikatspolitik im allgemeinen, von der nach Versicherung der Handelskammer in der Hauptsache die Zukunft der deutschen Industrie abhängt:

„Wird bei der Leitung des Syndikats (des neuen Kohlenyndikats) daran festgehalten, daß Sonderinteressen hinter den Interessen des Gemeinwohls zurückstehen müssen, so wird die neue gemeinnützige Organisation einen Grundpfeiler bilden nicht nur für eine geordnete Entwicklung des Bergbaues, sondern der gesamten waterländischen Industrie. Hoffentlich giebt das Beispiel des Kohlen-Bergbaues einen kräftigen Anstoß für eine Einigung auch des Schmelzergewerbes, der Eisenindustrie. Möchte der Erneuerung der rheinischen Syndikats diejenige weiterer wichtiger Verbände und, als Krönung des Ganzen, der Zusammenschluß der sämtlichen deutschen Stahlwerke folgen; denn niemals war ein Zusammenwirken und ein geschlossenes Auftreten der Eisenindustrie notwendiger als heute, wo damit gerechnet werden muß, daß die ausländische Konkurrenz, die seit langem darauf bedacht ist, ihre Kräfte zu konzentrieren und alle für die Gütererzeugung erforderlichen Materialien und Hilfsmittel, wie Eisen, Kohlen, Kalksteine und Verfeinerungsanlagen, in eine Hand zu bringen, uns in bedrohlicher Form entgegenzutreten wird. In der Durchführung des Syndikatsgedankens, im Zusammenschluß, im einheitlichen Auftreten der Gewerkschaften liegt, wie allem Anschein nach die Dinge sich entwickeln, die Zukunft unserer Industrie, daraus wird sie die Kräfte schöpfen, um die Schwierigkeiten, welche ihr aus dem Erstarren der fremdländischen Konkurrenz erwachsen werden, zu überwinden.“

Damit die Syndikate aber diese segensreiche Politik durchführen können, muß nach der Ansicht der Handelskammer der innere Markt natürlich gegen die fremde Konkurrenz möglichst geschützt, dagegen aber der Auslandsmarkt dem deutschen Export im weitesten Maße offen gehalten werden. So wird denn an die Regierung die deutliche Mahnung gerichtet:

„Die gesunde Unterlage für das Gedeihen unserer wirtschaftlichen Tätigkeit kann in der Hauptsache nur der innere Markt bieten. In ihm wurzelt unsere Kraft, und auf seinen Schutz muß daher in erster Linie das Augenmerk gerichtet sein. Hoffentlich wird dies nicht außer acht gelassen, wenn es sich darum handelt, Ermäßigungen für Industriezölle zuzugestehen, besonders wenn solche Positionen in Frage kommen, die bereits jetzt auf das Mindestmaß des Schutzes berabgesetzt sind, dessen die Industrie im Kampfe gegen die ausländische Konkurrenz bedarf. Nach Ansicht der Handelskammer dürfen solche Ermäßigungen von Industriezöllen in keinem Falle zugestanden werden, ohne daß vorher sachverständige Vertreter der betreffenden Industrie zu Rate gezogen worden sind. Auch bei einer etwaigen weiteren Ausgestaltung des zollfreien Veredelungsverfahrens wird man die fundamentale Bedeutung, welche der Sicherstellung des inneren Marktes im Ehemer einer auf dem Prinzip des Schutzes der nationalen Arbeit aufgebauten Zoll- und Wirtschaftspolitik beizumessen ist, nicht außer acht lassen dürfen. Die weitere Voraussetzung für das Gedeihen der deutschen Industrie und des deutschen Wirtschaftslebens liegt sodann die Erhaltung und Erschließung auswärtiger Märkte und die Steigerung der Handelsbeziehungen zu denselben; denn ohne Absatz nach dem Auslande würde Deutschland nicht in der Lage sein, seine Jahr um Jahr stark anwachsende Bevölkerung zu beschäftigen und zu ernähren.“

An Bescheidenheit giebt das rheinische Schlotjunkertum seinen östlichen Geistesverwandten, den ostelbischen Großagrarern, nichts nach.

Bremens Schifffahrt hat im letzten Jahre fast noch mehr, als die Hamburgs, unter dem Mangel an Frachten und dem Niedergang der Frachttäge gelitten. Nach dem Bericht der Bremer Handelskammer machte sich zwar im Frachtgeschäft nach den Vereinigten Staaten von Amerika eine gewisse Besserung bemerkbar; im Frachtgeschäft von dort haben sich aber die Erwartungen nicht erfüllt. Auch der Misttransport brachte einen Ausfall. Wenn sich auch anfänglich das Geschäft etwas lebhafter gestaltete, so trat doch schon nach kurzer Zeit ein erheblicher Rückschlag ein, der sowohl auf die schlechte Beschaffenheit der Waaren als auch auf die hohen Preise zurückzuführen ist, die einen Wettbewerb mit den Matrosen aus Argentinien und der Einfuhr russischer Getreide nicht zuließen. Nach Brasilien war der Verkehr lebhafter als im Vorjahre, doch blieben die Frachten infolge großen Angebots von Dampferäumen durch die in unregelmäßiger Fahrt beschäftigten Schiffe, sogenannte Trampdampfer, sehr niedrig. Das Einjahrgeschäft zeigte eine äußerst träge Haltung. Da die Ladungsbezüge Bremen sich in engen Grenzen hielten und auch der Kaffeemarkt den Erwartungen nicht entsprach, trat zeitweilig ein Mangel an Ladungen ein, der einen weiteren Niedergang der Frachttäge bewirkte. Nach dem La Plata war ausgedehnt genügend Ladung vorhanden, die sich indessen vorzugsweise aus Vullgütern zusammensetzte, für die nur niedrige Raten bedungen werden konnten. Auch das heimkehrende Frachtgeschäft hielt

Briefkasten der Redaktion.

D. B. 333. Wir werden der Anregung nachzukommen suchen.
F. R. 176. Die erste elektrische Versuchsbahn ist 1879 auf der Gewerbe-Ausstellung in Berlin errichtet worden. Ein freies Korrespondenz-Blatt können wir nicht.
E. Spr. 1900. Rein.
T. D. Buchhandlung Wortwärts. Preis 2 R.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Gedruckt: 7 Uhr.
Winn 30. Die Schneiderin kann lediglich auf Zahlung oder auf Abnahme gegen Zahlung klagen. Ein Formular für solche Klagen finden Sie Seite 239 Nr. 55 des dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Jahrbuch. Das Buch liegt in den öffentlichen Lesesälen aus. — **Hausotter 52.** Wenn nicht durch ausdrückliche Vereinbarung auf Vollstreckung des Urteils verzichtet ist, um es noch jetzt vollstreckt werden. — **D. 23.** Rein. — **H. R. 3.** **Wedding 1903, S. 2.** Na. — **W. H. 65.** Werden Ihre Sachen geländet, so müssen Sie Einstellungsantrag stellen und Interventionsklage erheben. — **Roed.** Zahlungsbechele werden vom Gericht, nicht vom Gerichtsvollzieher erlassen. — **S. G., Liebenwalderstr. 60.** Sie haben einen Tag zu spät gekündigt. Ist in Beträge als Kündigungsfrist drei Monate ausgemacht, so mühte spätestens am 31. Dezember die Kündigung dem Väter zugewandt sein. — **H. H. 3a.** — **C. Rein.** — **M. 6.** Ist in Ihrem Verträge als Kündigungsfrist drei Monate drei Tage vereinbart, so mühte der Kündigungsbefehl spätestens am 23. in den Händen des Vaters sein. Ob der Väter die Annahme des Briefes ablehnt, ist gleichgültig. Welche Kündigungsfrist in Ihrem Verträge vereinbart ist, erhält aus Ihrer Anfrage nicht. — **S. G. 10.** Die Kinder sind als gesetzliche Erben verpflichtet, dasjenige, was sie von ihrem Vater bei dessen Vergehen als Ausstattungen erhalten haben, bei der Erbauseinandersetzung unter einander zur Ausgleichung zu bringen, soweit nicht bei der Zuwendung etwas anderes angeordnet ist. Zuschüsse, die zu dem Zwecke gegeben sind, als Einkünfte verwendet zu werden, sowie Aufwendungen für die Ausbildung zu einem Berufe sind insoweit zur Ausgleichung zu bringen, als sie das Vermögenverhältnissen des Vaters entsprechende Maß übersteigen haben. Andere Zuwendungen sind zur Ausgleichung zu bringen, wenn der Vater bei der Zuwendung die Ausgleichung angeordnet hat. Nach diesen Grundsätzen ist bei der Nachlassteilung zu verfahren. — **C. R. 100.** Rein.
P., Tiedstraße. Ihre Forderung ist noch nicht verjährt. Lohnforderungen verjähren mit Ablauf des zweiten auf die Fälligkeit der Forderung folgenden Jahres. Mühen verjährt eine im Jahre 1902 entstandene Lohnforderung mit Ablauf des 31. Dezember 1904. — **Wiedemann.** Wenn der und nicht bekannte Vorkauf des Statutennachtrages nicht das Gegenteil bezeugt, so tritt die Erhöhung auch für die vor dem 1. Januar erkrankten Mitglieder ein. — **Häcker.** Sie können Einmündung des geschäftlichen Landes zum 1. April verlangen. Nach Ihrer Einmündung steht Ihnen aber zur Zeit ein Recht auf Annahmung des Geschäftes nicht zu. — **Kad. 8.** 1. Falls nicht noch eine Vollzeiterordnung in entgegenstehendem Sinne erlassen wird, müssen Sie am Orten räumen. 2. Werden Sie sich an Ihre Gewerkschaft. 3. Offenbacher Krankenkasse, Bertholdstr. 64, Pringsstr. 66. — **A. 3a.** — **Willy, Rindorf.** 1. Rein. 2. Ein Freibeiterskind hat keinen Nachwert, sondern nur einen zwei Thaler übersteigenden Nachwert. Einen bestimmten Sammlerwert hat keine Waise. Bei einer Waisenhandlung ersetzen Sie, wieviel diese Ihnen zahlen würde; sie verkauft dann die Waise an Sammler für soviel als sie erhalten kann. — **S. D., Thierstr.** Leider ja. — **M. G., Schönebergstr. 31.** Unerkündlich; die Krankentafelbeiträge werden durch die Kasse quittiert. Ob sie gezahlt sind, erfahren Sie bei der Kasse. Der Chef ist keineswegs beauftragt, Bemerkungen in das Krankentafelbuch einzutragen. — **Mar. 1900.** 1. Die Kündigung gilt nicht zum 1. Februar, sondern zum 31. Dezember. 2. Der Chef kann eine Kündigung unter Einhaltung der vereinbarten Kündigungsfrist von neuem aussprechen. 3. Ist Ihnen eine Kummer nicht geliebt, weil Sie zu spät abgemittelt haben, so können Sie bei der Postanstalt Nachlieferung beantragen.

Apfelblümchen 151. Ein Dienstmädchen ist nicht krankheitsversicherungspflichtig. Die Versicherung hat 6 Wochen lang für den Fall einer Krankheit zu sorgen. Berechtigt, nicht aber verpflichtet ist ein Dienstmädchen, sich auf eigene Kosten zu versichern. — **S. D. 100.** Mit dem 31. Dezember u. J. — **W. 2. Maxtr.** Das ist unmöglich, der Kostenpunkt für die Ausbildung beträgt ungefähr 300 R., der Aufwand ist so stark, daß auf eine Freistelle nicht zu rechnen ist. Der Hebamme werden wohl, muß sich zunächst an das Polizeipräsidium wenden. Dann erfolgt Vorprüfung (Sehen, Lesen, Rechnen u. dgl.) bei dem Physikus. Nach bestandener Prüfung wird die Kandidatin vorgemerkt und sobald Platz ist, zur Ausbildung (in der Charité) zugelassen. Nach sechsmonatlichem Studium wird sie zum Examen und eventuell zur Hebammenchaft zugelassen. Da sie bei der Zulassung noch nicht 20 Jahre alt sein darf und eine außerordentlich große Anzahl vorgemerkt ist, so kann eine Kandidatur, die älter als 25 Jahre ist, auf Zulassung als Hebamme nicht rechnen. — **Tausend.** Ja.

Witterungsübersicht vom 5. Januar 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Temp. in F	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Temp. in F
Stinmende	767	SE	3	heiter	-1	31	Darabanda	770	SE	2	bedeckt	-8	18
Damburg	754	D	1	Rebel	-7	19	Petersburg	773	SE	1	bedeckt	-8	18
Berlin	765	DE	3	heiter	-5	23	Genf	757	NO	1	heiter	4	39
Frankfurt	761	R	1	bedeckt	0	32	Berden	-	-	-	-	-	-
München	759	SE	1	Rebel	-4	25	Paris	768	D	2	heiß bb.	1	34
Wien	768	SE	2	heiter	-6	19							

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 6. Januar 1904.
 Zitterweil heiter, viel nach nebligem Frostwetter mit mäßigen südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Anserte für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Anserte bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden. Die Expedition.

Theater.
 Mittwoch, den 6. Januar.
 Anfang 7^{1/2} Uhr:
Schauspielhaus. Wann wir ältern.
 Die Romantischen.
Neues Königl. Opern-Theater.
 Wagnou.
 Deutsches. Rose Bernd.
 Berliner. Maria Theresia.
 Nachm. 3 Uhr: Die sieben Raben.
 Lesing. Papstentwurf.
 Westen. Das Glöckchen des Eremiten.
 Nachm. 8 Uhr: Kotschappchen.
 Neues. Der Strom.
 Redens. Der keusche Gastwirt.
 Central. Der Kattibinder.
 Nachm. 4 Uhr: Der gefesselte Kater.
 Thalia. Der Hochtourist.
 Belle-Alliance. Der reichste Berliner.
 Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater):
 Kollege Crampton.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstadt):
 Wilhelm Tell.
Luisen. Reif-Reiflingen.
Kleines. Rastplatz.
Trianon. Biscotte.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Feld.
Carl Weisk. Bruder Martin.
 Nachm. 8 Uhr: Die Räuber.
Metropol. Durchlandt Radleschen.
 Casino. Weihnachtskloeken. Der verlassene Sohn.
Apollo. Frühlingsluft. Wissen nach dem Volle. Spezialitäten.
Winter-Garten. Lido. Otto Reutter. Spezialitäten.
Passage-Theater. Entführung. Spezialitäten. Anfang 5 Uhr.
Gedr. Herrfeld. Papa Noa.
Reichshallen. Stettiner Sönger.
Urania. Tonbenstraße 48/49.
 Der Erdball als Träger des Lebens.
 Um 4 Uhr im Theater: An den Seen Oberitaliens.
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
 Mittwochabend 8 Uhr:
Kollege Crampton.
 Komödie in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.
 Donnerstagabend 8 Uhr:
Der Compagnon.
 Freitagabend 8 Uhr:
Der Compagnon.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstadtisches Theater).
 Mittwochabend 8 Uhr:
Wilhelm Tell.
 Schauspiel in fünf Aufzügen von Friedrich Schiller.
 Donnerstagabend 8 Uhr:
Kollege Crampton.
 Freitagabend 8 Uhr:
Vasantasena.

Cirkus Busch.
 Mittwoch, den 6. Januar, abends 7^{1/2} Uhr:
Hus den Alpen. Original-Pantomime.
 11. Male: **Richard Savade** mit seiner berühmten **Tiger-, Löwen- u. Bären-Dressur** **Zebra-Dressuren** des Herrn Schumann.
 Herr Gustav Goedel aus Berlin, Schlichter, Schüler des berühmten James Fikis, Mademoiselle de Holstein, Schlichterin.
 Die besten Clowns der Welt **Robert Belling, Alfred Daniels** und Gebrüder Fratellini.

Charlottenburg (Volkshaus)
 Rosinenstrasse 3.
 Sonntag, den 10. Januar 1904, nachmittags 4 Uhr:
Grosses Wohlthätigkeits-Fest
 zum Besten der Ausgesperrten in Crimmitschau.
 Mitwirkende:
 Sämtliche Arbeitergesangsvereine Charlottenburgs (Mitgl. des A.-S.-B.), Charlottenburger „Bühnenklub“, Theaterverein „Mehr Licht“, Artistenvereine „Teutonia“ und „Roter Stern“, Charlottenburger Arbeiter-Radfahrerverein (M. d. A.-R.-B.) und die Kapelle des Herrn **Bosshard**.
Prolog. Lebendes Bild. Feste des Gen. Dr. Alberty. — Von 4 Uhr ab **Tanz** im kleinen Saal, desgleichen von 9 Uhr ab im grossen Saal.
 Eintrittspreis 20 Pfennig. **Tanz für Herren 50 Pfennig.**
 Bei der ausserordentlichen Reichhaltigkeit des Programms und mit Hinsicht auf den Zweck der Veranstaltung rechnen wir auf die Beteiligung aller Parteigenossen. 250/1 **Das Komitee.**

Urania.
 Taubenstrasse 48/49.
 Um 4 Uhr:
 An den Seen Ober-Italiens.
 Um 8 Uhr:
 Der Erdball als Träger des Lebens.
Sternwarte
 Invalidenstrasse 57/62.
CASTANS PANOPTICUM
 Friedrichstr. 165.
 Ein Naturwunder: Die **Kerkulesbrüder**
 10 u. 11 Jahre alt. Athleten, Sänger, Salalalka-Virtuosen!
Indianer-Riese Mianko Karoo.
 Die wunderbare Illusion: Der Weihnachtstraum d. Matrosen in den Tropen.

ALT-CHINA Kunst-Ausstellung
 LEIPZIGER-STRASSE 48

 Täglich geöffnet 10-8.
 Entree 1 M., Sonntag 50 Pf.

Kleines Theater.
 Unter den Linden 41.
 Anfang 8 Uhr.
 Morgen: **Elektra.**
Nachtasyl.
 Anfang 8 Uhr.
 Morgen: **Elektra.**
Casino-Theater.
 Lotzhofstr. 37. Anf. 8, Sonnt. 7^{1/2}.
 Zum letztenmal:
Weihnachtsglocken, Vertauschte Sohn
 Freitag Premierer-Abend.
 Sonntagnachm. 4 Uhr: Diebesfalle.
Weihnachtsglocken.

W. Noacks Theater.
 Direktion: Robert Dill.
 Brunnenstrasse 16.
Klein Geld.
 Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
 Donnerstag: Extra-Elite-Vorstellung: **Das demoiste Haupt.**
Carl Weiss-Theater.
 Große Frankfurter Strasse 132.
 Nachm. 4 Uhr: Schiller-Vorstellung.
 10, 25, 40 Pf.
Die Räuber.
 Abends 8 Uhr: Gastspiel des Oberbayerischen Bannern-Theaters.
Bruder Martin.
 Morgen: Der Reineidbauer.

Cirkus Schumann
 Heute Mittwoch, den 6. Januar cr., abends 7^{1/2} Uhr:
 Sein Reizen das Reuzer.
 Nummer d. Reuzer. Immer d. Original.
 Die offene Loop.
 Createur Hr. Ancillotti.
 Denat. des Universal-Clowns Mons. Gontard mit dressierten Tieren. Herr Jul. Seeth, Löwendressur:
25 Löwen 25.
 Die Brahl-Pantomime: **Babel.**
 Eine Wanderung durch acht Jahrtausende in 11 Abteilungen.

Apollo-Theater.
 8 Uhr:
Frühlingsluft.
 9^{1/2} Uhr:
Vision nach dem Ball.
 10 Uhr:
Das neue Januar-Programm.
 Kasseneröffnung 7 Uhr.
 Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater
Durchlaucht Radieschen!
 Burleske Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von Julius Freund.
 Musik von Victor Holländer.
 In Scene gesetzt vom Direktor **Richard Schultz.**
 Im 4. Bilde:
Grosses Ballett
 Wie damals im Monat Mai.
 Anfang 8 Uhr.
 Rauchen überall gestattet.
 Sonnabend, den 9. Januar 1904:
Erster grosser Metropol-Theater-Ball.

Belle-Alliance-Theater.
 Dir.: Aren u. Schönsfeld (Thalia-Theat.)
 Heute und täglich 7^{1/2} Uhr:
Der reichste Berliner.
 Große Ausstattungs-Posse mit Gesang und Tanz in 4 Akten.

Gebrüder Herrfeld Theater.
 Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
 Nur noch wenige Tage die erfolgreiche Herrfeld-Posse
Papa Noa
 mit den Autoren in den Hauptrollen.
 Ferner: **Neues Künstler-Programm.**
 Hanny Luxa, Ferry u. Perry, Longonells, Bendix.
 In Vorbereitung:
„Nur eine Nacht“.
 2 Akte aus einer Ehe von Anton und Donat Herrfeld.
 Biletvorverkauf täglich 11-2 Uhr.

Sanssouci.
 Kottbuser Thor — Stat. der Hofbahn.
 Jeden Donnerstag, Sonntag und Montag:
Hoffmanns Nordd. Sönger.
 Nach jeder Sönce: **Tanzkränzchen.**
 Jeden Dienstag:
Theater-Abend.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Bureau: Engel-Ufer 15. — Fernsprecher: IV 3578.
Stock- und Celluloid-Arbeiter.
Vertrauensmänner-Sözung
 Mittwoch, den 6. Januar, abends 8^{1/2} Uhr, bei Barcin, Brödenstr. 7, 77/5
Achtung! Einsetzer. Achtung!
 Sonntag, den 10. Januar, vormittags 9^{1/2} Uhr:
Ausserordentl. Versammlung
 im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal I:
 Tages-Ordnung:
 1. Die Lohnfrage. Referent: Kollege Schönberg. 2. Bericht der Kommission. Renwahl der Kommission.

Trianon-Theater.
 Georgenstraße, zwischen Friedrich- und Universitätsstraße.
Biscotte.
 Anfang 8 Uhr.
 In Vorbereitung: **Madame X.**
Fröbels Allerlei-Theater
 fr. Pahlmann, Schönhauser Allee 148.
 Inhaber: **Wilhelm Fröbel.**
 Mittwoch, den 6. Januar:
 Gastspiel des Igl. Hofschauspielers **Emil Richard**
 mit seinem erklalligen Schauspiel-Ensemble.
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 40 Pf.

Passage-Theater.
 Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.
Enthauptung
 einer lebenden Dame!
Willy Prager
 mit seinem Schlagert:
Die kleine Garnison.
 14 neue erstklassige Nummern.

Palast-Theater
 Burgstrasse 22, früher Foen-Palast.
 Heute und folgende Tage:
 8 Uhr: **Berlin, wie es weint und lacht.**
 8 Uhr: **Berlin, wie es weint und lacht.**
 Volkshück mit Gesang in 9 Bildern von Rastich. Musik von Comrad.
 Freitag, den 8. Januar, ab. 8 Uhr:
Elite-Vorstellung.
Medea oder: Das goldene Vlies.
 Trauerspiel in 5 Akten v. Gellsparger.
 In Vorbereitung:
Die Räuber.
Wilhelm Tell.
Zwischen zwei Herzen.
Der Verschwander.

Reichshallen
Stettiner Sönger.
 Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
 Bodentags 7 Uhr.

Königstadt-Kasino
 Holzmarktstr. 72. Ede Alexanderstraße.
 Täglich:
Franz Sobanski.
 Mita Roselli. X. Geschwister Banola. The Tekly usw.
Ein prattisches Geschenk.
 Nach der Vorstellung: Mittwoch, Sonnabend u. Sonntag: **Tanz.**

WINTER GARTEN
Neues Programm:
 Harry Rochez Hundedressur.
 Wood u. Bates Amerik. Excentrics.
 Lorraine's Lebende Bilder.
 Die beiden Froydos Gymnastiker.
 Cook u. Clinton Amerik. Kunstschützinnen.
 Meers u. Omo Drahtseilkünstler.
Otto Reutter Humorist.
Salerno Meister-Jongleur.
 Annetta Giffard Pariser Opernsönger.
Mlle. Otéro Spanische Tänzerin in ihrer Pantom. „Opiumrausch“.
 Theroses Komischer Hypnotiseur.
 „Karnavalgeleitet“ Wiener Ballett.
 Biograph.

Germania-Prachtsäle
 Chausseest. 109. Arnold Scholz.
 Jeden Mittwoch:

Damberger Sönger
 (Stell. Wolff)

Etablissement Suggenhagen
 Moritzplatz.
 In Kaiserjaal:
Rudolf Schnaus'
Sönkler-Ensemble
„Nordstern“.
 Nach der Vorstellung:
Tanz.
 Donnerstag, 7. Jan.:
Bockbir-Anstich.
 Kasseneröffnung 7 Uhr,
 Anfang 7^{1/2} Uhr.
 In den unteren Sälen um 8 Uhr:
Militär-Konzert.

Dr. Simmel. Prinzen-Str. 41.
 Spezialarzt für **(41/10)**
Haut- und Harnleiden.
 10-2, 5-7. Sonntag 10-13 2-4

Roh-Tabak
Max Otto, Königstr. 6.
Filiale Brunnenstr. 152.
Alle Sorten Tabak
 zu billigsten Preisen.
Bremer
Rohtabak-Filiale
 Billigste hiesige Bezugsquelle.
Carl G. Lahmann,
 Berlin N., Brunnenstrasse 195.
Rohtabak.
 Bekannt beste Qualitäten.
F. Wienert Nachf. L. Lehmann,
 Rosenthalerstr. 28.

Kennen Sie unser Rabatt-System?

No. 346201.
Gesetzlich geschützt.
RABATT-KARTE
Waarenhaus
A. Jandorf & Co.
Berlin
Belle-Alliancestr. 1-2
Spittelmarkt 16-17 Gr. Frankfurterstr. 113

ANWEISUNG. Wir verabfolgen auf Wunsch bei Baareinkäufen für je 25 Pf. des bezahlten Betrages eine Rabatt-Marke. Diese Marke klebt man in die auf der Innenseite der Rabatt-Karte vorgedruckten Felder. Sobald die Felder besetzt sind, wird die Rabatt-Karte von uns mit 1 Mark in bar eingelöst.

Bei d. Rabat-Vergütungen sind wenige Artikel ausgenommen

Wer bei Jandorf kauft spart Geld!

A. JANDORF & Co.

Spittelmarkt 16/17 Belle Alliance-Strasse 1/2 Grosse Frankfurter Strasse 113
Ecke Leipziger Strasse Am Blücher-Platz Ecke Andreas-Strasse

Gelegenheitskauf!

von Mittwoch den 6. Januar bis Dienstag den 12. Januar solange der Vorrat reicht.

2261 Stück Damen-Jackets (Velliné)

moderne Façons, mit und ohne Kragen, elegant garniert, ganz auf Futter

Serie I. **3⁹⁵** M. regulärer Wert bis **13⁵⁰** M.

Serie II. **5⁹⁵** M. regulärer Wert bis **18⁵⁰** M.

2000 Stück Velour-Blusen

geschmackvolle Dessins zum Aussuchen

Stück **2⁸⁵** M.

Verkauf an Wiederverkäufer findet nicht statt.

Central-Franken- u. Sterbekasse der Maler

Giliale Berlin I, N.
Versammlung
am Freitag, den 6. Jan., abds. 8^{1/2} Uhr, im Kassenlokal, Ruppinerstr. 42.
Tages-Ordnung:
1. Vierteljährlicher Kassenbericht.
2. Wahl der örtlichen Verwaltung.
3. Kassenangelegenheit.
7926] Die örtliche Verwaltung.

Orts-Krankenkasse der Klempner.

Wir machen hierdurch bekannt, daß die Abänderung der Verwaltungsregeln für erkrankte Mitglieder betreffend Strafgelder von der Aufsichtsbekörde genehmigt worden sind und mit dem 1. Januar d. J. in Kraft treten.
8035
Der Vorstand.

Presskohlen

Karte „Ada“, an der Köppler Brücke, Mariannen-Ufer. 7* 7 W., 6* 5 W. pro 1000. Schiffer Loote.

Lotteriespiel
mit grösster Gew.-Chance. — Streng reell. — Anteil an 30 verschiedenen Nummern! Beitrag pr. Ziehung 4 Mk. Vereinigung v. Spielern der Kgl. Pr. Kl.-Lott., Berlin SW. 29. — Ausgabe und Prospekt bei: A. Thomas, W., Göbenstr. 15, Ecke Mansteinstrasse. A. Tietz, N., Invalidenstr. 124, vis-à-vis Stettiner Bahnhof. C. Tietz, S., Alexandrinenstr. 34, Ecke Mathieu-Strasse. 8076

Ost-Casino

Inh.: Carl Pirnan.
106, Frankfurter Allee 106.
Empfehle meine Säle für Festlichkeiten unter günstigen Bedingungen.
Im Restaurant täglich:
Grosses Künstler-Konzert.
Familien-Verkehr.
Dr. Schönemann
Spezialarzt für Haut-, Horn- und Bräuneliden, Seydelstr. 9. 1/2, 12-1/2, 3, 1/2, 6-1/2, 8, Sonnt. 9-11

Gegen Monatsraten von 2 Mk.

an liefern wir

- Musikwerke** selbstspielende sowie Drehinstrumente mit auswechselbaren Metallnoten von 18 Mk. aufwärts.
- Phonographen** nur erstklassige, vorzüglich funktionierende Apparate von 20 Mk. aufwärts. Beispiele und unbespielte Walzen Ia. Qualität.
- Accordeons** in sehr reichlicher Auswahl, sehr preiswerte Instrumente in allen Preislagen.
- Zithern** aller Arten, wie Accord-, Harfen-, Duett-, Konzert-, Gitarre-Zithern etc.

Bial & Freund in Breslau II.
Illustrierte Kataloge auf Verlangen gratis und frei.

Zur Probe! Beste Kassettenmesser der Welt!
empf. gegen Nachnahme od. Nachk. **Grig. Gammesfahr, Leder, Göttingen, Stahlwarenfabrik und Versand.**
Diamantstahl-Kassettenmesser W. A., desgl. Silberstahl W. L. — mit Stahl-Steinmesser mit Polierstein 1.30, Pinzet u. Nagel 0.50, Seite 0.25, Abstreifen W. 2.50, Kesself. Metallgarnitur in feinem Stuhl W. 8.—
Katalog mit über 3000 Gegenständen, wie: Messer, Scheren, Enten, Wägen, Haken, Gold- u. Silberwaren, erhält jeder franco, umsonst Bitte zu verlangen. Für Wiederverkäufer beste Bezugsquelle. Nachdruck verboten.

Allgem. Orts-Krankenkasse für die vereinigten Gewerbebetriebe Charlottenburgs.
Wir machen hierdurch bekannt, daß der aus den Herren **Görke, Gebhardt, Kant, Schulz, Scheel, Schröder, Stahlberg, Grade, Raab, Nickchen, Scheuerbrandt und Pannier** bestehende Vorstand diesseitiger Kasse sich in seiner Sitzung am 1. Januar laufenden Jahres für das Jahr 1904 gemäß § 41 des Kassenstatuts konstituiert und **Herrn Hermann Scheel**, hier, Spanbauerstr. 37, zum **Kassenvorsitzenden**, zu dessen Stellvertreter aber **Herrn Albert Stahlberg**, hier, Danabückerstr. 2, gewählt hat. **Der Kassenvorstand.**
H. Scheel, Vorsitzender.

Baustellen
(Sandparzellen)
in herrlicher Lage, prachtvolle Landschaft, von **Grünwald** umgeben, vorzügl. Straßen, Bahnstation bequem gelegen, vorortsperker, mit II. Kng. preiswert zu verk. **Oskar G. M. 311** Rudolf-Wasse, Reizigerstr. 103. 48/20*

Jedes **5 Pfennig.**
Wort: **5 Pfennig.**
Das erste fettgedruckte Wort 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Cigarrengeschäft billig veräußert, 350, passend für Cigarrenmacher. Parfumerstr. 47. 1128*

Chlorort Fredericksdorf, Quadratruhe mit Kleben 12 Mark veräußert Hausverwaltung Brunnstr. 151.

Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437*

Hochvernehme Herrenanzüge, Winterpaletots, feinsten Stoffen bekräftigt, 18,00—30,00, Weinstöcker 8—11 Mark. Deutsches Gefundenhaus, Dagerstr. 63, 1 Trepp. 1939R*

Winterüberzieher, Herrenanzüge, wenig getragene Monatsgarderobe von 6 Mark an. Große Auswahl, auch neue, zurückgekehrt, kauft man am billigsten direkt nur beim Schnellvermeister **Frühzeitig**, Rosenbalerstr. 15 III. Nach Sonntags. 104/1*

Pfandleibe Rammstr. 70, Uhren, Betten sehr billig. 6726*

Garberobenschrank, Küchenstind 8,00, Kleiderstanz 30,00, Kommode 25,00, Truhen 35,00, Reichbergerstr. 37, Hof. 7905

Teppiche mit Farbenfehlern, Fabrikniederlage Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437*

Brennhof, Peter 4 Mark, 100 eiserne Oelen und Kochmaschinen, alle Sorten, Charlottenburg, Bismarckstr. 89. 5245*

Ringschiffchen, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebraucht 12,00. Köpplerstr. 60/61, Grenzauerstr. 59/60 und Große Frankfurterstr. 45. 198*

Wunderwerke, (selbstspielende, Teilzahlungen. Invalidenstr. 148 (Eingang Bergstr.), Salscherstr. 40. *

Teppichdecken billigst, Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437*

Wettchen, kolossale Auswahl, gesunde, sündere Tiere 10 Mark. **Vierfant**, Stationenallee 31. 765*

Schankgeschäft, Osten, welches ich längere Zeit mit nachweislich höchstem Ueberflusse betriebe, muß leider Umstände halber mit hochgelegener Einrichtung, 800 Mark Anzahlung, verkaufen. Bitte mit Wohnung 1200. **Comptoir Magazinstr. 12, I.** 8115

Schankgeschäft, neu eingerichtet, für junge Anfänger, zum Selbstkostenpreis zu verkaufen wegen andern Unternehmens. **Kunstst. Cigarrengeschäft** Dramenstr. 27. 7995

Restaurant Umstände halber zu verkaufen. Nähere Auskunft Engel-Ufer 12 im Lokal. 112*

Kleine Bildhauerwerk mit Werkzeug billig zu verkaufen. **Walter**, Thierstr. 6. 44

Wetten, zwei gute Stand, billig (auch einzeln), Tischbetende, zweifelhäufig 7,00, zwei Steppdecken 11,50, Plüschbetende, Teppich verkauft Hoffmann, Rammstr. 52 I. 8095

Schlafsofa, wie neu, 20, verkauft Heingel, Kleine Alexandrinerstr. 3.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, hochlegant 35,00. **Lacser**, Brunnstr. 80. 1104

Singermaschine umhändelbarer Sportbillig. **Roabit**, Oberbürgerstr. 8 im Gemüseladen. 782

Nähmaschinen, sämtliche Systeme, ohne Anzahlung. **Blum**, Gubenstr. 8. 8106

Teppichreinigung, Wäsche, Kleiderstoffe, Gardinen, Tischdecken, Steppdecken, Portieren, Juleits, Federn, Kissen, rüde. **Langs** (sein Laden), Demmerstr. 31, parterre. Postkarte. 1104

Schlafsofa, noch neu, 35,00, oder **Panzerlofa** billig. **Frühzeitig** Hecher, Weingartenstr. 64. 48/19

Kanarienvogel laust, Preisangabe, **Konopka**, Reanderstr. 7.

Wo spielen wir? 36, Kommandantenstr. 36. **Rittig** mit Bier 50 Pfennig. **Frühzeitig** und **Wendlich** zu kleinen Preisen. **Eduard** Stempel.

Soal mit Wäsche, 500 Personen fassend, zum 30. Januar frei geworden. **Preis** Wille, **Beunenstr. 188**, dicht am Rosenthaler Thor. 1103*

Rechtsbureau (Alexander-Platz) 1. Kurze Straße 14/15. **Eiserne** Rechtsfälle! 65/10*

Rechtsbureau! (Andreas-Platz), Grünweg vierundzwanzig. **Langjähriger** Gerichtsbeistand! **Erfolgreichste** Katerteilung! **Eingabengeluche!** 8045*

Verhuß Verwandlung einer größeren Tischlerei in eine Genossenschaft werden **Uffler**, **Widhauer**, **Drechsler**, **Pollerer**, **Maschinenarbeiter** mit einer Einlage von mindestens 1000 Mark gesucht. **Oskar G. 2** Expedition dieser Zeitung. 7985

Tambourier - Maschinen **Hodemeier**, alleiniger Fabrikant G. **Bellmann**, **Gölnowstr. 36**, nahe der **Landbergerstr.** 2958R*

Junges Ehepaar sucht Pächler zu übernehmen. **Kaution** vorhanden. **Gudly**, **Forsterstr. 3**. 112

Wohnungen.
Mühlenstr. 8, nahe Hochbahnstation **Stralauer** und **Stadtbahnstation** **Wargenerstr.** sind vom 1. April 1904 Hofwohnungen von 1 und 2 Stuben nebst **Küche** billig zu vermieten. Näheres besichtigt beim **Berwallter** 8-10, 2-5. 2048R*

Rummelsburg, **Kantstr. 8**, am neuen Stadtbahnhof, drei Stuben, **Küche**, April. 2068R*

Eine Etude und Küche 1. Februar zu vermieten, **Wiesenstr. 41/42**. 1192

Staubsaugen - Arbeiterinnen im und auhrem Hause verlangt dauernd **Oskar Lacser**, **Brunnstr. 84**, **Fabrikgebäude**. 1103*

Verheiratete zur leichten Handarbeit zur dauernden Beschäftigung **Lacser**, **Brunnstr. 84**, II. 1103*

Mamiello auf **Radets** verlangt **Grohn**, **Thierstr. 21**. 1144*

Gebirge **Regimenterinnen** verlangen **Wiesenthal**, **Junpe u. Co.**, **Holzmarktstr. 67**. 2067R*

Arbeiterinnen zum Sortieren von **Papierabfällen** gesucht. **Samuel Meher**, **Legelerstr. 40/41**. 8019

Zum Arbeitsmarkt durch **besonderen** **Druck** **herborgehobene** **Anzeigen** **kosten** **40 Pf. pro** **Seite**.

Amtung, Stodkarbeiter!
Der **Zuzug** für **Stodkarbeiter** aller **Bränden** ist **streng** **fern** zu **halten** bei **Schmilling & Barta**, **Thieringerstr. 18**, 88/9 **Die Ortsverwaltung**.

Stukkateure!
Gesperit **bleibt** **nach** **wie** **vor** **der** **Neubau** **des** **Rafinieren** **abfanten** **G. Kortum**, **Wullenweberstr. 175/18** **Die Ortsverwaltung**.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokal-Liste. Sonnabend, den 9. Januar 1904, veranstaltete das Personal der Firma Bleichstein (Kunst- und Bauglasererei), Genthnerstr. 3, eine Festlichkeit in den „Augusta-Viktoria-Sälen“, Lutherstr. 31/32. Wir machen die organisierten Mitglieder des Centralverbandes und der Lokalorganisation der Glaser darauf aufmerksam, daß das Lokal der Arbeiterschaft zu Versammlungen etc. nicht zur Verfügung steht und ersuchen deshalb, das Vergnügen unter allen Umständen zu meiden.

Friedrichshof. Da das Lokal „Lindenpark“, Wilhelmstr. 11, der Arbeiterschaft zu Versammlungen nicht mehr zur Verfügung steht, so ist es in der Liste zu streichen und als gesperrt zu betrachten.

Dritter Wahlkreis. Sonntag, den 10. Januar, abends 8 Uhr, findet in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20, eine öffentliche Versammlung statt. Nach der Versammlung: Gefelliges Beisammensein und Tanz.

Eine polnische Protest-Versammlung gegen die moskowitzische Aera in Preußen wird am Sonntagmorgen 11 1/2 Uhr in den „Andreas-Sälen“, Andreasstraße 21, abgehalten. Referent ist Genosse Georg Haase. Um rege Agitation unter den polnischen Arbeitern ersucht der Einberufer.

Potsdam. Der Wahlverein hält am Donnerstagabend 8 1/2 Uhr bei Kadentzin keine Versammlung ab. Tagesordnung: Quartalsabrechnung, Wahl eines Kassierers und Verschiedenes.

Wilhelmshagen. Freitagabend 8 1/2 Uhr findet eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Lokale Hamann, Ecke der Kronprinzen- und Walderstraße statt. Die Genossen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Lokales.

Der Feuerwehrmann auf Theaterwache.

Der Chilagoer Theaterbrand hat jedes Entsetzen in der ganzen Kulturwelt geweckt und überall ist sogleich die Frage aufgeworfen worden, wie es andernorts um die Feuersicherheit der Theater bestellt sei. Auch in Berlin wurde diese Frage in der Presse erörtert. Das Ergebnis war in ganzen: Die Berliner brauchen nichts zu fürchten; unsere Theater sind alle feuersicher, und unsere Polizei wacht und duldet keinen Verstoß gegen die von ihr aufgestellten Forderungen und Vorschriften. Dieses Versicherungsgelächter, an dem mancher beflegte Theaterbesitzer seine Freude gehabt haben dürfte, endete mit der Nachricht der plötzlich erfolgten Schließung des königlichen Opernhauses, dessen Bühnenhaus bei einer vorgenommenen außerordentlichen Revision als nicht feuersicher erkannt worden war.

Ueberschauen wurde bei diesen Erörterungen das eine, daß bei allen größeren Theaterbränden die meisten Menschenleben nicht durch Rauch, Hitze und Feuer, sondern durch die sofort ausbrechende allgemeine Panik vernichtet wurden. So war es bei dem Brand des Ring-Theaters in Wien, so ist es auch jetzt wieder bei dem Brand des Froquois-Theaters in Chilago gewesen. Wir wären ganz damit einverstanden, wenn im Hinblick auf die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit solcher Panik die Besitzer der Theater gezwungen würden, im Zuschauerraum die Sitzreihen mehr auseinanderzurücken, noch mehr Gänge anzulegen, die Türen und Treppen noch zu vernebeln; und auch die königlichen Theater sollte man sich daraufhin recht genau ansehen. Es ist auch zu wünschen, daß die Theaterbesitzer mehr Besonnenheit in der Gefahr bekundeten. Aber leider wird es sich wohl niemals erreichen lassen, daß ein vielhundertköpfiges Publikum, das in einem Theater zusammensteht, bei ausbrechendem Feuer das Haus in Ruhe verläßt. Und schließlich wird ein Zuschauerraum so eingerichtet werden können, daß es völlig ausgeschlossen wäre, daß die erschreckt ausströmende, in sinnloser Hast fliehende Menge schon zwischen den Sitzreihen und in den Gängen übereinanderstürzt und in wildem Ringen schließlich selber sich die Ausgänge verstopft.

Das Wichtigste bleibt auch hier, wie überall, das vorbeugende Verfahren: keinen Brand auf der Bühne entstehen lassen, einen etwa doch entstehenden Brand sofort im Keime zu ersticken, ihn den Augen des Publikums möglichst entziehen, den Ausbruch einer Panik verhüten. Das Verfahren wird in Berlin und anderswo seit langem befolgt und hat sich bewährt. Was keine noch so große Feuersicherheit des Bühnenhauses, keine mit dem Raum nicht lachende Einrichtung des Theatersaales zu verhüten vermöchte, das verhüten die drei oder vier Feuerwehrmänner, die am Abend im Theater ihre Posten hinter den Coulissen beziehen und mit scharfem Auge darüber wachen, daß jede Gefahr sofort abgewehrt wird. Von diesen Männern hängt unabsehbar das Schicksal Tausender von Theaterbesuchern ab. Dem Unkundigen mag ihr Amt als ein sehr leichtes und sogar angenehmes erscheinen. Man sieht hinter den Coulissen oder spaziert umher, man hört gratis das Stück an, man scherzt mit den Statistinnen, darf sich vielleicht sogar mal mit einem berühmten Namen unterhalten und so weiter. Aber nein, so amüsan ist die Sache denn doch nicht! Der Feuerwehrmann zieht nicht zum Spaß auf Theaterwache, sondern zu einer sehr ernsten Pflicht, und er hat hierüber seine sehr strenge Instruktion, deren Nichtbefolgung ihm 24 Stunden Arrest oder Schlimmeres eintragen kann. Dester, als das Publikum es ahnt, schwebt es im Theater in Gefahr, die durch den Feuerwehrmann beseitigt wird. Auch in Berlin ist das wiederholt vorgekommen. Es ist nicht zuletzt der Umstand, der Geistesgegenwart und der Pflichttreue unserer Berliner Feuerwehrmänner zu danken, daß wir hier noch keine jener furchtbaren Theaterbrand-Katastrophen gehabt haben, wie sie andernwärts vorgekommen sind. In Chicago sollen die Feuerwehrmänner die ersten gewesen sein, die ihr Leben zu retten suchten. Das ist in Berlin umgänglich! Kein Feuerwehrmann, dem hier die Bedienung des eisernen Vorhanges übertragen ist, würde bei ausbrechendem Feuer stehen, bevor er seine Pflicht getan, den Vorhang heruntergelassen hätte und noch durch die darin befindliche Thür in den Zuschauerraum getreten wäre, um seiner Instruktion gemäß das Publikum zu beruhigen und zu langsamem Verlassen des Theaters aufzufordern.

Die Ausübung ihres verantwortungsvollen Amtes, so wird hier mancher unserer Leser fragen, wird doch diesen Feuerwehrmännern gewiß auf alle Weise erleichtert? Wie bitten, hierüber nach den folgenden Angaben selber zu urteilen. Die Feuerwehrmannschaften haben im allgemeinen zweimal vierundzwanzig Stunden Dienst und dann einmal vierundzwanzig Stunden Ruhe. Während des Dienstes verweilen sie auf der Feuerwache und kommen in den achtundvierzig Stunden niemals dazu, sich völlig zu entschluden. In ihrem dienstfreien Tag bleiben sie in ihrer Wohnung. Die Theaterwache wird nun gewöhnlich aus den dienstfreien Mannschaften genommen. Die Leute müssen spätestens eine Stunde vor Beginn der Vorstellung auf ihrem Posten sein. Rechnet man den Weg nach und von dem Theater mit, so kostet der Theaterwachdienst fünf der „dienstfreien“ vierundzwanzig Stunden. In Berlin werden allabendlich 50-60 Feuerwehrmänner und 15-20 Oberfeuermänner (oder als ihre Vertreter ältere Feuermänner) in die Theater geschickt. Das ist ungefähr der vierte Teil der jeweils dienstfreien Mannschaften. Jeder kann da im Monate mehrere Male in die Lage kommen, ein fünfteiliges dienstfreies Tages der ihm so notwendigen Ruhepause zu opfern. Bezahlt wird ihm dafür nichts! Das klingt ungläublich, ist aber wahr. (Nur für Bewachung des Dombaus, des Kunst-Ausstellungsgeländes usw. giebt es eine Entschädigung, die aber von privaten Ausstellungen, wie wir vor mehreren Monaten gezeigt haben, manchmal erst sehr spät eintrifft und von einer vor 1 1/2 Jahren

veranstalteten Ausstellung noch heute restiert.) Das einzige, was für die Theaterwache abfällt, ist das „Recht“, für ihre Angehörigen usw. im Zuschauerraum zwei Freiplätze mäßiger Größe (mandantloger seher mäßiger Größe) zu fordern, aber selbst die werden nicht immer gewährt, z. B. dann nicht, wenn der Kassierer sie „aus Versehen“ mit anderkauft hat.

Unter solchen Umständen könnte man sich nicht wundern, wenn für den Feuerwehrmann die Theaterwache nicht zu den Pflichten gehört, die er mit Freuden tut. Im Interesse der Feuerwehmannschaften und schließlich auch im Interesse der Gesamtheit, der sie dienen, muß gefordert werden, daß das anders wird. Entweder möge man auf Kosten der Theaterbesitzer die Theaterwachposten für den Verlust ihrer dienstfreien Zeit entschädigen oder man rechne den Theaterwachdienst in die achtundvierzig Stunden mit ein, und die zwei Freiplätze pro Mann könnten in dem einen wie in dem andern Falle immer noch beibehalten werden. Idealismus ist ja eine sehr schöne Sache, aber daß ein Feuerwehrmann bei 1200-1000 Mark Jahresgehalt sich für nichts und wieder nichts seine Ruhepause läßt und sich hinter die Theatercoullissen stellt, um von andern die Gefahr abzuwehren, das ist schließlich doch zuviel verlangt.

Die sächsische Verkehrsdeputation hatte sich in der Angelegenheit des Planes einer städtischen Gas- und Speicherranlage am Stralauer Anger oberhalb der Oberbaum-Brücke, zwischen der Verbindungsbahn und dem Oberbaum, an die beteiligten Behörden und Korporationen gewandt. Die Kassen der hiesigen Kaufmannschaft und die Berliner Handelskammer haben die dringende Notwendigkeit einer gründlichen Verbesserung der an den hiesigen Wassertrögen vorhandenen Einrichtungen zum Löschen und Laden der Güter aller Art, zum Lagern derselben und zum Umladen von Schiff zu Bahn und umgekehrt anerkannt. Die Behörden sind bereit, das Projekt zu fördern. Gestern hat die Verkehrsdeputation unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Karschner beschlossen, zunächst bei den Kassen der Kaufmannschaft etc. wegen ihrer Beteiligung anzufragen, um dann den Umfang des Verlebes, der erforderlichen Anlagen usw. ermitteln und die Kosten übersehen zu können.

Die Große Berliner Straßenbahn hat im letzten abgelaufenen Jahre 1903 zum erstenmal mehr als 300 Millionen Fahrgäste befördert. In Betracht gezogen ist hier lediglich der Verkehr der großen Berliner ohne die kleineren Gesellschaften. Der Gesamtverkehr der „Großen“ berechnet sich nun für das Jahr 1903 auf 318 Millionen. Im Vorjahre war er auf 294 Millionen Personen berechnet worden. An Betriebsmaßnahmen hat die Große Berliner Straßenbahn 1903 28 908 833 M. erzielt; das sind 1712 220 M. mehr als im Vorjahre.

Mortalitäts-Statistik. Seit Anfang dieses Jahres enthalten die Totenliste in Berlin Verstorbenen eine nur für statistische Zwecke bestimmte Zahlkarte, welche von den Ärzten auszufüllen ist. Diese Karte enthält Fragen über erbliche Belastung und die genaue Todesursache. Den Namen des Verstorbenen enthält die Karte nicht, so daß der Arzt, ohne eine Pflicht zu verletzen, die Mitteilungen machen und damit der Wissenschaft dienen kann. In der Schweiz, wo ähnliche Einrichtungen bestehen, hat man damit gute Erfahrungen gemacht.

Stadtbaurat Ludwig Hoffmann legte in der gestrigen Sitzung des Kuratoriums des Friedrich-Wilhelm-Hospitals und der städtischen Siechenanstalten die Pläne für eine neue Siechenanstalt in Wuch zur Aufnahme von 1700 Siechen etc. vor. Die Entwürfe wurden einstimmig genehmigt.

Nach dem Geschäftsplan für das Jahr 1904 sind bei dem Landgericht Berlin I 1 Präsident, 30 Direktoren, 183 Richter, außerdem 10 Hilfsrichter beschäftigt. Die Zahl der Handelsrichter ist auf 72 und die der Stellvertreter ebenfalls auf 72 bemessen. Die Präsidialgeschäfte führt der Präsident Geh. Ober-Justizrat Braun unter Beihilfe des Landgerichtsdirektors Köster, sowie der Landgerichtsräte Wienslowski und Hoffmann II. — Es bestehen 30 Zivilkammern, in denen der Präsident, 29 Direktoren und 68 Richter beschäftigt sind, ferner 18 Kammern für Handelsfachen, und 10 Strafkammern. Bei letzteren sind 10 Direktoren und 48 Richter tätig; in dem Vorhof der Strafkammern ist eine Veränderung nicht eingetreten. In Untersuchungsrichtern für das Jahr 1904 sind vom Justizminister bestellt: Die Landgerichtsräte Herr, Telle, Brandt, Kade, Roth, Grunow, die Landrichter Dr. Rahmann und Dr. Langer und als Hilfsuntersuchungsrichter der Gerichtsassessor Kaul. — Staatsmäßig angestellt sind der Präsident und 30 Direktoren, 183 Richter, 84 Gerichtsschreiber, 20 Gerichtsschreibergehilfen, 2 Kanzlei-Zustellern, 30 Kanzlisten, 63 Kaffellane und Gerichtsdiener. 10 Assessoren sind als Hilfsrichter tätig. Der Aufsicht des Präsidenten sind 20 Referendare unterstellt, ferner 183 Notare, 628 Rechtsanwälte und 650 Schiedsmänner und deren Stellvertreter.

Neue Stiftung. Die Dietrichs Thara-Stiftung wird am 1. April dieses Jahres insoweit in Wirksamkeit treten, als sie einigen über 50 Jahre alten hilfsbedürftigen, den Stiftungsbedingungen entsprechenden Damen freie Wohnung in ihrem neu erbauten Stiftungshaus Alte Schönhauserstr. 12 gewährt. Die Aufzunehmenden müssen lediger solcher Handwerker sein, die mindestens sechs Jahre lang ein unbefolgetes Kommunalamt bekleidet haben. Töchter hiesiger Väter sollen bei gleicher Würdigkeit und Bedürftigkeit den Vorzug erhalten. Ueber die unter Verwaltung eines besonderen Kuratoriums — Vorsitzender Stadtrat Heller — stehende Stiftung erfahren Bewerberinnen näheres im Stiftungsbureau Poststr. 10 II, wozin auch briefliche Gesuche zu richten sind.

Der Viehstand in Berlin. Ende vorigen Jahres wurden in Berlin 42 940 Pferde und Esel, 9340 Stück Rindvieh sowie 35 807 Hunde gezählt, darunter 2591 Jugendliche, 2400 Wack- und Kettenhunde, 644 taube oder blinde Personen, 288 Wächterhunde und 107 Hunde im Besitz des Kaisers oder auswärtiger Gesandtschaften.

Elektrische Kurzschlüsse. Gestern kam im Herrenhause, Leipzigerstraße 4, durch Kurzschluss in einer nur lose verlegten Stromführenden elektrischen Leitung Feuer aus, wodurch im zweiten Stock der Fußboden beschädigt wurde. Nachts um 1 1/2 Uhr wurde im Luisen-Theater der sogenannte Vogenlampen-Widerstand infolge von Rebenchluss einer defekten Scheinwerfer-Leitung glühend. Ein Schaden ist nicht entstanden.

Die Herren Meier und Peters, Inhaber der Cigarettenfabrik „Jostett“, Neue Friedrichstraße 9/10, senden uns folgende Mitteilung zur Veröffentlichung zu: „Wir lasen in der Nummer Ihres geschätzten Blattes vom 1. Januar unter der Bezeichnung „Ein Heidenstück“ eine Notiz über das Verhalten unseres Werksführers gelegentlich der Circulation einer von der Berliner Gewerkschaftskommission herausgegebenen Sammelliste für die ausgesperrten Textilarbeiter in Crimmitschau. Wir billigen diese Handlungsweise unseres Werksführers keineswegs und haben wir demselben infolgedessen die nötigen Vorhaltungen gemacht. Die ganze Angelegenheit ist auf ein Missverständnis seitens unseres Werksführers zurückzuführen, der absolut nicht wußte, um was es sich handelte. Es haben wiederholt Sammellisten unter den Arbeitern unserer Fabrik circuliert und hat sich der Werksführer selbst durch Hergabe von Beiträgen an denselben beteiligt. Die Unterzeichneten selbst bedauern das Vorkommen in ihrer Fabrik und nehmen selbst vielmehr Anteil an der Lage der ausgesperrten Textilarbeiter in Crimmitschau. Um Ihnen den Beweis unsrer Teilnahme an der Rolle der ausgesperrten Textilarbeiter in Crimmitschau auch durch die That zu erbringen, haben wir heute an die Berliner Gewerkschaftskommission 150 M. durch Postanweisung zum Zwecke der Mitverwendung für dieselben überfandt.“

Wegen der an den Schienenhorren der großen zweiten Schleife zu Pflögensee erforderlichen Reparaturen wird diese Schleife vom

5. Januar 1904 bis voraussichtlich 6. Februar 1904 für die Schiffsahrt gesperrt.

Das blutige Liebesdrama im Hause Velle-Aliancest. 73 hat durch den gestern mittag erfolgten Tod des 23jährigen Banbeamten Gustav Velle seine traurigen Abschlus gefunden. Die noch in Erinnerung sein dürfte, hatte heut vor einer Woche die frühere Verkäuferin Hedwig Velle ihren Geliebten, den Banbeamten Velle aus Eifersucht durch Revolvererschüsse schwer verletzt. Sie selbst war aus dem Fenster in die Tiefe gesprungen und auf dem Transporte nach dem Krankenhaus am Leben gestorben, während Velle noch lebend dorthin gebracht werden konnte. Dort hat er acht Tage auf seinem Krankenlager gelegen, bis ihn gestern mittag ein Herzschlag von seinen schweren Leiden erlöste.

Zwischen hilft. Eine brollige Scene spielte sich gestern, gelegentlich der Zwangsversteigerung eines Papageis in der städtischen Pfandkammer in der Neuen Schönhauserstraße ab. Es hatten sich, wie üblich, zahlreiche Händler eingefunden, die jedoch bei der Versteigerung sich ziemlich zurückhaltend zeigten, weil der Papagei teilsnahlos verfiel und alle Versuche der Bieter, das Tier zum Sprechen zu veranlassen, fehlschlagen. Nur zwei Händler beteiligten sich lebhafter bei der Auktion; einer suchte seinen Konkurrenten regelmäßig mit dem Ausruf: „Na, noch 'ne Mark!“ zu schlagen, der dann auch, als der Preis bis auf 42 M. getrieben war, nicht mehr mitbot. Der Gerichtsvollzieher hatte schon dreimal das letzte Gebot genannt und war im Begriff, den Zuschlag zu erteilen, als plötzlich der Papagei ausrief: „Na, noch 'ne Mark!“ Diese unerwartete Vermehrung der Bieter verurteilte natürlich ein lautes Gelächter, es entstanden sofort erhöhte Doppelgebote und schließlich wurde der Vogel zu dem Preise von 120 M. verkauft.

Wegen eines vermissten Aufhanges auf seine Ehefrau ist vorgestern der Arbeiter Gustav Gräfe aus Dresden in Friedenau festgenommen worden. Gräfe vertrat sich mit seiner Frau so schlecht, daß sie ihn vor einem Jahre verließ und seitdem einen verwitweten Anteil in der Prinz Handjersstraße Nr. 7 zu Friedenau die Wirtschaft führt. Vor einem halben Jahre verurteilte Gräfe schon einmal, sich seiner Frau zu nähern, wurde aber damals an einer Gewaltthat gehindert. Er stellte dann alles auf, um sie zur Rückkehr zu bewegen, hatte aber damit keinen Erfolg. Vorgestern erschien er mit einem schwarz geladenen Revolver in der Handjersstraße. Seine Frau sah ihn aber rechtzeitig und entflo. Auch der Anteil, bei dem er nun mit Gewalt eindrang, entkam nach kurzem Ringen. Die von den Bedrohten Benachrichtigte Polizei nahm Gräfe fest und brachte ihn gestern nach Berlin, wo er in Untersuchungshaft gesetzt wurde. Er erklärt, daß er die Absicht gehabt habe, seine Frau und sich zu töten, weil sie ihn verschmähe, während er sie sehr liebe.

Ein Kind verbrannt. Wieder hat das Spielen mit Streichhölzern und das Hantieren an einem brennenden Weihnachtsbaum ein Unglück herbeigeführt. Das fünfjährige Töchterchen des Gärtnerarbeiters Karl Hecht in der Chausseestraße zu Witz machte sich vorgestern abend, während die Eltern abwesend waren, mit Streichhölzern an Weihnachtsbaum zu schaffen. Pflöchtig fingen ihre Kleider Feuer, und sichterlos brennend rannte die Kleine auf den Flur hinaus, wo eine Nachbarin die Flammen erlöste. Das Kind hatte aber bereits so schwere Brandwunden erlitten, daß es den Verletzungen erlag.

Vorsicht beim Absteigen auf der Straßenbahn! In erschreckendem Umfange mehrten sich in der letzten Zeit die durch vorzeitiges Versteigen oder Verlassen in der Fahrt befindlicher Straßenbahnwagen herbeigeführten schweren Unglücksfälle. In den letzten acht Tagen wurden in den hiesigen Krankenhäusern fünf Personen eingeliefert, die sich durch eigne Schuld schwere Gehirnerschütterungen oder Schädelbrüche zugezogen haben, und schon wieder wird ein derartiger Unglücksfall gemeldet. Der Kaufmann Arthur Adler befand sich auf der Vorderplattform des Straßenbahnwagens Nr. 243 der Linie 7 (Körb-Weiß) und wollte den Wagen an der Endenstraße verlassen, wobei eine Haltestelle ist. A. blieb jedoch auf seinem Plage und versuchte erst abzustiegen, als sich der Wagen bereits in Bewegung gesetzt hatte. Der Kaufmann glitt aus, stürzte neben dem Wagen zu Boden und blieb bewegungslos liegen. Der Verunglückte wurde nach dem Krankenhaus Weißerhof gebracht, wo eine schwere Gehirnerschütterung festgestellt wurde. Der Zustand des A. ist ein recht bedenklicher.

Ein Drahtbruch kam nach langer Zeit gestern, Dienstagmorgen, bei der Straßenbahn wieder einmal vor. Er ereignete sich in der Potsdamerstraße in der Nähe der Potsdamer Brücke gegen 2 Uhr und hatte zur Folge, daß der Verkehr nach Westen längere Zeit stockte. Die Wagenbahn reichte zeitweilig von der Potsdamer Brücke bis zum Kollnmarkt. Auch der Verkehr in den Querstraßen zur Haupt- oder geriet in Mitleidenschaft, da die Wagen an manchen Stellen so dicht auf einander hockten, daß nichts hindurch kommen konnte. Erst durch Ablenkung auf Neben- und Umwege schaffte man etwas Luft, bis gegen 2 1/2 Uhr der Schaden ausgebessert und das Verkehrs- hindernis beseitigt war.

Charlottenburg. Nächsten Sonntag findet in sämtlichen Räumen des Volkshauses, Rosinenstr. 3, ein großes Wohlthätigkeits-Fest zum Besten der Ausgesperrten in Crimmitschau statt. Eine ganze Anzahl von Vereinen hat sich zu diesem Zweck unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Das Konzert beginnt um 4 Uhr seinen Anfang, um 5 1/2 Uhr beginnt der auf die Crimmitschauer Ereignisse sich beziehende Teil des Programms, bestehend aus Prolog, Chorbesang, Ansprache des Genossen Dr. Albert und gemeinsamem Gesang der Arbeitermarzillanten. Daran schließen sich in bunter Reihenfolge die Darbietungen der einzelnen Vereine. Das Programm ist ein ungewöhnlich reichhaltiges und abwechslungsreiches. Der Eintritt kostet 20 Pf. Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. (Siehe Inserat.)

Deutscher Verein für Gesundheitspflege. Donnerstagabend 8 1/2 Uhr werden aus dem Gebiet der Gesundheitspflege folgende Vorträge in den Sälen der genannten Gemeindegemeinschaften gehalten werden:

- Berlin N., Schwedterstr. 232/234, spricht Herr Sanitätsrat Prof. Dr. Lazarus, dirigierender Arzt der Abteilung für innere Krankheiten des sächsischen Krankenhauses, über „Das Herz in seiner Bedeutung für Leben und Arbeit“.
- Berlin NO., Friedenstr. 23, spricht Herr Dr. med. R. Demhoff über „Die Entstehung und Verhütung von Ernährungskrankheiten“.
- Berlin N., Auguststr. 67/68, spricht Herr Dr. med. R. Beerwald über „Der Einfluss des Sonnenlichts auf die Gesundheit“.
- Berlin O., Rüdendörferstr. 4/5, spricht Herr Privatdocent Dr. med. Albu über „Die Bedeutung der Kochkunst und Gewürze für die Verdaulichkeit der Speisen und die Verdauung“.
- Berlin S., Dieffenbachstr. 60/61, spricht Herr Dr. med. H. Weber, Direktor des Auguste Victoria-Krankenhauses, über „Die häusliche Gesundheitspflege und ihre wirtschaftliche Bedeutung“.
- Berlin SW., Bergmannstr. 28/29, spricht Herr Medizinalrat Dr. Leppmann, ärztlicher Leiter der Strafanstalts-Irrenabteilung, über „Veruf und Nervenkrankheiten“. — Der Zutritt zu sämtlichen Vorträgen steht jedermann unentgeltlich frei.

Am 11. Beobachtungabend des „Vereins von Freunden der Trepow-Sternwarte“ spricht Herr Prof. Dr. Selzer über: „Astronomie und Kalenderwesen der Alt-Mexitaner“. Da voraussichtlich der Vortragssaal der Trepow-Sternwarte zu klein sein wird, so findet der Vortrag im großen Hörsaal des „Physikalischen Instituts“, Reichstags-Weg 7/8, am Mittwoch, den 6. Januar, abends 8 Uhr, statt. Die Beobachtung des Orionnebels mit dem großen Fernrohr ist bis zum 16. Januar allabendlich von 7 1/2-10 Uhr angesetzt. Gassarten werden im Bureau der Trepow-Sternwarte wie auch am Abend vor dem Vortrag ausgegeben.

Die Bauarbeiten für den Umbau des Opernhauses sollen sofort in Angriff genommen werden; die Dauer dieser Arbeiten wird auf etwa 6 Wochen berechnet. Das ganze Bühnenhaus wird außen mit eisernen Gittern versehen werden; breite, ebenfalls außen angebrachte Türen und zwei mächtige Tore werden vom inneren Bühnenraum auf die Gallerien, also ins Freie führen. Auch für das Hof-Schauspielhaus sind umfassende Umbauten angeordnet, die sich auf Garderoben, Zuschauerraum und Treppen erstrecken. Dieser Umbau soll im Frühjahr, etwa im April, beginnen und dürfte erst im Oktober beendet sein. Dem Schauspielpersonal stehen also ausgedehnte Ferien in Aussicht. — Die Vorstellungen des Privattheater durch Vertreter der Baupolizei und der Feuerwehrl haben bereits begonnen. Es wird aber voraussichtlich nirgends eine Schließung nötig sein, die eine unangehörige Schädigung der Direktion wie des Personals bedeuten würde. — Nach den Umbauten wird man, wie schon angekündigt, mit allem Nachdruck dem völligen Neubau des künftigen Opernhauses näher treten. Der Kaiser will dazu als Bauplatz, dem Vernehmen nach, das Prinzessinnen-Palais hergeben.

Im Herrnsfeld-Theater. Seit einer Reihe von Jahren wird in dem früher Kaufmanns Varietés genannten Theater eine eigentümliche Spezialität, die jüdische Komödie, gepflegt. Es sind Genrebilder aneinander gereiht, die zum Teil einen sentimentalischen Charakter tragen, zumeist aber voll blühenden Unsinns sind. Auch mancher gepfefferte Situationswitz ist darunter. Alle diese Scherze stimmen zum Vaden; aber ihre Wirksamkeit ist bedingt durch den jüdischen Dialekt, in dem sie vorgetragen werden. Anders würden sie dem Publikum zumeist schon vorzukommen. Mit den Scherzen an sich ist es natürlich in den Herrnsfeldschen Schindeln nicht abgethan. Die Stücke sind aus dem Leben gegriffen und spiegeln zum Teil mit verblüffender Naturtreue die spezifisch jüdischen Ansichten über Ehe- und andre Daseinsfragen wieder. Und weil sich in der Handlung und in den Scherzen alles so gelassen, so selbstverständlich giebt, verlegen sie auch niemals. Es muß schon jemand ein ganz bornierter Semit oder Antisemit sein, um aus der bunten Komödie eine häßliche Tendenz herauszufischen. — Gestern wurde „Papa Noa“, eine besonders lustige Komödie, zum hundertsten Male aufgeführt. Es gab am Schluß die üblichen Kranzspenden in schwerer Menge. Besonders die Herren Anton und Donat Herrnsfeld, Autoren, Direktoren und Schauspieler in einer Person, wurden in dieser dreifachen Eigenschaft geehrt, wie man eben nur auf der Bühne geehrt werden kann.

Auf Veranlassung des „Deutschen Vereins für Volkshygiene, Ortsgruppe Berlin“ e. V. und des „Zweigevereins Berlin des Vaterländischen Frauenvereins“ findet Freitag, den 8. Januar 1904, abends 8 Uhr, im Bürgeraal des Rathhauses Herr Prof. Dr. Jung über „Die Bedeutung der Leibesübungen und der Sports für die Gesundheit.“ — Der Zutritt steht jedermann unentgeltlich frei.

Für das Lehrerkollegium der kaufmännischen Fortbildungsschulen wird Herr P. S. Putsch-Jourcat, Officier d'Académie und langjähriger Lehrer dieser Anstalten, mit Genehmigung des Kuratoriums eine Reihe von Vorträgen vom 6. Januar ab, jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr abends im Vortragsaal, Neue Friedrichstr. 51/52, part., veranstalten. In jedem Vortragsabend werden drei Franzosen über volkswirtschaftliche und literarische Thematika sprechen. Sonstige Interessenten, besonders aus kaufmännischen und pädagogischen Kreisen, Damen und Herren, erfahren Näheres in der Buchhandlung von Schneider u. Co., Leipzigerstr. 129.

Eine Ausstellung von Kanarienvögeln, sowie anderen Sing- und Nistvögeln, ausgestopften Vögeln und Säugetieren veranstaltet der Verein Nixdorf Kanarienzüchter in der „Neuen Welt“, Hofenstraße 108—114 vom 8. bis 12. Januar. Die Ausstellung ist von morgens 9 bis abends 8 Uhr geöffnet.

Die 262. Versammlung des Vereins für Volkserhaltung findet am Sonntag, den 10. Januar, nachmittags 5 Uhr, in der Urania, Tautenstraße, statt. Zum Vortrag gelangt: „Unser Planet als Träger des Lebens“.

Treptow-Baumfischschuleweg. In der Klage unseres Parteigenossen Krebs gegen die Wahl des Gemeindevertreters Schirmer hat nun auch der Bezirksauschuss in Potsdam die Wahl für ungültig erklärt, nachdem der Kreisauschuss schon vorher der Klage unseres Parteigenossen stattgegeben hatte. Ob die Gemeindevertretung ihre verlorene Sache nun noch vor das Ober-Verwaltungsgericht bringen wird?

Theater. Maurice Ordonneau und Henry Herblah, die Verfasser der neuen französischen Operette „Das Schwalbennest“ (deutsch von M. Kappaport) sind in Berlin eingetroffen, um den Proben des Werkes, dessen Uraufführung am 9. d. Mz. am Central-Theater stattfindet, beizuwohnen. — Im Carl Reich-Theater gelangt heute (Mittwoch) nachmittags 4 Uhr als Schülervorstellung „Die Räuber“ zur Aufführung. Am Abend bringt das Oberbayerische Bauern-Theater das so überaus lustige Volksstück „Bruder Martin“ zur Aufführung, während am künftigen Sonnabend die Novität „Die Zeit von Oberammergau“ zum viertenmalig erstmalig in Szene geht.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburg. Die freisinnige Charlottenburger „Neue Zeit“ stellt an den Genossen Sellin das Ansuchen, sein Stadtverordneten-Mandat so lange nicht auszuüben, bis eine gerichtliche Klärung der in der Goerleschen Broschüre gegen ihn erhobenen Beschuldigungen erfolgt sei. Dem gegenüber wird uns mitgeteilt, daß Sellin selbst in der letzten Fraktionssitzung die Frage zur Entscheidung gestellt hat, ob es nicht angemessen sei, daß er sein Mandat bis zur völligen Klärung der gegen ihn erhobenen Anschuldigungen nicht ausübe. Die Fraktion hat dem Antrage Sellin nicht stattgegeben; sie ging dabei von der Ansicht aus, daß beweislos erhobene Beschuldigungen für einen Stadtverordneten keinen Grund bilden können, das ihm anvertraute Amt nicht auszuüben.

Gleichzeitig wird uns mitgeteilt, daß das vom Charlottenburger Wahlverein beabsichtigte Schiedsgericht zur Untersuchung und Erledigung der von Goerle erhobenen Behauptungen und Anschuldigungen nicht zu Stande kommt, weil G. seine Meldung zum Wiedereintritt in den Wahlverein wieder zurückgezogen hat. In einem Briefe an den Vorstand behauptet er, er habe sie seiner Zeit „sofort widerrufen“. Die Meldung Goerles zum Wiedereintritt bildete für den Vorstand des Wahlvereins den einzigen Grund und die einzige Möglichkeit, die Angelegenheit auf dem in der Partei üblichen Wege eines lokalen Schiedsgerichts zu erledigen. Nachdem diese Möglichkeit entfallen ist, hat Genosse Sellin beim Parteivorstand die Einsetzung eines Schiedsgerichts beantragt.

Schöneberg. In der ersten diesjährigen Stadtkonferenz wurde die Einführung der neuen Stadtkonventionen unter dem Vorsitz des Herrn v. G. Müller, während Genosse Panzer ausgeschrieben ist. Unsere Fraktion behält demnach ihre frühere Stärke. Zum Stadtkonventionen-Vorsteher wurde Herr G. Müller und zum Stellvertreter Herr Justizrat Dr. v. Gordon wiedergewählt.

Dem neugewählten Wahlausschuss gehört zum erstenmal außer Genosse D. H. an. Zur Frage der Eröffnung einer Baugewerkschule, die den städtischen Etat in erschwerender Weise ohne nennenswerte Vorteile belasten würde, brachte Stadtk. Müller (Soz.) einige Zahlen, die wohl den größten Schwärmer für ein derartiges Experiment etwas kühler stimmen dürfte. Während für die Volkshochschule unsere Nachbarstadt Berlin nur 70 M. pro Kopf, für die höheren Schulen aber 165 M. ausgiebt, beträgt der Zuschuß der Kommune für die städtische Baugewerkschule pro Kopf sogar das

Dreifache der Ausgaben für die Volkshochschule, nämlich 288 M. Neben den nicht unbedeutenden Ausgaben für Grund und Boden, sowie für Baulichkeiten und Einrichtung beträgt der bare Mindestzuschuß etwa 40 000 M. Nebenbei hätte die Kommune, wenn wirklich der Staat gewisse Garantien übernehmen würde, nicht den geringsten Einfluß auf die Gestaltung des Instituts. Mit der beinahe einstimmig erfolgten Ablehnung des Antrages wird hoffentlich für absehbare Zeit dieses Projekt verschwinden.

Die Festsetzung des Gehalts der neugeschaffenen Aufseherstelle für das Varietés- und Armenhaus hat schon verschiedene Sitzungen beschäftigt. Als seiner Zeit der Magistrat diese Stelle mit 30 M. monatlich „dotieren“ wollte, hatten unsere Genossen dafür mindestens 60 M. beantragt, da ein Ehepaar unmöglich von 30 M. leben könne. Nun hatte sich aber durch ein magistratliches Aufgenommenes „Protokoll“ der betreffende Aufseher mit jenem Gehalt, wohl um nicht ganz auf das Pflaster geworfen zu werden, „zufrieden“ erklärt. (Die solche „Protokolle“ da zu Stande kommen, kann man sich unter solchen Verhältnissen denken!) Diese selbstlose „Friedenspolitik“ schien denn doch sogar manchem Bürgerlichen nicht ganz echt zu sein, und so erhöhte man ziemlich einstimmig das fürstliche Gehalt nach einem Antrag Vohausen auf 45 M., nachdem der „freisinnige“ Stadtverordnete Anorr noch niedriger sein wollte und 40 M. beantragt hatte.

Nicht so ängstlich zeigte sich der Magistrat bei dem Verlangen auf Regulierung der Hauptstraße, die sich übrigens noch in sehr gutem Zustande befindet. Um der Straße ein „großstädtisches“ Aussehen zu geben, verlangt er die Kleinigkeit von 200 000 M. Mit Recht wird Stadtk. Hafuch (Soz.) darauf hin, daß eine Anzahl sehr bewohnter Straßenzüge, wie z. B. die Sedan- und Kolonnenstraße, durch die an ihnen geübte Verengungsgewaltigkeit auf Steuerkraft verlieren müssen. Man möge doch erst jene Stadtviertel in besser passierbarem Zustand versetzen. Diese Angelegenheit wurde einem Ausschuss überwiesen.

Eine wichtige steuerrechtliche Vorlage des Nixdorfer Magistrats wird die Stadtverordneten-Versammlung in ihrer nächsten Sitzung beschäftigen. Es handelt sich um die Aenderung der Umsatzsteuer-Ordnung. Vor allem ist hierin vorgezogen die Verdoppelung des bis jetzt 1 Proz. des Wertes betragenden Steuerfuges für unbedaute Grundstücke. Während der Magistrat also hierfür die Erhöhung auf 2 Proz. des Wertes beantragt, soll es beim Verkauf bebauter Grundstücke bei dem Steuerfug von 1 Proz. des Wertes verbleiben. Als Umbau im Sinne der vorgeschlagenen Bestimmungen sollen Grundstücke auch dann gelten, wenn nur Schuppen, Baracken und ähnliche der einstweiligen Benutzung oder andern vorübergehenden Zwecken dienende Baulichkeiten darauf errichtet sind. — Die jährliche Begründung des Magistratsantrages ist recht interessant, da sie zugleich ein Streiflicht auf die finanziellen Verhältnisse Nixdorfs und der großen Masse seiner Einwohner wirft. Es ist daraus besonders hervorzuheben: Die rasche Entwicklung der Stadt hat Mehrausgaben in solcher Höhe im Gefolge, daß sie nach aller Voraussicht aus dem bisherigen Steuerertrage der Gemeinde von Jahr zu Jahr weniger gedeckt werden können. Die erforderlich gewordenen neuen Anleihe von rund 5 Millionen Mark wird durch ihre Verzinsung und Tilgung einen jährlichen Mehraufwand von mindestens 200 000 M. erfordern, während die Schul- und Armenlasten schon im nächsten Etatsjahre allein eine Vermehrung von mehr als 100 000 M. erfordern. Noch härter wird der laufende Etat mit der Inbetriebnahme der geplanten neuen städtischen Anstalten (Krankenhaus, höhere Mädchenschulen) belastet werden, ganz abgesehen davon, daß Nixdorf bei seiner Finanzlage schon genötigt ist, Bedürfnisse, die aus laufenden Mitteln bestritten werden müßten, wie die Volkshochschule, aus Anleihen zu befriedigen. Die Erschließung neuer Einnahmequellen ist unabwendbar. — Von den vorhandenen Steuererträgen hat die Einkommensteuer (erhöhen werden 150 Proz.) am wenigsten in ihren Erträgen mit der Entwicklung der Stadt Schritt gehalten. 1 Proz. Zuschlag zur Einkommensteuer bedeutet für die Gemeinde zur Zeit nur den Eingang von 5000 M. Die Einkommensteuer, die sich in Nixdorf zum größten Teil nur aus kleinsten Beträgen zusammensetzt, bringt hier im Verhältnis nicht nur hohe Verwaltungskosten, sondern auch bedeutende Ausfälle mit sich. — Am geeignetsten zur Herbeiführung der städtischen Einnahmen erweise sich die anderweitige Vermehrung der Umsatzsteuer. Die gleichmäßige Besteuerung bebauter und unbedauter Grundstücke sei dabei aufzugeben und zu dem Mehr nur der Verkauf des unbedauten Landes heranzuziehen. Man ist von der Ertragsausgegessen, daß es gerechtfertigt erscheine, die Spekulationsgeschäfte in unbedauten Grundstücken, die erfahrungsgemäß einen hohen und leichten Gewinn abwerfen, die aber andererseits durch Erschließung neuer Baulandstrassen der Stadtgemeinde mit gewissen Vorteilen auch erhebliche Mehrbelastung (insbesondere im Schul- und Armenwesen) mit sich bringen, in höherem Maße zu besteuern. Von 1898 bis Ende 1903 hat sich der Jahresertrag der Umsatzsteuer in Nixdorf von 166 952 M. auf 282 186 M. erhöht. Aus einer Tabelle ergibt sich, daß der Umsatzertrag der unbedauten Grundstücke im Gegensatz zu dem bebauten Grundstücke in stetigem Steigen begriffen ist. Eine Veranschaulichung der Grundstückspekulation werde aus verschiedenen Gründen nicht eintreten. Der Magistrat glaubt, daß nach Annahme der neuen Ordnung für das Etatsjahr 1904/1905 ein Umsatzertrag von 400 000 M. werde angenommen werden können, ein Erfolg, der bei Erhöhung der Gemeinde-Einkommensteuer nur durch einen Mehraufschlag von neuen 30 Proz. möglich wäre. In Anerkennung dieser Thatsache will der Magistrat bei der Festsetzung des Steuerertrages vorschlagen, einen Teil der aus der Erhöhung der Umsatzsteuer sich ergebenden Mehreinnahmen zur Ermäßigung der Einkommensteuer für das folgende Etatsjahr zu bestimmen, und zwar von 10 Proz.

Zwei schwere Unfälle ereigneten sich gestern in der Bergstraße in Nixdorf. Der Autosher Prohly fuhr mit seinem Gefährt gegen einen Straßenbahnwagen, wurde dabei aufs Pflaster geschleudert und schwer verletzt. Außer einem Armbruch erlitt er erhebliche Kopfverletzungen. Nach Anlegung von Rotbändern wurde P. auf seinen Wunsch nach seiner Hohenzollernplatz 9 belegenen Wohnung geschafft. — Der Restaurateur Maularath aus der Juliusstr. 32 wurde am Ringbahnhof beim Ueberschreiten des Fahrdammes von einem schweren Kohlenwagen überfahren. Außer andern Verletzungen erlitt der Bedauernswerte mehrlache Knochenbrüche des linken Unterschenkels. A. wurde nach dem Krankenhaus Bethanien gebracht.

Gerichts-Zeitung.

Der Klagebegünstigungs-Prozess Bauer. Ein Prozess, der ganz besonders in den höheren Gesellschaftskreisen großes Interesse erregen dürfte, wird heute (Dienstag) die erste Strafkammer des Landgerichts Köln beschäftigen. Wie den Lesern noch einmüßig sein wird, wurde vor einiger Zeit der Kaufmann Adolf Bauer, Stadtverordneter, Hauptmann der Landwehr und Vorsitzender des Ehrenrats des Offiziercorps des Kölner Landwehrbezirks wegen Verleitung zum Meidein um 1 1/2 Jahren Zuchthaus und wegen Unterschlagung von 18 000 M. zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Letztere Strafe verbathe Bauer bereits, die Zuchthausstrafe ist dagegen noch nicht rechtskräftig, da deshalb zum zweitenmal Revision eingelegt worden ist. Außerdem schwebt gegen Bauer eine Anklage wegen Unterschlagung von 30 000 M. Um seine Verteidigung auf diese Anklage vorzubereiten, war dem Bauer gestattet, von Zeit zu Zeit in Begleitung eines Schutzmannes in Zivil in einer geschlossenen Droßkammer in das Bureau des gerichtlichen Wächterreviers Gelsam zu fahren. Er wurde gewöhnlich von dem Schutzmann Hermann Schnitzler begleitet. Bauer soll dem Schutzmann das Ehrenwort gegeben haben, daß er an eine Flucht nicht denke. Dieser Umstand und das Versprechen von Geldgeschenken bewogen den Schutzmann, dem Bauer zu gestatten, bei den Fahrten zu Gelsam auch seine Familie zu besuchen. Der Schutzmann soll in der Wohnung der Familie Bauer von Frau Bauer und den drei Söhnen mit Speise und Trank be-

wirtet worden sein und auch Geldgeschenke erhalten haben. Bei diesen Besuchen wurde die Flucht des Bauer vorbereitet, ein Automobil bestellt usw. Am 3. November 1903 gelang es, den Schutzmann derartig zu täuschen, daß Bauer durch eine Hintertür seiner Wohnung entkam. Er flüchtete mittels Automobil in Begleitung seiner Frau nach Belgien. Am 1. Dezember 1903 gelang es aber, den Flüchtling in Paris zu verhaften. Die Auslieferungsverhandlungen sind noch nicht beendet. Sogleich nach gelungener Flucht wurde der Schutzmann Hermann Schnitzler und Frau Adele Bauer verhaftet. Diese haben sich nun in Gemeinschaft mit den drei Söhnen des Adolf Bauer, den Kaufleuten Fritz und Eugen Bauer und dem 18jährigen Handelskassierer Hans Bauer, sowie dem hiesigen Rechtsanwalt Simon Mayer wegen Verleitung, Gefangenenbefreiung, Begünstigung, Schnitzler speziell wegen passiver Bestechung und Entweichenlassens eines Gefangenen, dessen Bewachung, Begleitung bzw. Bewachung ihm anvertraut war, auf Grund der §§ 120, 257, 332, 333 und 347 Absatz 2 des Strafgesetzbuchs, vor Eingangs bezeichneten Gerichtshof zu verantworten. Rechtsanwalt Simon Mayer war der Verteidiger des Angeklagten. Er soll von dem Fluchtpian Kenntnis gehabt und die Flucht durch Rathschläge, insbesondere durch den Rat, wohnt Adolf Bauer sich wenden soll, um nicht ausgeliefert zu werden, begünstigt haben. Fritz und Eugen Bauer sind beide Reserve-Offiziere.

Vermischtes.

Vom Theaterbrand in Chicago. Die Polizei giebt nunmehr die Zahl der Opfer auf 690 Tote, 200 Verwundete und 306 Vermisste an. Die Untersuchungen der städtischen Behörden und der Leichenschau-Kommission über die Ursachen des Brandes ergaben, daß durch das Decken der Theatern hinter der Bühne ein Zugwind entstand, durch den eine Coullisse, die verschiedene Plaster enthielt, umgeworfen wurde. Ihre Fall rief ein explosionsartiges Geräusch hervor und dies trug dazu bei, die Panik unter der Zuschauerschaft zu steigern. 75 000 Fuß gelbes Mantelgaze, das dazu benutzt wurde, 180 hängende Coullissen zu halten, gab den Flammen natürlich besonderen Nährstoff. Der Vorhang war so aufgehängt, daß er nur mit Mühe heruntergelassen werden konnte. Dabei blieb er an einem Leuchter hängen. Der Stadtrat hat inzwischen Zulassbestimmungen für die Kontrolle aller Schauspielhäuser und Konzertsäle angenommen. Der Mayor verlangt, daß diese Abbestreife bestehen, durch stählerne Holzvorhänge ersetzt werden. Die Leiter der größeren Theater haben den Beschluß gefaßt, alle Vorhänge des Mayor genau zu befolgen. Jedes Theater muß in Zukunft weite Ausgänge haben. Brennbare Stoffe irgend welcher Art werden nicht mehr gebildet, und die ganze Scenerie muß aus unbrennbarem Material bestehen. Ueber dem Bühnenraum sind Fenster anzubringen, die sich leicht öffnen lassen und den Rauch bei einem Bühnenbrande abzug gestatten. Jeder Notausgang ist mit einer Treppe zu versehen, die auf die Straße führt. Die Verwendung von Calciumlichtern wird unterlagert. — Ein städtischer Feuerinspektor behauptet festgesetzt zu haben, daß der Vorhang durch einen in nachlässiger Weise angebrachten Reflektor festgehalten wurde. Infolge dessen sank er an einer Seite bis auf 5 Fuß von der Bühne, während er an der andern Seite in einer Höhe von 20 Fuß stecken blieb. Der für das Luftballon verwendete Draht war dem Vorhang nicht im Wege. Die Reflektoren standen auch für gewöhnlich nicht im Wege, sondern lagen in Wandvertiefungen. Wenn sie gebraucht wurden, so schwenkte man sie vor, damit ihr Licht auf die Schauspieler fiel. So lange beide Reflektoren rechts und links in den Nischen lagen, hinderte nichts das Herunterlassen des Abbestreifens; sobald aber einer vorgezogen war, mußte er den Vorhang fangen.

Strafbare Unkenntnis der neugriechischen Sprache. Der deutsche Reichsangehörige Hans Stelling, der als Einwanderer in Sydney (Australien) wegen Unkenntnis der neugriechischen Sprache zu einem halben Jahre Gefängnis verurteilt worden war, ist auf Protest des deutschen Generalkonsuls am 19. Dezember freigelassen worden. Ein Ersatzantrag ist vorbehalten.

Nach dem australischen Einwanderungsgesetz muß jeder Einwanderer, um die Erlaubnis zum Landen zu erhalten, 50 Worte nach Diktat in einer vom Zollbeamten zu bestimmenden europäischen Sprache schreiben können. Da der Naat Hans Stelling der Sohn eines Deutschen und einer Ägypterin ist, so glaubte der Zollbeamte die griechische Sprache wählen zu sollen, da Griechenland Ägypten am nächsten ist.

Für die Reichstagswahlrechts-Gegner in Deutschland eröffnen sich ungeahnte Aussichten. Nur wer neugriechisch versteht, ist wahlberechtigt.

Nitroglycerin-Explosion. Aus London wird berichtet: Nach einem Telegramm aus Penzance fand in den National Explosive Works von Hayle (Cornwall) eine Explosion statt; Einzelheiten über das Unglück sind noch nicht bekannt geworden, doch ist die Gegend voll schwarzen Rauchs, der von explodiertem Dynamit oberhalb herrübrt. Fast alle Fensterheben in einer Entfernung von drei Meilen von Hayle sind eingedrückt, auch in Penzance, das acht Meilen von Hayle entfernt liegt, wurden viel Fenster zertrümmert. — Eine weitere Meldung besagt, daß vier Personen ums Leben gekommen und mehrere verletzt worden sind; die Explosion ereignete sich in der Nitroglycerin-Abteilung.

Ueber die Stadt New York sind schwere Schneestürme herein-gebrochen, die namentlich für die ärmere Bevölkerung großes Ungemach mit sich bringen und in weiterer Folge bereits mehrere Todesfälle verursacht haben. Während des ganzen Sonntags fiel ununterbrochen dichter Schnee, so daß bereits am frühen Nachmittag die Straßen und Gasse fast unpassierbar waren und eine allgemeine Verkehrsstörung eintrat, bis schließlich am Abend überhaupt nur noch wenige Wagen fahren konnten. Auch die Hochbahn konnte nur unter den größten Schwierigkeiten den Verkehr aufrecht erhalten. In der unteren Stadt wurde bereits lange vor Einbruch der Dunkelheit der Verkehr völlig eingestellt. Vielfach blieben die Wagen mit ihrer Ladung auf offener Straße stehen. Die Eisenbahnen verkehren nicht einmal mehr, die Fahrzeiten ungenutzbar, und lassen viele Jüge anfallen. Zahlreiche Unglücksfälle haben sich ereignet. Die Jüge mühten vergeblich, durch die undurchdringliche Dunkelheit auf Geratewohl hindurchzukommen, und so ereignete es sich, daß bei New-Haven viel Arbeiter, die den Schnee von den Schienen schaufelten, überfahren und getötet wurden. Der heutige Sonntag war der bisher kälteste Tag dieses Winters. Die niedrigste Temperatur betrug 7 Grad. Das Thermometer fällt weiter.

Centralkranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege Friedrich Ibsch am 2. Januar nach längerem Leiden verstorben ist. Seine letzten Gedanken: Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Schöneberger Hofes, Bergstraße, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung bittet Der Vorstand.	Dankfagung. Für die gütliche Beteiligung bei der Beerdigung unseres lieben Vaters lagern wir den Genossen Walter Manasse, dem Seligengedenkten „Gedächtnis“, den Vereingenen des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises (Osten) und dem Wahlverein, den Kollegen des Bundes der Bauarbeiter, und dem Kranken-Unterstützungs-Verein, sowie den sonstigen Freunden, Verwandten und Bekannten unseren innigsten Dank. Geschwiler Kandle und Verwandte. 8026 Rohtabak, billigste Preise, Max Jacoby, N., Streitzstr. 52
--	---